



Landeshauptstadt Potsdam Der Oberbürgermeister

Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen

Beiträge zur Statistik und Stadtforschung

Heft 2/1998

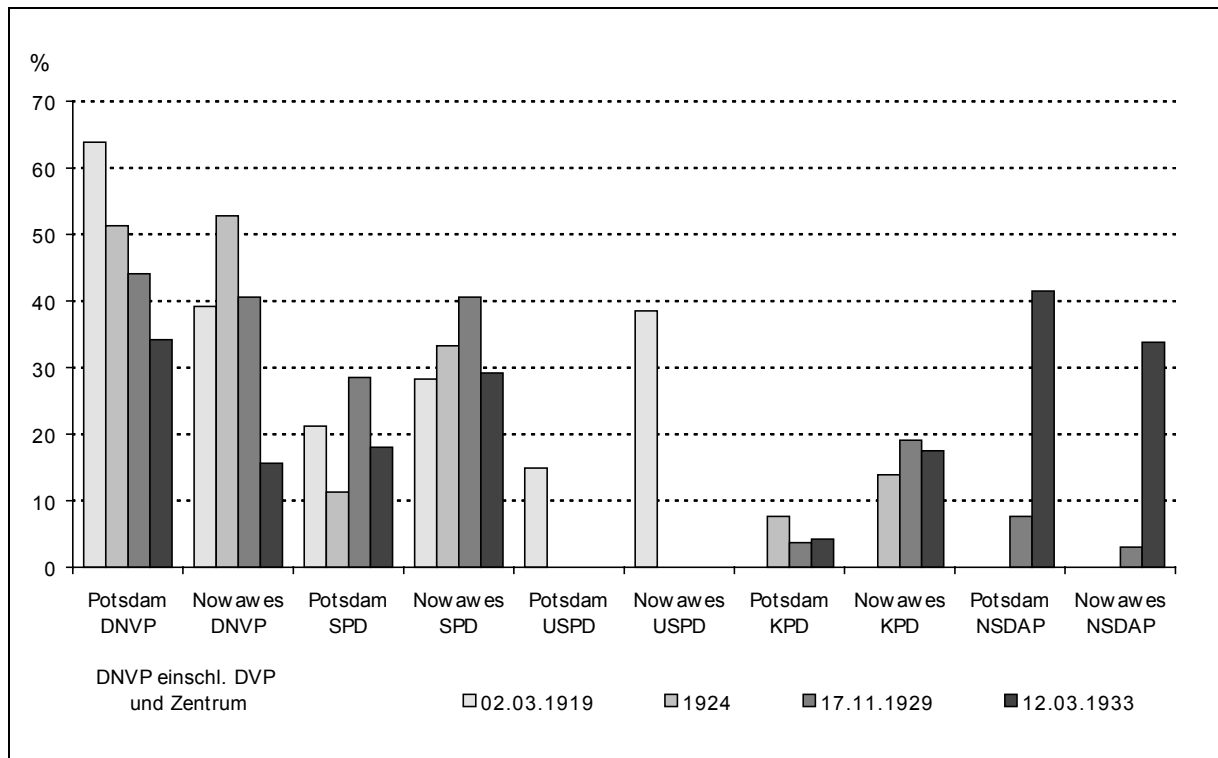
Wahlen seit 1809 in der Stadt Potsdam

Wahlrecht - Wahlmethoden - Wahlbeteiligung - Wahlergebnisse

(Aktualisierung mit Wahlergebnissen 1998)

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Potsdam und Nowawes von 1919 bis 1933

Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Dezernat I

verantwortlich: Horst-Dieter Weyrauch, Verwaltungsleiter

Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen

für den Inhalt verantwortlich: Dr. Matthias Förster, amt. Leiter des Amtes für Statistik,
Stadtforschung und Wahlen

Autor: Günter Schade

Statistischer Auskunftsdienst: Tel.: (0331) 289 - 3370
Fax: (0331) 289 - 1251

Zeichenerklärung

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden, genau Null
. = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
... = Angabe fällt später an
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll ist
p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
davon = vollständige Aufgliederung einer Summe
darunter = teilweise Ausgliederung einer Summe

Redaktionsschluß: 29. Juli 1998
Aktualisierung mit Wahlergebnissen von 1998, 5. November 1998

Postbezug: Stadtverwaltung Potsdam
Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
14461 Potsdam

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Gerade rechtzeitig vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag, zur Stadtverordnetenversammlung und zur Neuwahl des Oberbürgermeisters am 27. September 1998 ist eine Dokumentation fertiggestellt worden, die annähernd 200 Jahre Potsdamer Stadtgeschichte aufarbeitet. Diese 200 Jahre waren durch wechselvolle historische Zeitabschnitte mit sehr unterschiedlichen politischen Macht- und Demokratieverhältnissen geprägt. Die vorliegende Arbeit stellt diesen Zeitabschnitt an Hand einer nüchternen Präsentation von Wahlergebnissen der Stadt in Zahlen und Grafiken dar. Dabei kann der Leser nur ahnen, welche Mühe es kostete, nicht nur das umfangreiche Datenmaterial aufzufinden und zu vervollständigen, sondern es so zu ordnen und zusammenzufassen, daß Zeitabschnitte vergleichbar werden. Das bedeutet auch herauszufinden, welche Wahlsysteme mit welchen gesetzlichen Regelungen zur Anwendung kamen und wie sie funktionierten. Die Wahlergebnisse auf Reichs- bzw. Republiks- und auf Landesebene sind im allgemeinen besser dokumentiert. Deutlich schwieriger gestaltete sich das Finden der zugehörigen Stadt-(Potsdam) bzw. Gemeinde- (Nowawes, Bornim) ergebnisse. Das traf nicht nur auf zeitlich entfernere Zeiträume zu, sondern bereitete schon für die Zeit der gerade vergangenen DDR unerwartet aufwendige Nachforschungen.

Diese bisher für eine deutsche Stadt einmalige Arbeit dokumentiert also nicht nur einen wichtigen Teil der Geschichte Potsdams, sondern auch der Mark Brandenburg und Deutschlands. Dafür sei dem Autor, Herrn Günter Schade, besonders gedankt.

Dr. Förster

Amt. Amtsleiter Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen

In dieser Reihe sind bereits 6 Arbeiten veröffentlicht worden:

Beiträge zur Statistik und Stadtforschung

Heft 2/1993 - 1 000 Jahre Potsdam, Bestand und Struktur der Bevölkerung mit historischen Hintergründen

(Bevölkerung seit 1415, Geschlechtsverhältnis, Altersstruktur, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Ausländer, militärische Vergangenheit)

Heft 2/1995 - Wohnen in der Stadt Potsdam - gestern - heute - morgen -

(Wohngebäude seit 1540, Wohnungen, Einflußfaktoren auf den Wohnungsbestand, Wohnverhältnisse, Wohnungssuchende, Wohnungstausch, Wohnraumlentung, Wohngeld, Obdachlosigkeit)

Heft 1/1996 - Erwerbstätigkeit in der Stadt Potsdam - gestern - heute - morgen -

(Erwerbstätige seit 1412, Arbeitspendler, Arbeitslose, Erwerbsquoten)

Heft 2/1996 - Bevölkerungsbewegung in der Stadt Potsdam - gestern - heute - morgen

(Lebendgeborene seit 1615, Gestorbene seit 1631, Totgeborene seit 1849, Todesursachen seit 1859, Eheschließungen seit 1628/Eheschließende seit 1912, Ehescheidungen seit 1904 - Zuzüge und Fortzüge seit 1732, nach Herkunft und Ziel seit 1955, nach Altersgruppen und Geschlecht)

Heft 1/1997 - Zusammenleben der Potsdamer in Haushalten und Familien - gestern - heute - morgen

(Begriff und Inhalt von Haushalt und Familie, Privathaushalte seit 1864, nach ihrer Größe seit 1905, Mehrpersonenhaushalte seit 1849, nach Stadtgebieten 1981 und 1990, Kinder in Mehrpersonenhaushalten seit 1939, Einpersonenhaushalte seit 1880, Familien seit 1981, Personen in Anstaltshaushalten nach dem Geschlecht seit 1864)

Heft 2/1997 - Armut und öffentliche Fürsorge in der Stadt Potsdam - gestern - heute - morgen

(Armut bis Anfang des 19. Jh., Armenpflege Ende des 19. Jh., öffentliche Armenpflege 1908/12, öffentliche Fürsorge 1924/38, Sozialunterstützung 1947/49, Sozialfürsorgeunterstützung 1961/88, Volkssolidarität in der ehemaligen DDR, Sozialhilfe ab 1990, soziale Einrichtungen für Pflegebedürftige und Ältere 1997)

Außerdem erschien hierzu im „Statistischer Informationsdienst“, Nr. 5/22 06 95:

Gebietliche Veränderungen der Stadt Potsdam seit 1816

(Gebietsveränderungen in zeitlicher Reihenfolge; in alphabetischer

Reihenfolge der betroffenen Gemeinden, die in die Stadt ein- bzw. aus

der Stadt ausgegliedert wurden; Einfluß des Gebietsstandes auf die

Richtigkeit statistischer Daten; Rückrechnung von Bevölkerungsangaben)

Inhalt	Seite
0. Vorbemerkung	7
1. Wahlen und Volksbefragungen vor 1946	8
1.1. Stadtverordnetenversammlung	8
1.1.1. Wahlen 1809 bis 1918	8
1.1.2. Wahlen 1919 bis 12.3.1933	11
1.1.3. 1934 wurde die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst	15
1.1.4. Gemeinderat 1934 bis 1945	15
1.2. Provinziallandtag	15
1.2.1. Wahlen 1823 bis 1918	15
1.2.2. Wahlen 1921 bis 1933	16
1.3. Preußischer Landtag	18
1.3.1. Wahlen 1861 bis 1913	18
1.3.2. Wahlen 1920 bis 1933	22
1.4. Reichstag, Nationalversammlung, Reichspräsident	25
1.4.1. Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912	25
1.4.2. Wahlen zur Nationalversammlung 1919	30
1.4.3. Wahlen zum Reichstag 1920 bis 5.3.1933	31
1.4.4. Wahlen zum Reichstag 12.11.1933 bis 1944	36
1.4.5. Wahlen zum Reichspräsidenten 1919 bis 1932	37
1.4.6. Volksbegehren, Volksentscheid und Volksabstimmung	38
2. Wahlen und Volksbefragungen von 1946 bis 1989 bzw. 1990	41
2.1. Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1946 bis 1989	41
2.2. Wahlen zum Provinziallandtag 1946 und 1950	44
2.3. Wahlen zum Bezirkstag 1950 bis 1986	45
2.4. Wahlen zum Volkskongreß 1947/49	46
2.5. Wahlen zur Volkskammer 1950 bis 1986	46
2.6. Volksbegehren, Volksentscheid, Volksbefragung	48
3. Wahlen und Volksbefragungen ab 1990	49
3.1. Ein Überblick	49
3.1.1. Wahlbeteiligung	49
3.1.2. Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen	50
3.1.3. Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Erststimmen für ihre Direktkandidaten	51
3.2. Wahlen	52
3.2.1. Stadtverordnetenversammlung	53
3.2.2. Landtag	54
3.2.3. Bundestag	55
3.2.4. Europaparlament	55
3.3. Volksbegehren	56
3.4. Volksentscheid	57
4. Verzeichnis der Tabellen	58
5. Verzeichnis der Abbildungen	60
6. Quellen	62

	Seite
Anlage 1	63
Wahlen in zeitlicher Reihenfolge nach der Art der Volksvertretung bzw. Volksbefragung	63
1. Wahlen und Volksbefragungen vor 1946	63
1.1. Stadtverordnetenversammlung	63
1.2. Provinziallandtag	63
1.3. Preußischer Landtag	64
1.4. Reichstag, Nationalversammlung, Reichspräsident	65
1.5. Volksbefragung	66
2. Wahlen und Volksbefragungen 1946 bis 1989 bzw. 1990	66
2.1. Stadtverordnetenversammlung	66
2.2. Provinziallandtag bzw. Bezirkstag	67
2.3. Volkskongreß, Volkskammer	67
2.4. Volksbefragung	68
3. Wahlen und Volksbefragungen 1990 bis 1998	68
3.1. Stadtverordnetenversammlung	68
3.2. Landtag	68
3.3. Bundestag, Europaparlament	68
3.4. Volksbefragung	68
Anlage 2	70
Tabellen mit detaillierten Ergebnissen der Wahlen bzw. Volksbefragungen	70
1. Wahlen und Volksbefragungen vor 1946	70
Tab. 1: Stadtverordnetenwahlen 1919 bis 1933 - Übersicht	70
Tab. 2: Stadtverordnetenwahlen 1919 bis 1933 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen	71
Tab. 3: Stadtverordnetenwahlen 1919 bis 1933 - Anzahl der Sitze der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam und in der Gemeindevertretung Nowawes	72
Tab. 4: Wahlen zum Provinziallandtag Brandenburg 1925, 1929 und 1933 - Wahlort Potsdam	73
Tab. 5: Wahlen zum Preußischen Landtag 1867 bis 1913 - Wahlort Potsdam	74
Tab. 6: Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 bis 1933 - Übersicht	75
Tab. 7: Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 bis 1933 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen	76
Tab. 8: Vorschläge aus der Stadt Potsdam und der Gemeinde Nowawes für den Preußischen Landtag 1921 bis 1933	77
Tab. 9: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Übersicht	78
Tab. 10: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach Wahlgängen	79
Tab. 11: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach zeitlichem Ablauf	80
Tab. 12: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes) - Übersicht	81

	Seite
Tab. 13: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach Wahlgängen	82
Tab. 14: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach zeitlichem Ablauf	83
Tab. 15: Reichstagswahlen ab 1890	84
Tab. 16: Reichstagswahlen 1903, 1907 und 1912	85
Tab. 17: Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919	86
Tab. 18: Reichstagswahlen 1920 bis 1933 - Übersicht	87
Tab. 19: Reichstagswahlen 1920 bis 1933 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen	88
Tab. 20: Reichstagswahlen 1933, 1936 und 1938	89
Tab. 21: Wahlvorschläge aus den Städten Potsdam und Nowawes für den Reichstag 1903 bis 1930 bzw. für die Nationalversammlung 1919	90
Tab. 22: Wahlvorschläge aus den Städten Potsdam und Nowawes für den Reichstag 1932 bis 1938	91
Tab. 23: Reichspräsidentenwahl 1925 und 1932 - Wahlorte Potsdam und Nowawes	92
Tab. 24: Volksbegehren, Volksentscheid, und Volksabstimmung 1929 bis 1934	93
2. Wahlen und Volksbefragungen von 1946 bis 1989 bzw. 1990	94
Tab. 25: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Stadtverordnetenversammlung 1946 bis 1989	94
Tab. 26: Wahlergebnisse der Wahlkreise 1 und 2, Potsdam-Stadt zum Provinziallandtag für die Mark Brandenburg bzw. zum Bezirkstag Potsdam 1946 bis 1986	95
Tab. 27: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum 3. Deutschen Volkskongreß 1949 und zur Volkskammer der DDR 1950 bis 1990	96
Tab. 28: Volksbegehren, Volksentscheid, Volksbefragung 1948 bis 1968	97
3. Wahlen und Volksbefragungen 1990 bis 1998	98
Tab. 29: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung in der Stadt Potsdam ab 1990	98
Tab. 30: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum Oberbürgermeister und zum Landtag ab 1990 - Erststimmen	99
Tab. 31: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum Bundestag ab 1990 - Erststimmen	100
Tab. 32: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Stadtverordnetenversammlung und zum Landtag ab 1990 - Zweitstimmen	101
Tab. 33: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Volkskammer, zum Bundestag und zum Europaparlament ab 1990 - Zweitstimmen	102
Tab. 34: Ergebnisse der Volksbegehren 1993 bis 1998	103
Tab. 35: Ergebnisse der Volksentscheide 1992 bis 1998	103
Anlage 3	104
Verzeichnis der bei Wahlen seit 1990 verwendeten Abkürzungen von Parteien	104

0. Vorbemerkung

In diesem Beitrag wird versucht, mit Hilfe der Statistik anhand von Tabellen und Diagrammen die Wahlbedingungen und das Verhalten der Potsdamer bei Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, zum Preußischen und Provinziallandtag, zum Bezirkstag, zum Reichstag, zur Volkskammer, zum Bundestag und Europaparlament sowie bei Volksbefragungen in ihrer historischen Entwicklung darzustellen und zu kommentieren.

Zuvor haben andere engagiert und teilweise sehr ausführlich diese Thematik durch vielfältige und mühselige Untersuchungen behandelt. Erwähnt seien an dieser Stelle vor allem die Herren Jürgen Koppatz und Thomas Kühne (siehe Abschnitt „Quellen“). Einiges aus den Arbeiten der genannten Autoren wird in diesem Beitrag, ohne an entsprechender Stelle hervorgehoben zu werden, verwendet. Das betrifft vor allem den Zeitraum von 1809 bis 1918.

In Anlage 1 werden alle bekannten Stichtage der Wahlen und Volksbefragungen aufgelistet, an denen Potsdamer beteiligt waren, und für die direkt oder indirekt amtliche Ergebnisse für Potsdam vorliegen.

Die Ergebnisse sollen dem heutigen Gebietsstand entsprechen. Deshalb wurden mit aufgenommen Daten von Neuendorf vor 1907, von Bornim vor 1935, von Neubabelsberg (Klein Glienicke) vor 1938 und von Babelsberg (Nowawes) vor 1939. Für andere Gemeinden, die in Potsdam eingemeindet wurden, gab es in den Veröffentlichungen keine entsprechenden Angaben. Auch für die zuvor genannten Gemeinden und selbst für die Stadt Potsdam waren nicht immer Wahlergebnisse auffindbar. In den Tabellen der Anlage 2 blieben in solchen Fällen die Zeilen für diese Gemeinden leer. Vielleicht gelingt es mit Hilfe der Nutzer dieses Beitrages, Ergänzungen mit Quellenangabe vorzunehmen.

Mit diesen auf den gegenwärtigen Gebietsstand bezogenen Auswertungen ist es möglich, Unterschiede zwischen den heutigen Stadtteilen festzustellen, die früher ausgeprägter waren als heute. In Potsdam lebten hauptsächlich Militärs, Beamte, Pensionäre und Diener, Hoflieferanten usw., im Industrieort Nowawes hingegen Arbeiter und kleine Angestellte.

Es wird auch versucht, die Ergebnisse der Wahlen zum Provinziallandtag (bzw. zum Bezirkstag), zum Preußischen Landtag und zum Reichstag (bzw. zur Volkskammer, zum Bundestag) des Wahlortes Potsdam (Stadt Potsdam) mit der Provinz oder des Landes (Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt O.) zu vergleichen.

Es ist nicht vorrangig Aufgabe dieses Beitrages, die Ziele und Interessen der verschiedenen politischen Strömungen, die Ziele der Parteien und Interessenvertretungen zu erläutern oder zu werten.

Da für die Reichstagswahlen 1871 bis 1898 keine Ergebnisse der Städte Potsdam und Nowawes gefunden wurden, werden die Angaben der Wahlkreise 7 („Kaiserwahlkreis“ einschl. Potsdam) und 10 (einschl. Nowawes) in den Tabellen von 1871 bis 1898 aufgeführt.

Unterschiede zwischen den Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen bestanden im Zeitraum 1853 bis 1918 grundsätzlich vor allem in folgendem:

- Bei den Kommunalwahlen wurden die Wahlberechtigten nach der Steuerzahlung in 3 Abteilungen eingeteilt. Die vorgeschlagenen Kandidaten waren im Wahllokal offen zu wählen. Ihre Namen mußten laut und deutlich genannt werden. Sie wurden in eine Wahlliste neben den Namen des Wahlberechtigten eingetragen.
- Bei den Landtagswahlen kam das Dreiklassenwahlrecht zur Anwendung. Die Wahlberechtigten wählten in einer sogenannten Urabstimmung Wahlmänner, die dann die Abgeordneten wählten.
- Die Reichstagswahlen waren gleich und geheim.

1. Wahlen und Volksbefragungen vor 1946

1.1. Stadtverordnetenversammlung

Bis zur Einführung der Steinschen Städteordnung („Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie mit dazu gehörigen Instruktion, Behufs¹ der Geschäftsführung der Stadtverordneten bei ihren ordnungsgemäßen Versammlungen“) vom 19.11.1808 galt deren absolutistische Regierungspolitik. Beamte der Könige waren für die Verwaltungsfragen der Stadt zuständig. Der Magistrat und die 4 „Stadtverordneten“, die 1722 genannt werden, hatten wenig Einfluß. Potsdam war die erste Stadt in Preußen, in der die Städteordnung von 1808 wirksam wurde. Die Beschlüsse der nun ab 1809 gewählten Stadtverordneten waren für den Magistrat bindend, der über deren Realisierung Rechenschaft abzulegen hatte.

1.1.1. Wahlen 1809 bis 1918

Die Wahl zur ersten Potsdamer Stadtverordnetenversammlung erfolgte für die

60 Stadtverordneten und
24 Nachfolgekandidaten

anteilmäßig in 12 Stadtbezirken am 12./13. März 1809.

Potsdam zählte damals ca. 17 000 Einwohner. Nur 947 waren stimmberechtigte Bürger. Das Wahlrecht erhielten nur Einwohner, die auch das Bürgerrecht erworben haben. Frauen konnten zwar das Bürgerrecht aber nicht das Wahlrecht bekommen. Auch Männern wurde das Wahlrecht eingeschränkt. Der Erwerb des Wahlrechts war an einige von der Masse der Einwohner/Bürger nicht erfüllbare Bedingungen (wie z.B. die Zahlung von Bürgergeld) geknüpft. Für Soldaten, Kantonisten und Juden gab es schon Beschränkungen beim Erwerb des Bürgerrechts.

Am 20. März 1809 konstituierte sich die Stadtverordnetenversammlung im „Holländischen Haus“, Lindenstr. 54. Sie hatte folgende Zusammensetzung:

Abb. 1: „Holländisches Haus“, Lindenstraße 54 - 1. Stadtverordnetenvorsteher C. CH. Horvath

34 Gewerbetreibende
(davon 31 Handwerksmeister),
16 Händler (11 Kaufleute,
1 Buchhändler, 4 Gastwirte),
4 Beamte (u.a. 1 Kriegsrat,
1 Baurat, 1 Bauamtsassessor),
2 Apotheker,
1 „Stadtchirurgus“,
1 Fabrikant,
1 „Holzverwalter“,
1 „Königlicher Kammer-Musikus“.

Stadtverordnete Stellvertreter waren:

14 Gewerbetreibende (alles Handwerksmeister),
3 Händler,
3 Fabrikanten,
1 Offizier (Major),
1 Beamter (Postmeister),
1 Apotheker.

¹ Kanzleisprache: Erfordernisse

Der Buchhändler Carl Christian Horvath
war 1. Stadtverordnetenvorsteher und
der Königl. Kriegsrat Jacob Heinrich Brunner
1. Bürgermeister.

Zur Wahl versammelten sich die wahlberechtigten Bürger im zuständigen Wahllokal. Nach dem Verlesen einiger Paragraphen aus der Städteordnung zum Wahlverlauf wurde die Anzahl der zu Wählenden bekannt gegeben. Zwei Drittel der Kandidaten mußten Hausbesitzer sein (ab 1853 nur noch die Hälfte). Die Aufstellung der Kandidatenliste erfolgte auf Zuruf. Jeder Wahlberechtigte hatte das Recht, einen Namen zu nennen. Über jeden Genannten war einzeln abzustimmen. Für die Abstimmung erhielten die Wahlberechtigten je eine weiße (Ja-Stimme) und eine schwarze (Nein-Stimme) Holzkugel, die sie nach ihrer Entscheidung in weiße bzw. schwarze Beutel warfen.

In den nach 1809 folgenden Jahren wurden jährlich nur 20 Stadtverordnete gewählt. Die gleiche Anzahl schied jährlich aus. Im Verlauf der Jahre ließ das Interesse der Bürger zur Teilnahme an den Wahlversammlungen nach.

Mit der Städteordnung von 1853 gab es u.a. besonders durch das Dreiklassenwahlrecht einschränkende Bestimmungen. Die Wahlberechtigten wurden in 3 Abteilungen (Steuerklassen) eingeteilt. In der I. Abteilung waren die Höchstbesteuerten, in der II. Abteilung die Mittelbesteuerten und in der III. Abteilung die kleinen Handwerker, kleine Gewerbetreibende und die Masse der Arbeitnehmer zu finden. Jede Abteilung wählte trotz unterschiedlicher Anzahl der Wahlberechtigten die gleiche Anzahl Abgeordneter. Als Beispiel nachstehend die Klasseneinteilung nach der Gemeindeliste von 1888.

Tab. 1: Klasseneinteilung der Potsdamer Wahlberechtigten nach der Steuerzahlung 1888

Abteilung	Wahlberechtigte Bürger		Anzahl der ¹ zu wählenden Abgeordneten	Jährliche Steuerzahlung in Mark ²
	Anzahl	%		
I	249	4,4	20	576 bis 13 266
II	770	13,2	20	228 bis 565
III	4 813	82,5	20	6 bis 228
Insgesamt	5 832	100	60	6 bis 13 266

¹ Mit dieser Spalte soll der Widerspruch zwischen der Anzahl der Wahlberechtigten und der Anzahl der zu wählenden Abgeordneten sichtbar werden.

² Einschl. 2 juristischer Personen, die „Berlin - Potsdam - Magdeburger Eisenbahn AG“ mit 13 266 Mark jährlicher Steuerzahlung und die „Deutsche Continental-Gesellschaft“ mit 7 594 Mark jährlicher Steuern.

Der Anteil der minderbemittelten Wahlberechtigten (Abt. III) ist von 1880 bis 1898 von 79,6% auf 89,3% angestiegen.

Die Wahlen waren öffentlich und nicht geheim. Sie erfolgten getrennt nach Abteilungen. Dabei begann man noch in Abwesenheit der beiden anderen Abteilungen mit der I. Abteilung. Als die III. Abteilung an der Reihe war, brauchten die Wahlberechtigten der I. und II. Abteilung das Lokal nicht verlassen. Die Wähler mußten den Namen des Abgeordneten, dem sie ihre Stimme gaben, laut und deutlich nennen. Dieser Name wurde in die Wählerliste neben den Namen des Wählers eingetragen.

Die Wahlbeteiligung nahm von Jahr zu Jahr ab, weil immer wieder Unstimmigkeiten die Wahlhandlungen begleiteten und sich der Einfluß der Wähler der unteren Abteilung weiter verschlechterte.

Tab. 2: Wahlbeteiligung nach Abteilungen 1897

Abteilung	Wahlberechtigte		
	Anzahl	Wahlteilnehmer	
		Anzahl	%
I	130	42	32,3
II	678	171	25,2
III	6 783	1 009	14,9
Insgesamt	7 591	1 222	16,1

Mit der Städteordnung von 1853 gab es das Wahlrecht aber keine Wahlpflicht. Die Wählerliste zur Stadtverordnetenversammlung von 1902, in der alle Wahlberechtigten mit Namen, Tätigkeit und der Höhe der Steuerzahlung ausgewiesen sind, erlaubt einen weiteren Einblick in die Klassenstruktur der Wähler nach der Steuerzahlung.

Im Vergleich zum Jahre 1888 (Tabelle 1) ist die Gesamtzahl der Wahlberechtigten 1902 um 51% angestiegen, die der Abt. II um 69% und die der Abt. III um 51%. In der Abt. I waren 1902 16 Wähler weniger (6,4%) als 1888.

Tab. 3: Auszug aus der Wählerliste von 1902

Merkmal		Insgesamt	davon nach der Steuerzahlung		
			Abteilung I	Abteilung II	Abteilung III
Wahlberechtigte	Anzahl	8 790	233	1 300	7 257
	%	100	2,7	14,8	82,6
Steuerbetrag insgesamt	Mark	1 215 497	480 587	479 809	255 101
je Wahlberechtigter	Mark	138	2 063	369	35

Wähler der Abteilung I mit der höchsten Steuerzahlung waren:

35 767 M Gasanstalt (juristische Person),
 26 147 M Pfarrer Pietschker a.D.,
 20 016 M Fabrik- und Rittergutsbesitzer Ferd. Sarau,
 8 193 M Majoratsherr Rogge-Döberitz,
 7 471 M Hofbau- und Hofmaurermeister Petzholtz,
 6 306 M Oberhofmeister Ihrer Majestät Freiherr von Ernst Mirbach,
 6 167 M Oberst z.D.,
 5 391 M Major a.D.,
 5 014 M Phil. Rentner,
 5 011 M Stadtrat,
 4 900 M prakt. Zahnarzt Dr. Charles Abbot.

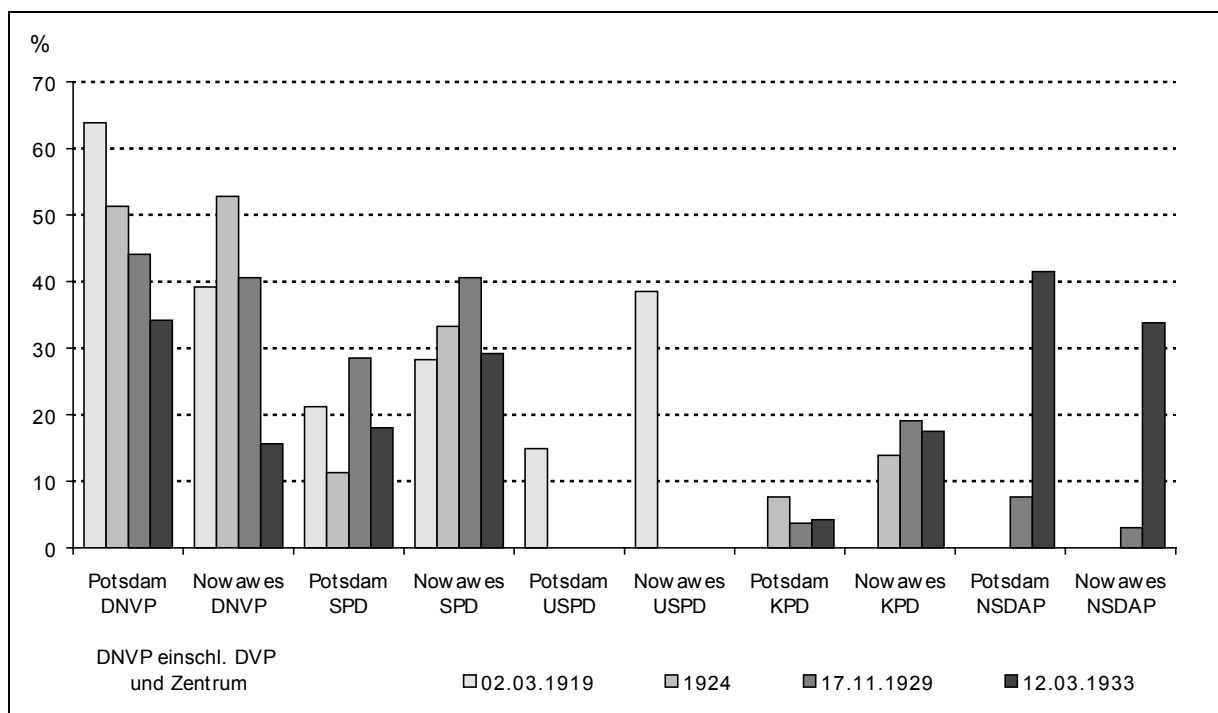
Ende des 19. Jahrhunderts begannen Wahlvereine Kandidaten zu den Kommunalwahlen aufzustellen.

Zur Kommunalwahl 1911 haben Sozialdemokraten die Wähler der 3. Klasse (Abteilung) zum Protest gegen die Dreiklassenwahl aufgerufen. Dieses Dreiklassenwahlrecht ermöglichte 1911 noch folgende Zusammensetzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung:

12 Hoflieferanten,	4 Rechtsanwälte und Ärzte,
12 Kaufleute,	1 Fabrikbesitzer,
10 Beamte,	0 Arbeiter oder Handwerker,
5 Handwerksmeister,	8 Mandate waren unbesetzt.
8 Rentner,	

1.1.2. Wahlen 1919 bis 12.3.1933

Abb. 2: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Potsdam und zur Gemeindevertretung in der Gemeinde Nowawes 1919 bis 1933
- Anteil der Parteien an den gültigen Stimmen



Nach der Novemberrevolution hatte das Dreiklassenwahlrecht seine Gültigkeit verloren. In der „Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindewahlrechts“ vom 24.1.1919 steht im § 1 :

„Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme“,

und im § 2 wird folgendes ausgeführt:

„Wahlberechtigt und wählbar sind alle in Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben.“

Die Wahlbeteiligung betrug in der Stadt Potsdam zwischen 62,8% 1919 und 79,5% 1933. Von Nowawes ist nur die Beteiligung aus den Jahren 1919 mit 64,0% und 1928 mit 71,8% bekannt.

Für die Wahl am 2.3.1919 in Potsdam stellten die bürgerlichen Parteien eine Einheitsliste auf. Fast zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf sie.

Die von ihnen von 60 Sitzen erreichten 39 Sitze verteilten sie wie folgt:

- 17 Sitze Deutschnationale Partei,
- 12 Sitze Deutsche Demokratische Partei,
- 8 Sitze Deutsche Volkspartei,
- 2 Sitze Zentrumsparlei.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) kam auf 12 Sitze und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland (USPD) auf 9 Sitze. Damit erreichten sie zusammen 21 Sitze. Es war das erste Mal, daß ein Sozialdemokrat im Stadtparlament vertreten war. Entsprechend der unterschiedlichen sozialen Struktur der Potsdamer und Nowaweser erhielten die bürgerlichen Parteien in Nowawes nur etwas über ein Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen. Von 36 Sitzen entfielen 12 auf sie, darunter 6 auf die Deutsche Demokratische Partei. Die USPD kam auf 38,5% und die SPD auf 28,3 %. Das waren 14 bzw. 10 Sitze im Gemeindeparlament. Werden beide Orte aus der Sicht des heutigen Gebietsstandes betrachtet, dann hatten die bürgerlichen Parteien eine knappe Mehrheit (54,6% der Stimmen und 51 von 96 Sitzen). Die von Mitgliedern des Spartakusbundes um die Jahreswende 1918/19 gegründete Kommunistische Partei Deutschland beteiligte sich 1919 nicht an den Wahlen. Die scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung wurden durch folgende Verordnung vom 23.9.1923 des Preußischen Staatsministeriums (gez. Braun, gez. Severing) beendet:

„Die Stadtverordnetenversammlung in Potsdam, Regierungsbezirk Potsdam, wird hiermit gemäß § 79 der Städteordnung vom 30.5.1853 (GS S.261) und Artikel 82 der Verfassung vom 30.11.1920 (GS S. 5430) aufgelöst...“

Erst 8 Monate nach der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung und der Bitten der Parteien an den Preußischen Minister des Innern erfolgte die sowieso fällige Neuwahl am 16. März 1924. Bis dahin hat der Magistrat unter Ausschluß gewählter Vertreter eigenständig Beschlüsse gefaßt.

Nach Steinscher Städteordnung von 1808 wurde Potsdam in die Gruppe der großen Städte eingeordnet und durfte 60 Mitglieder im Stadtparlament haben. Die Städteordnung von 1853 differenzierte die Ortsgrößen stärker. Trotzdem behielt Potsdam seine 60 Abgeordneten. Erst mit dem Beschluß des Preußischen Landtages vom 9.4.1923 mußte die Stadt seine Anzahl der Abgeordneten von 60 auf 43 reduzieren.

Ab 1924 stellten sich die kleineren bürgerlichen Parteien selbständig zur Wahl. Sie erreichten am 16.3.1924 in Potsdam folgende Plazierungen:

- 39,8% Deutschnationale Volkspartei (DNVP),
- 13,3% Wirtschaftspartei des Mittelstandes, die spätere Reichspartei (ab 1933),
- 8,2% Deutsche Volkspartei (DVP),
- 5,8% Deutsch soziale Partei (DSP),
- 4,5% Deutsche Demokratische Partei (DDP).

Die SPD, in die der größte Teil der Mitglieder der USPD zurückgekehrt war, erreichte in Potsdam 11,3% und die KPD, die erstmalig an Wahlen teilnahm, kam auf 7,6%.

In der Gemeinde Nowawes verbuchte die DNVP mit 38,9% fast den gleichen Anteil wie in der Stadt Potsdam. Hingegen war der Anteil der Stimmen für die SPD mit 33,3% dreimal größer als in Potsdam, und für die KPD stellte sich das Ergebnis mit 13,9% doppelt so hoch dar wie in Potsdam. SPD und KPD hatten aber mit zusammen 47,2% und 16 der 32 Sitze keine Mehrheit. Am 22.2.1925, also 10 Monate nach der letzten Wahl der Gemeindevertretung am 4.5.1924, wurde in Nowawes die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Nowawes erhielt Stadtrecht. Die Mehrheitsverhältnisse zwischen den bürgerlichen Parteien und den Linken (SPD und KPD) haben sich mit dieser Wahl, gemessen nach der Anzahl der Sitze, nicht verändert.

Potsdam wählte seine neue Stadtverordnetenversammlung am 11.3.1928. Mit der Einführung des neuen Gemeindewahlgesetzes vom 28.10.1928 mußten die Potsdamer bereits ein Jahr später erneut an die Wahlurne. Mit diesem Gesetz wurde ein einheitlicher Wahltag für die kommunalen Neuwahlen geschaffen. Vom 30.9. bis 31.12.1929 mußten an demselben Tag alle Gemeindevertretungen gewählt werden. Dieser Tag war der 17.11.1929. In Potsdam erhielt die DNVP wiederum die meisten Stimmen, in Nowawes war es die SPD.

Tab. 4: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Potsdam und zur Gemeindevertretung Nowawes am 17.11.1929 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Partei	Anteil der Stimmen in %		Anzahl der Sitze	
	Potsdam	Nowawes	Potsdam	Nowawes
Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	32,6	13,9	15	4
Sozialistische Partei (SPD)	28,5	40,6	13	14
Reichspartei (ehem. Wirtschaftspartei)	11,9	19,5	3	6
Kommunistische Partei (KPD)	3,7	19,1	1	6
Andere Parteien	23,3	6,9	11	2
Insgesamt	100,0	100,0	43	32

Die Zeit nach den Kommunalwahlen 1929 war geprägt durch den Vormarsch der nationalsozialistischen Bewegung, die bis zur Wahl 1933 erheblichen Einfluß gewann.

41,5% der Potsdamer und
33,8% der Nowaweser

stimmten am 12.3.1933 für die NSDAP. Sie erhielt 19 von 43 Sitzen in Potsdam und 11 von 32 Sitzen in Nowawes. Im Vergleich zu 1929 wählten 1933 Anhänger der kleineren bürgerlichen Parteien und der Reichspartei aber auch der SPD die NSDAP. Ähnlich war es in Nowawes.

Tab. 5: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Potsdam und zur Gemeindevertretung Nowawes am 17.11.1929 und 12.3.1933
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Partei	Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen in %					
	Potsdam		Nowawes		Potsdam u. Nowawes insgesamt	
	1929	1933	1929	1933	1929	1933
Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	32,6	29,7	13,9	12,0	27,4	24,5
Sozialistische Partei (SPD)	28,5	18,0	40,6	29,2	31,9	21,3
Reichspartei (ehem. Wirtschaftspartei)	11,9	-	19,5	-	14,0	-
Kommunistische Partei (KPD)	3,7	4,2	19,1	17,5	8,0	8,2
Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	7,6	41,5	.	33,8	5,5	39,3
Andere Parteien	15,7	6,6	6,9	7,5	13,2	6,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Obwohl die Nationalsozialisten in den beiden Parlamenten mit der Wahl am 12.3.1933 keine Mehrheit erreichten, beherrschten sie die Parlamente, indem sie die der KPD zustehenden Sitze nicht besetzen ließen und die Mandate der SPD laufend verringerten.

Abb. 3: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Potsdam 1919 bis 1933
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

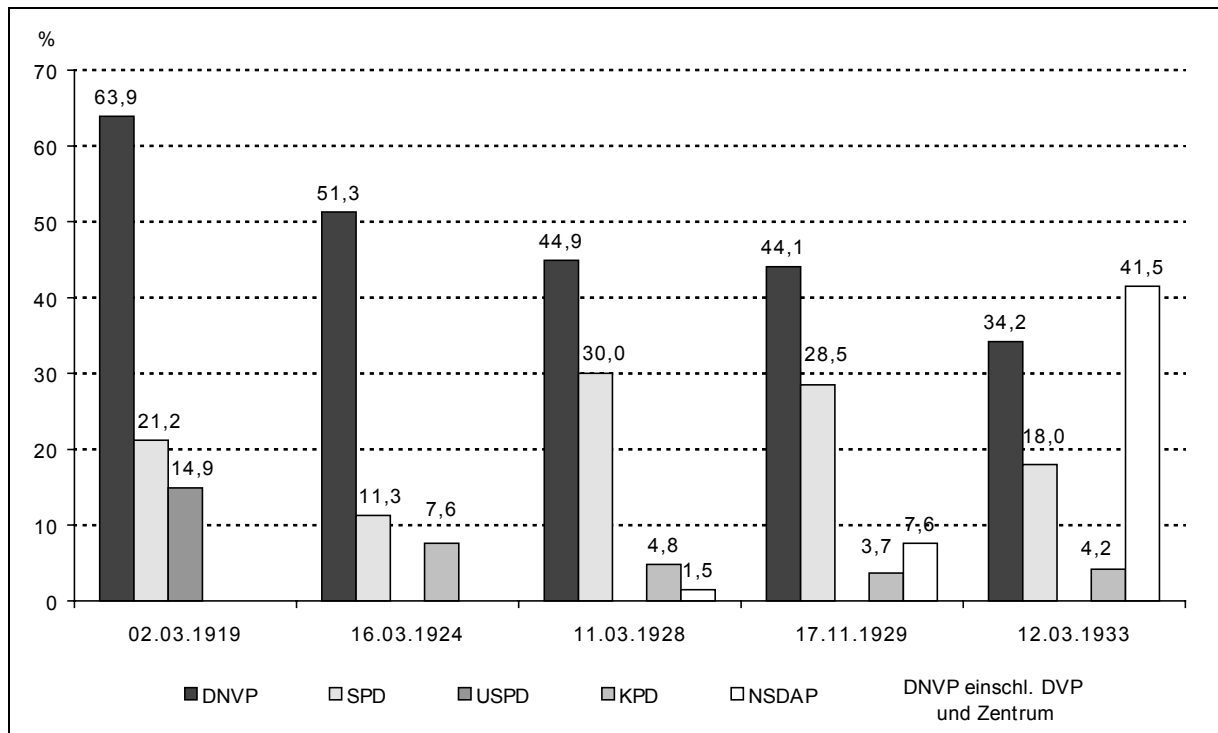
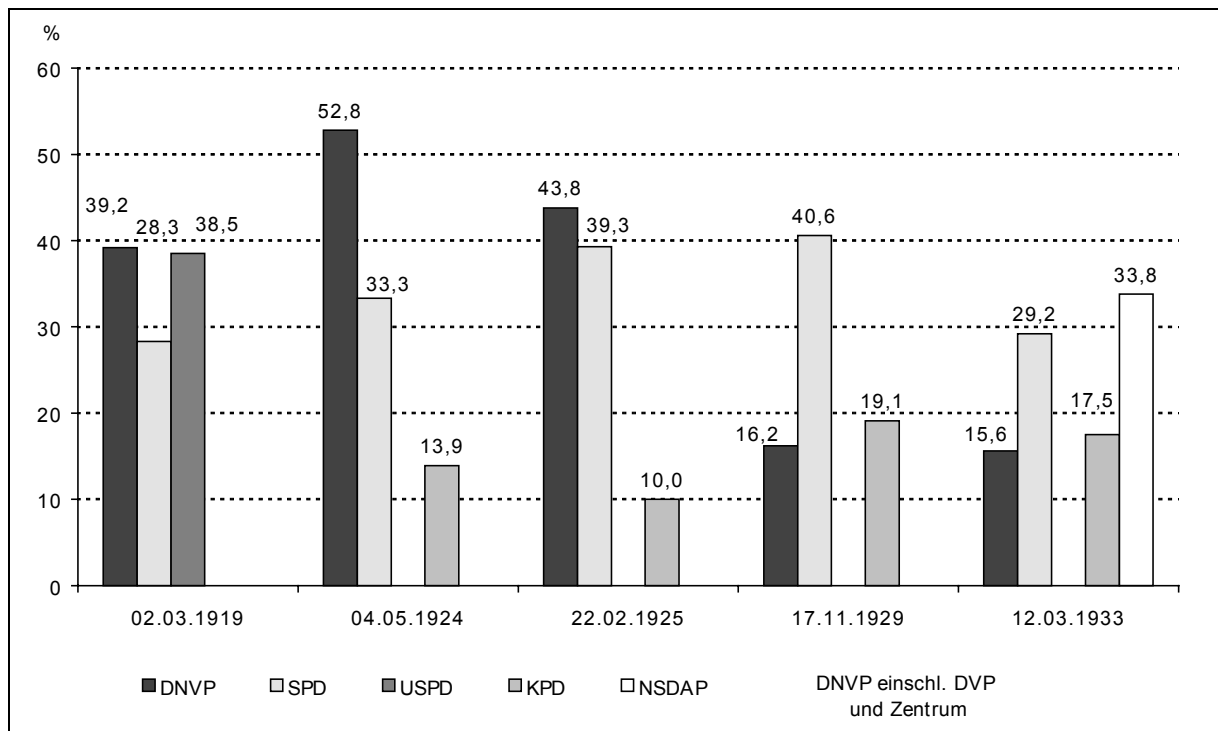


Abb. 4: Wahlen zur Gemeindevertretung in Nowawes 1919 bis 1933
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



1.1.3. 1934 wurde die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst

Am 1.1.1934 trat ein neues Gemeindevertretungsgesetz in Kraft, das am 15.12.1933 erlassen wurde. Damit wurde die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung aufgelöst. An ihre Stelle trat der Gemeinderat, der den Bürgermeister beraten und für seine Maßnahmen bei der Bevölkerung Verständnis schaffen sollte. Frauen konnten weder Gemeinderat (Ratsherr) noch Bürgermeister oder Beigeordneter werden. Andere Ehrenämter durften sie bekleiden.

1.1.4. Gemeinderat 1934 bis 1945

Von 1934 bis 1945, den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft, haben sich Gemeinderat und Stadtverwaltung überwiegend mit der Remilitarisierung der Garnisonsstadt und der zahlreichen Randgebiete beschäftigt. Mit den erfolgten Eingemeindungen entstand 1939 das „Groß-Potsdam“.

1.2. Provinziallandtag

1.2.1. Wahlen 1823 bis 1918

Die Provinz Mark Brandenburg wird bei der Neuordnung der preußischen Verwaltung 1815 mit den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt O. geschaffen. Über beiden Regierungen steht ein Oberpräsident.

Das Gesetz vom 1.7.1823 über die Provinzialverbände in der Provinz Brandenburg regelt deren Zusammensetzung. Danach konnten die 3 Stände folgende Anzahl Vertreter in den Provinziallandtag entsenden:

- 34 Vertreter der erste Stand (das Domkapitel Brandenburg, Graf Solms-Baruth, die Standesherrn der Niederlausitz sowie die Rittergutsbesitzer),
- 22 Vertreter der zweite Stand (Städte),
- 12 Vertreter der dritte Stand (Gutsbesitzer unter der Ebene der Ritterschaft/Erbpächter und Bauern).

Demnach umfaßt der Provinziallandtag 68 Vertreter. Die Hälfte gehört dem ersten Stand an, der damit die Mehrheit im Parlament besitzt.

Ab 1827 hat das Oberpräsidium seinen Sitz in Berlin, bis dieser nach 16 Jahren endgültig an Potsdam zurückfiel.

1828 zählt die Provinz 138 Städte, 15 Flecken, 2 783 Dörfer, 575 Kolonien, 3 650 Vorwerke und Einzelabteilstellen, wo insgesamt 1 494 122 Einwohner leben.

Die neue Provinzialordnung vom 29.6. 1875 stellt mit dem neugeschaffenen „Provinzialverband der Provinz Mark Brandenburg“ (1876 bis 1945) dem Oberpräsidenten ein neues Selbstverwaltungsorgan, bestehend aus Provinzialausschuß und Provinziallandtag, an die Seite. Mit der Beseitigung der Stände (außer in der Niederlausitz) verlieren die 3 Kurien ihre Bedeutung. Die Abgeordneten kommen durch indirekte Wahlen aus den Land- und Stadtkreisen.

Am 31.7.1914 läßt Kaiser Wilhelm den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ verkünden und erklärt den Kriegszustand für Berlin und Brandenburg. Die vollziehende Gewalt geht an den Oberkommandierenden in den Marken, Generaloberst Gustav von Kessel.

1.2.2. Wahlen 1921 bis 1933

Abb. 5: Vorschläge der Parteien zur Wahl des Provinziallandtages am 29.11.1925

Mit der neuen Preußischen Verfassung vom 30.11.1920 bildet Brandenburg eine der zehn preußischen Provinzen des Freistaates Preußen. Provinziallandtag und Provinzialausschuß nehmen ihren Sitz in Berlin.

Am 20.2. 1921 wurde der erste Provinziallandtag Brandenburg gewählt. Für den Wahlort Potsdam waren aber erst Ergebnisse ab 1925 aufzufinden.

1921 verfügte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Provinziallandtag mit 29 von 92 Sitzen im Vergleich zu anderen Parteien über die meisten Mandate. Nach der Anzahl der Sitze folgten:

- 16 Sitze Deutschnationale Volkspartei,
- 15 Sitze Bürgervereinigung,
- 8 Sitze Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- 6 Sitze Deutsche Demokratische Partei,
- 5 Sitze Kommunistische Partei Deutschlands.

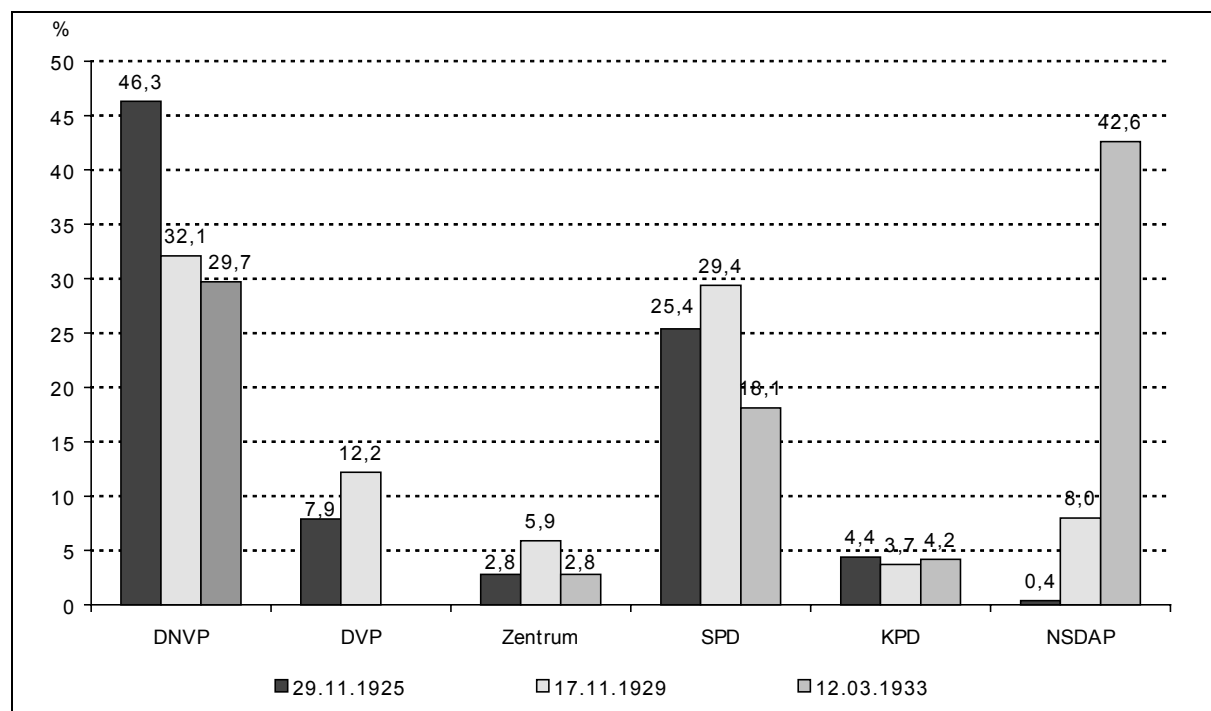
Damit hatten die bürgerlichen Parteien 1921 die Mehrheit im Provinziallandtag Brandenburg. 1925 stimmten 46,3% der Potsdamer Wähler bei den Wahlen zum Provinziallandtag für die Konservativen und 25,4% für die Sozialdemokraten. 4 Jahre später (1929) zeigte sich ein leichter Rückgang des Anteils der Konservativen und ein ebensolcher Anstieg des Anteils der Sozialdemokraten. Weitere 4 Jahre danach (12.3.1933) dominierten bereits die Nationalsozialisten. 42,6% konnten sie erringen.

Beim Vergleich der Wahlergebnisse des Wahlortes Potsdam mit denen der Provinz insgesamt zeigt sich in den Jahren 1929 und 1933 ein höherer Anteil der Stimmen für die Konservativen und 1925 bis 1933 generell ein geringerer Anteil der Stimmen für die Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten waren 1929 in Potsdam anteilmäßig etwas stärker vertreten als in der Provinz insgesamt. Anders stellte es sich am 12.3.1933 dar. In der Provinz erhielten die Nationalsozialisten 54,2% und im Wahlort Potsdam „nur“ 42,6%.

Tab. 6: Wahlen zum Provinziallandtag Brandenburg 1925 bis 1933 - Vergleich der Anteile der abgegebenen gültigen Stimmen für die Provinz mit denen der Stadt Potsdam

Partei	Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für die Parteien in %								
	29.11.1925			17.11.1929			12.3.1933		
	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam	Vergl.Po. zur Prov.	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam	Vergl.Po. zur Prov.	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam	Vergl.Po. zur Prov.
Konservative	51,5	46,3	-5,2	36,5	32,1	-4,4	15,6	29,7	+14,1
Liberales	6,2	7,0	+0,8	4,2	5,9	+1,7	-	2,8	+2,8
Sozialdemokraten	33,0	25,4	-7,6	35,4	29,4	-6,0	21,9	18,1	-3,8
Kommunisten	9,3	4,4	-4,9	9,4	3,7	-5,7	8,3	4,2	-4,1
Nationalsozialisten	-	0,4	+0,4	6,3	8,0	+1,7	54,2	42,6	-11,6

Abb. 6: Wahlen zum Provinziallandtag Brandenburg 1925 bis 1933, Wahlort Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



Am 20.7.1932 verhängte die Reichsregierung mit der Absetzung der preußischen Landesregierung über Berlin und Brandenburg den Ausnahmezustand. Die vollziehende Gewalt wurde an den Militärbefehlshaber, General Gerd von Runstedt, übertragen. Dem Provinziallandtag wird das Etatbewilligungsrecht genommen. Es erfolgt die Zwangsetatisierung. Das geschah alles, um die Nationalsozialisten zu unterstützen. Die Ergebnisse der Provinziallandtagswahl vom 12.3.1933 und die Reichstagswahl vom 3.3.1933 zeigen, daß es gelungen ist, den Nationalsozialisten den Weg zu Mehrheiten in den Parlamenten zu ebnen. Am 17.7. 1933 übertrug der Provinziallandtag seine Funktionen dem Provinzialausschuß und hört auf zu existieren (offiziell am 15.12.1933). Am 15.12.1933 gehen die Aufgaben des Provinzialausschusses an den Oberpräsidenten über. Am 30.1.1934 wird mit dem „Gesetz über den Neuaufbau des Deutschen Reiches“ in der Provinz Brandenburg das Amt des Oberpräsidenten mit dem des Gauleiters der NSDAP verbunden.

1.3. Preußischer Landtag

1.3.1. Wahlen 1861 bis 1913

Bevor die Abgeordneten für den Preußischen Landtag gewählt werden konnten, mußten, wie bei den Wahlen der Stadtverordneten dargelegt, zunächst Urwahlen stattfinden. Die Abgeordneten wurden aber bei der Urabstimmung nicht direkt gewählt. Die Wahlberechtigten wählten Wahlmänner, die dann in einem zweiten Schritt die Abgeordneten wählten.

Ab 1861 liegen von den Wahlen zum Preußischen Landtag Ergebnisse für die Provinz Brandenburg und für den Wahlort Stadt Potsdam vor.

Die Stadt zählte damals 34 869 Einwohner. Von 7 166 Wahlberechtigten beteiligten sich 56,4% an der Urabstimmung. Die höchste Beteiligung hatte die Abteilung I und die niedrigste die Abteilung III aufzuweisen.

Tab. 7: Urwahlen zum Preußischen Landtag am 19.1.1861 - Wahlort Potsdam

Merkmal		Insgesamt	davon (Klasse nach der Steuerzahlung)		
			Abteilung I	Abteilung II	Abteilung III
Wahlberechtigte	Anzahl	7 166	220	587	6 359
	%	100	3,1	8,2	88,7
Steuerbetrag in Taler					
	insgesamt	72 194	25 152	23 621	24 021
	je Wahlberechtigter	10	114	40	4
Wahlbeteiligung	Anzahl	4 043	181	461	3 401
	%	56,4	82,3	78,5	53,5

Die durchschnittliche Steuerleistung eines Wahlberechtigten betrug 10 Taler. Der Preußische Taler des 19. Jahrhunderts wurde 1907 durch das 3-Mark Stück ersetzt. 1903 betrug die durchschnittliche Steuerleistung 117 Mark (39 Taler) und 1913 bereits 144 Mark (48 Taler).

Die Wahlbeteiligung an den Urwahlen war in der Stadt Potsdam in allen Abteilungen und in jedem der in nachstehender Tabelle ausgewiesenen Jahren höher als in der Provinz insgesamt.

Tab. 8: Beteiligung der Wahlberechtigten an den Urwahlen zum Preußischen Landtag nach Abteilungen 1862 bis 1913 - Ergebnisse Provinz Brandenburg und Wahlort Potsdam

Jahr	Beteiligung der Wahlberechtigten an den Urwahlen zum Preußischen Landtag in %							
	Insgesamt		Abteilung I		Abteilung II		Abteilung III	
	Provinz Brandbg.	Wahlort Potsdam	Provinz Brandbg.	Wahlort Potsdam	Provinz Brandbg.	Wahlort Potsdam	Provinz Brandbg.	Wahlort Potsdam
1862	35,4	66,7	62,5	81,8	50,5	78,2	31,4	65,1
1863	31,4	55,7	59,5	74,5	47,0	73,9	27,5	53,3
1893	15,0	26,9	46,1	60,9	29,1	48,4	12,1	23,4
1998	16,0	29,0	45,5	57,8	29,5	51,9	13,2	25,7
1903	25,4	32,1	48,6	54,6	35,7	51,8	23,2	29,4
1908	31,1	43,0	48,5	62,9	39,0	53,4	29,1	40,9
1913	35,3	45,9	49,5	68,8	45,2	61,0	32,5	42,7

Für die Jahre 1903, 1908 und 1913 stehen Ergebnisse der Urwahlen (Wahl der Wahlmänner) auch nach dem Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen in der Provinz und in der Stadt Potsdam zur Verfügung. Beim Vergleich fällt auf, daß in den genannten Jahren in Potsdam die Wahlmänner der Konservativen und in der Provinz insgesamt die der Sozialdemokraten die meisten Stimmen erhielten.

Abb. 7: Urwahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 für die Provinz Brandenburg und den Wahlort Stadt Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlmänner der Parteien

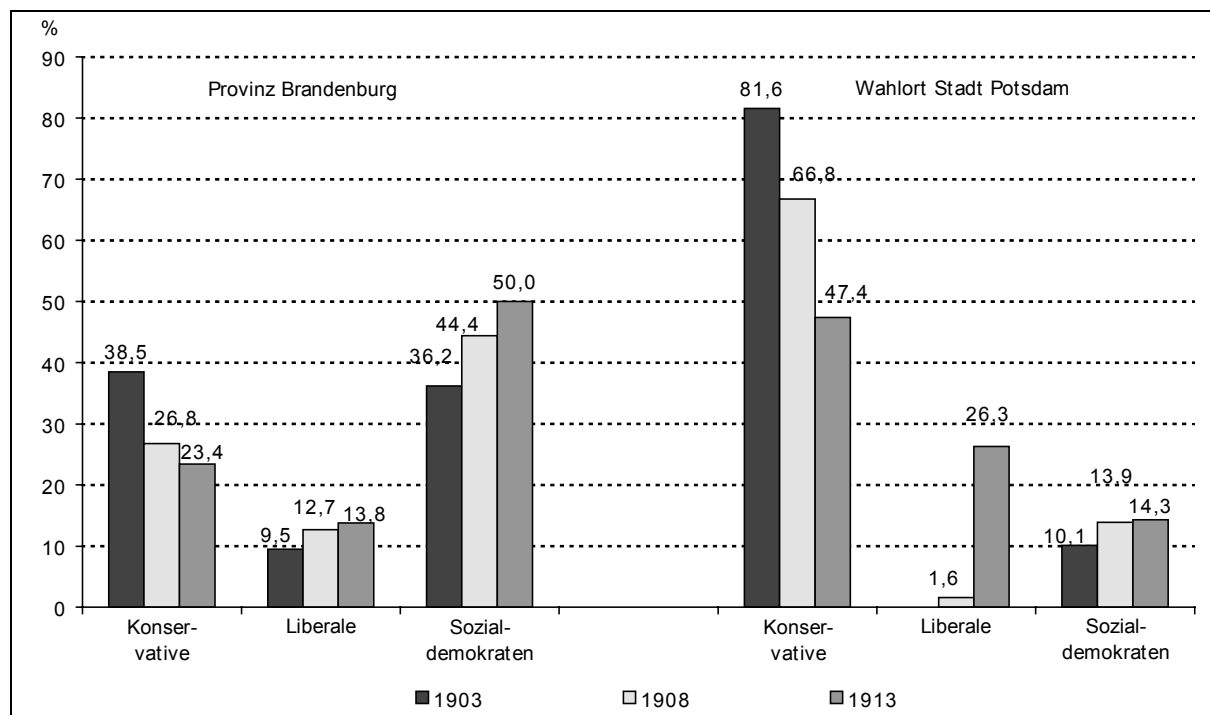


Abb. 8: Urwahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 für die Provinz Brandenburg - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlmänner der Parteien

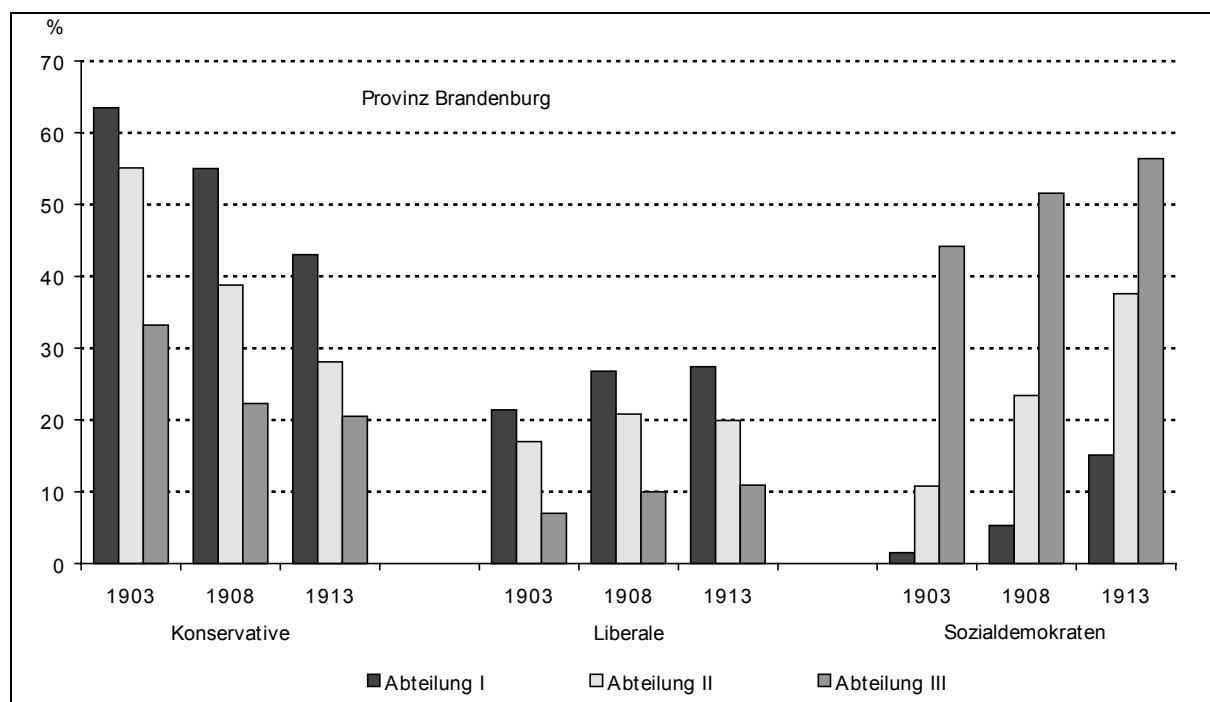
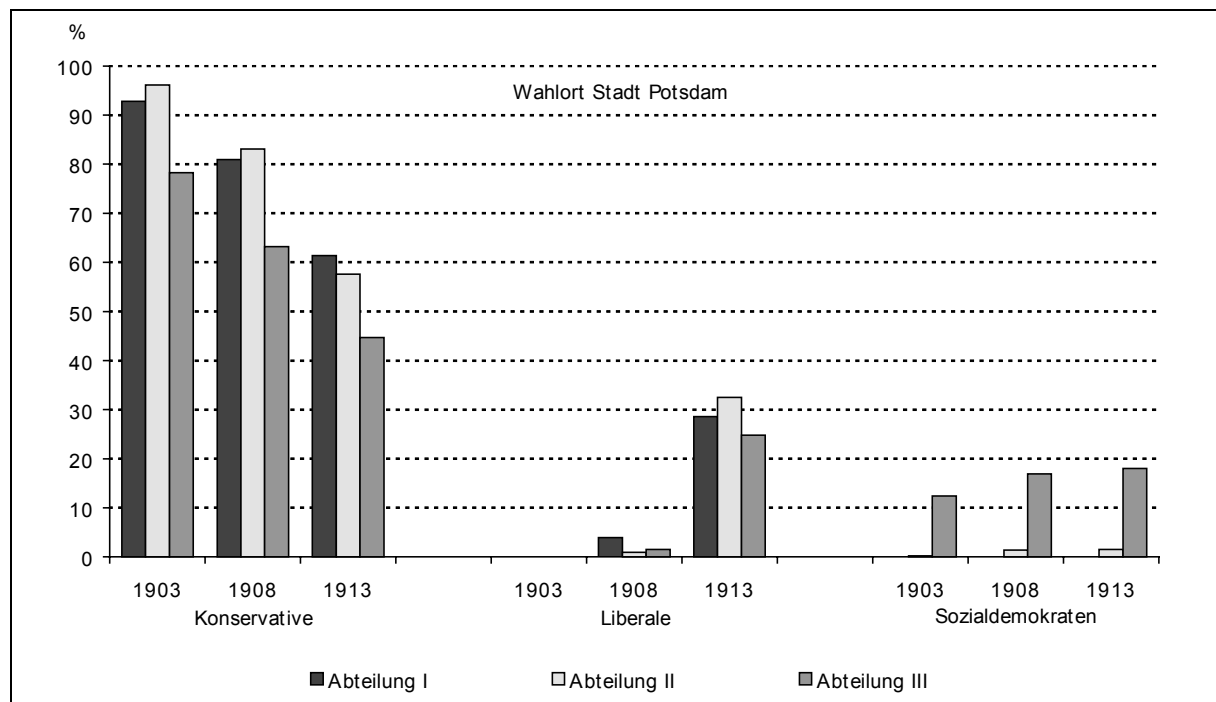


Abb. 9: Urwahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 für den Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlmänner der Parteien nach Abteilungen



Tab. 9: Wahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 - Provinz Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen bei den Urwahlen nach Abteilungen

Partei	Jahr	Anteil der Parteien an den Stimmen der Wähler bei den Urwahlen in %							
		Insgesamt		Abteilung I		Abteilung II		Abteilung III	
		Provinz Brdgb.	Stadt Potsdam	Provinz Brdgb.	Stadt Potsdam	Provinz Brdgb.	Stadt Potsdam	Provinz Brdgb.	Stadt Potsdam
Konservative	1903	37,4	81,4	61,5	92,2	53,5	95,2	32,2	78,3
	1908	24,9	54,2	50,5	64,5	35,9	68,6	20,8	51,1
	1913	22,2	20,9	40,4	29,4	26,6	28,2	19,5	18,8
Freikonservative	1903	1,1	0,2	2,0	0,6	1,6	1,0	1,0	-
	1908	1,9	12,6	4,5	16,5	2,9	14,3	1,5	12,1
	1913	1,2	26,8	2,6	32,0	1,5	29,4	1,0	25,9
Linksliberale	1903	5,0	-	11,6	-	9,1	-	3,6	-
	1908	7,3	0,7	15,2	1,7	11,9	0,6	5,8	0,6
	1913	8,9	-	17,0	-	13,3	-	6,9	-
Nationalliberale	1903	4,5	-	9,8	-	7,9	-	3,4	-
	1908	5,4	0,9	11,6	2,2	8,9	0,3	4,2	0,9
	1913	4,9	26,3	10,4	28,6	6,6	32,6	4,0	24,8
Sozialdemokraten	1903	36,2	10,1	1,5	-	10,8	0,2	44,2	12,4
	1908	44,4	13,9	5,3	-	23,4	1,4	51,6	16,9
	1913	50,0	14,3	15,1	-	37,6	1,5	56,4	18,0
Andere Parteien	1903	15,8	8,3	13,5	7,2	17,1	3,5	15,7	9,2
	1908	15,9	17,8	12,9	15,2	17,0	14,6	15,9	18,5
	1913	12,8	11,6	14,4	10,0	14,3	8,2	12,3	12,5

1913 verfügte der Preußische Landtag über 424 Sitze, darunter standen der Provinz Brandenburg 38 Sitze zur Verfügung. Über 1 Sitz konnte der Wahlort Potsdam verfügen. Diesen Sitz erhielten 1913 und die Wahljahre davor (1903, 1908) die Konservativen. Ihr Abgeordneter im Preußischen Landtag war der Fabrikbesitzer Otto Eckert.

Tab. 10: Anzahl der Sitze der Parteien im Preußischen Landtag 1903 bis 1913
- Ergebnis Provinz Brandenburg

Jahr	Anzahl der Sitze der Provinz Brandenburg im Preußischen Landtag					
	insgesamt	davon nach Parteien				
		Konservative	Freikonservative	Linksliberale	Nationalliberale	Sozialdemokraten
1903	36	24	9	1	2	-
1908	38	23	8	5	2	-
1913	38	18	7	6	3	4

Die Urwahlen sind im Gegensatz zur Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner als Ausdruck des Willens der Wahlberechtigten in den unterschiedlichen sozialen Klassen (Abteilungen nach der Steuerleistung) zu betrachten. Sie reproduzieren deutlich die gesellschaftlichen Verhältnisse damaliger Zeit.

Für den Wahlort Potsdam (Wahlbezirk Potsdam 5) haben 1861 151 Wahlmänner einen von 36 Abgeordneten des Preußischen Landtags gewählt. Die Wahlmänner einigten sich oft in Vorversammlungen auf 1 oder 2 Kandidaten. Sie entschieden sich in nachstehenden Jahren für folgende Parteien und Kandidaten:

1867 bis 1871 Konservative (Keller 90,0%, Palm 50,7%, Engelcken 82,1%),
1873 Nationalliberale (Wulfshein 58,9%),
1876 bis 1880 Linksliberale (Wulfshein 74,6% bzw. 50,6%, Büchtemann 54,6%),
1882 bis 1888 Konservative (Rauchhaupt 66,9% bzw. 91,8%, Kelch 80,4%),
1890 bis 1898 Freikonservative (Kelch fünfmal 100 % und einmal 92,4%),
1901 bis 1913 Freikonservative (Eckert zweimal 100% und je einmal 99,0%, 51,0%)

Der eine Abgeordnete der Stadt im Preußischen Landtag wurde von 1867 bis 1913 durch Abgeordnete vertreten, die nachstehende Tätigkeit ausübten bzw. Funktion bekleideten:

Generalintendant, Landrat, Landrat und Rittergutsbesitzer, Polizeipräsident, Rat, Regierungsrat, Eisenbahndirektor bzw. Fabrikbesitzer

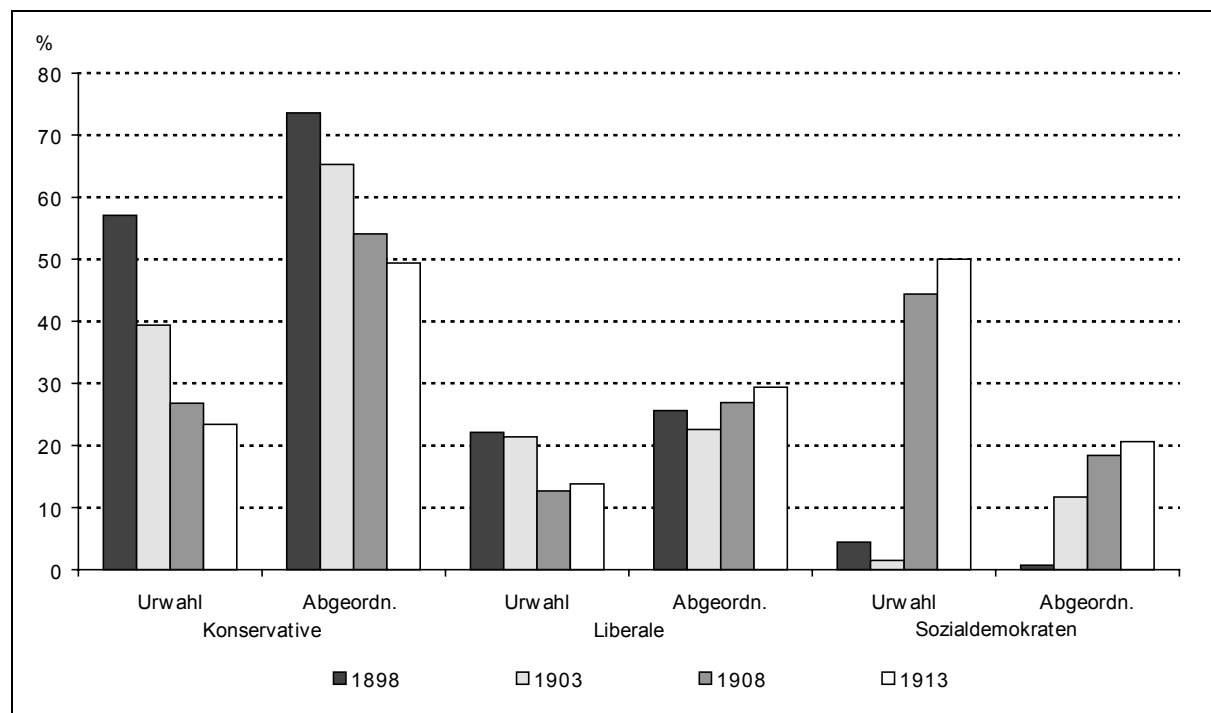
(Einzelheiten hierzu siehe Anlage 2, Tabelle 5)

Der Unterschied zwischen den Ergebnissen der Urwahlen, der Wahl der Wahlmänner durch die Wahlberechtigten und den Wahlen der Abgeordneten durch die Wahlmänner für den Preußischen Landtag war enorm. Der Preußische Landtag repräsentierte durch das Wahlsystem nicht den Willen der Masse der Wähler, er widerspiegelte die Macht der Herrschenden.

Tab. 11: Wahlen zum Preußischen Landtag 1898 bis 1913 - Vergleich der Ergebnisse der Urwahlen mit den Abgeordnetenwahlen für die Provinz Brandenburg insgesamt

Jahr	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zum Preußischen Landtag in Prozent								
	Konservative			Liberale			Sozialdemokraten		
	Urwahl	Abgeordnete-nwahl	Vergl. Ur- z.Ab-geord.W.	Urwahl	Abgeordnete-nwahl	Vergl. Ur- z.Ab-geord.W.	Urwahl	Abgeordnete-nwahl	Vergl. Ur- z.Ab-geord.W.
1898	57,2	73,6	-16,4	22,1	25,6	-3,6	4,4	0,7	+3,7
1903	39,4	65,3	-25,9	21,4	22,6	-1,2	1,5	11,7	-10,2
1908	26,8	54,1	-27,3	12,7	26,9	-14,2	44,4	18,4	+26,0
1913	23,4	49,4	-26,0	13,8	29,4	-15,6	50,0	20,6	+29,4

Abb. 10: Wahlen zum Preußischen Landtag 1898 bis 1913 - Vergleich der Ergebnisse der Urwahlen mit den Abgeordnetenwahlen für die Provinz Brandenburg insgesamt



1.3.2. Wahlen 1920 bis 1933

Nach dem Sturz der Hohenzollerndynastie durch die Novemberrevolution wurde Preußen Freistaat. Wahlen zum Preußischen Landtag gab es 1921, 1924, 1928, 1932 und 1933.

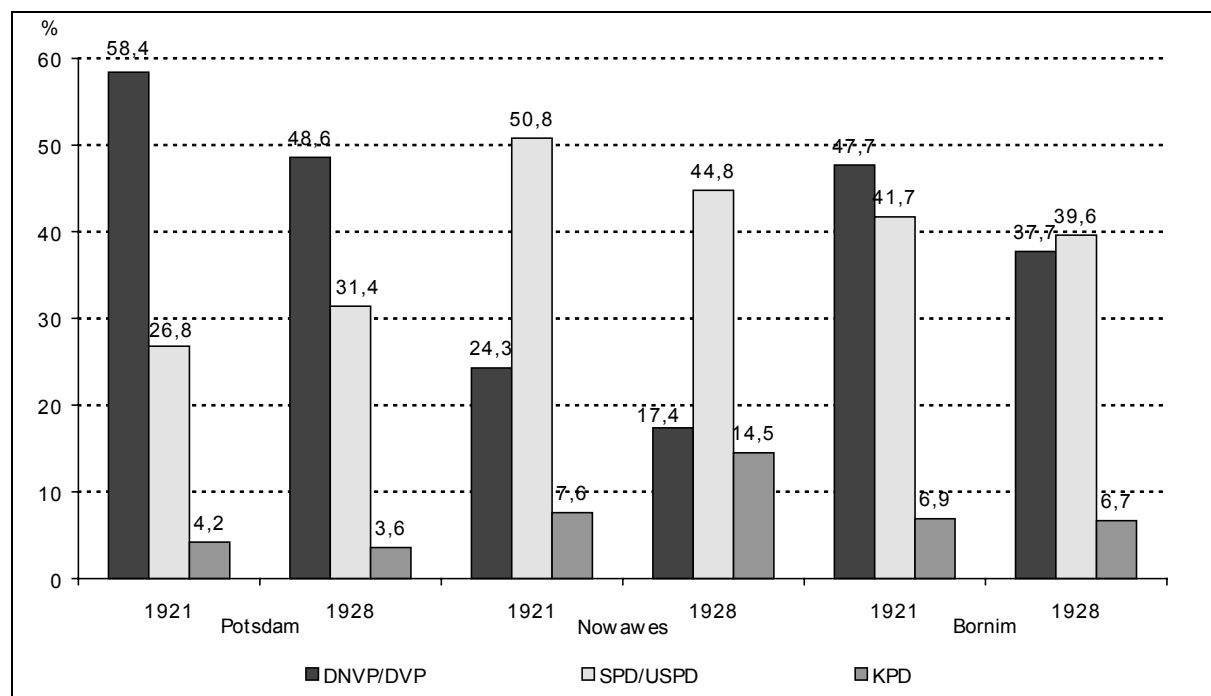
Für die heute zur Stadt Potsdam gehörenden Orte Potsdam, Nowawes und Bornim (gegenwärtiger Gebietsstand) liegen Ergebnisse zur Wahl des Preußischen Landtages für die Jahre 1921 und 1928 vor.

Tab. 12: Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 und 1928 - Wahlorte Potsdam, Nowawes und Bornim - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen

Partei	Anteil der Parteien an den Stimmen zum Preußischen Landtag in %							
	Potsdam		Nowawes		Bornim		Insgesamt	
	1921	1928	1921	1928	1921	1928	1921	1928
DNVP/DVP	58,4	48,6	24,3	17,4	47,7	37,7	49,2	39,3
SPD/USPD	26,8	31,4	50,8	44,8	41,7	39,6	33,4	35,5
KPD	4,2	3,6	7,6	14,5	6,9	6,7	5,2	6,8
NSDAP	-	1,5	-	0,8	-	1,5	-	1,3

In den Wahlorten Potsdam und Bornim war der Anteil der Konservativen an den Stimmen zur Wahl des Preußischen Landtages am höchsten. Er ist aber 1928 gegenüber 1921 um ca. 10% zurückgegangen. Im Wahlort Nowawes war der Anteil der Sozialdemokraten bei einem Rückgang von 1928 zu 1921 um 6% am größten. In Potsdam ist der Anteil der Sozialdemokraten um 4,6% angestiegen und in Bornim um 2,1% zurückgegangen. Der Anteil der Stimmen für Kommunisten hat sich in Nowawes 1928 zu 1921 mit 14,5% verdoppelt.

Abb. 11: Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 und 1928 - Wahlorte Potsdam, Nowawes und Bornim - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



Tab. 13: Wahlen zum Preußischen Landtag 1924 bis 1933 - Provinz Brandenburg und Wahlort Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen

Partei	Anteil der Parteien an den Stimmen zum Preußischen Landtag in %							
	1924		1928		1932		5.3.1933	
	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam	Provinz Brdbg.	Stadt Potsdam
DNVP/DVP	47,2	55,2	35,9	48,6	10,9	20,9	11,8	25,7
SPD/USPD	28,6	23,6	33,5	31,4	26,9	25,5	19,0	17,1
KPD	6,3	3,8	8,9	3,6	12,7	4,9	13,4	6,8
NSDAP	3,3	2,7	1,3	1,5	39,5	40,0	48,2	43,5

Die Wähler im Wahlort Potsdam haben sich im Zeitraum 1924 bis 1933 im Vergleich zu den Wählern der Provinz Brandenburg insgesamt (bei gleichzeitigem Rückgang der Anteile bis 1932) mehr für die Konservativen entschieden. Demgegenüber gaben die Potsdamer Wähler den Sozialdemokraten weniger Stimmen. 1932 entfielen 40% der Stimmen auf die Nationalsozialisten. 1933 waren es noch mehr.

Abb. 12: Wahlen zum Preußischen Landtag 1924 bis 1933 - Provinz Brandenburg und Wahlort Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

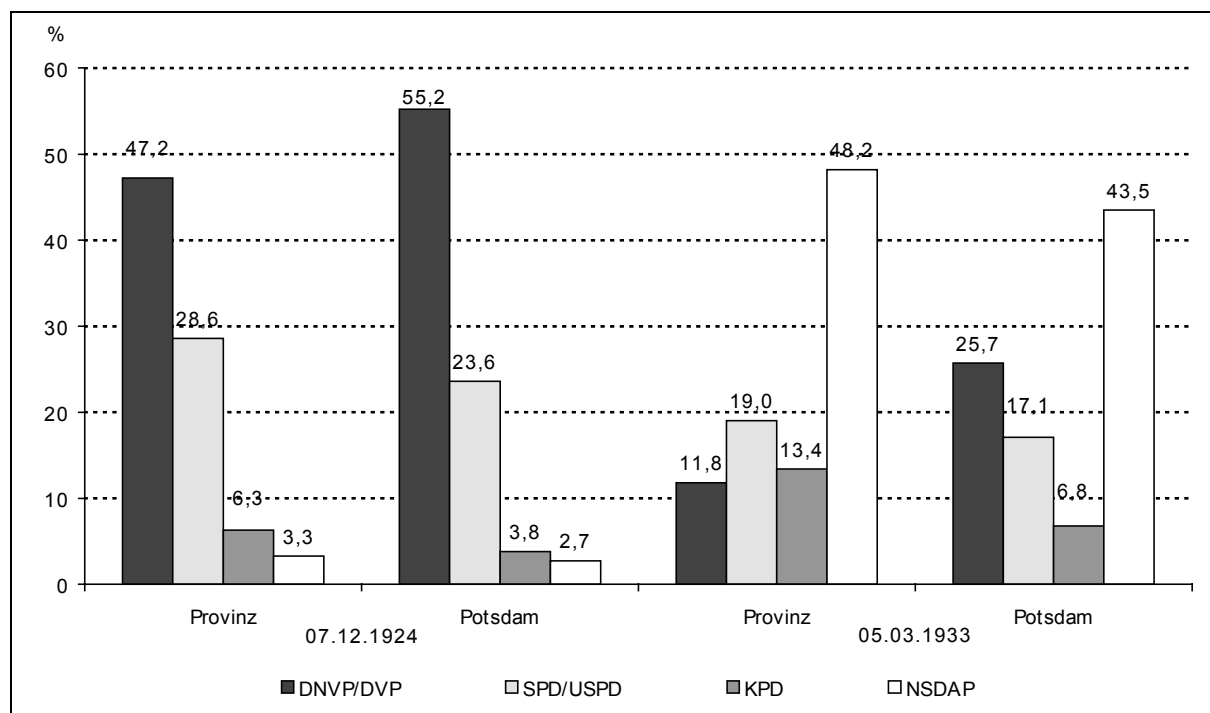


Abb. 13: Vorschläge der Parteien zur Wahl des Preußischen Landtags am 5.3.1933

Die Ärztin Freifrau (Freiin) Dr. von Watter (DNVP) wurde von den Wählern der Stadt Potsdam 1924, 1928 und 1933 als Abgeordnete für den Preußischen Landtag gewählt. Der Landrat z.D. von Kries (DNVP) wohnte in Potsdam vertrat aber 1921 und 1924 den Wahlkreis 5 (Frankfurt O.) im Preußischen Landtag.

Am 20.4.1933 wurde Göring preußischer Ministerpräsident. Reichskanzler von Papen ließ die von der SPD beherrschte preußische Landesregierung am 20.7.1933 durch ein Reichswehrkommando auflösen („Preußenschlag“), um die Unterstützung der Faschisten für den Reichstag zu gewinnen.

1945 zerfiel Preußen in einzelne Länder und wurde am 29.2.1947 durch Kontrollratsbeschluß aufgelöst.

1.4. Reichstag, Nationalversammlung, Reichspräsident

1.4.1. Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912

Der wilhelminische Reichstag (1871 bis 1918) wurde bis 1893 für 3 Jahre und danach für 5 Jahre unter Ausschluß der Frauen nach dem Mehrheitswahlsystem gewählt. Von den Kandidaten war gewählt, wer mehr Stimmen als seine Mitbewerber zusammen (absolute Mehrheit) oder, wer mehr Stimmen als jeder einzelne Mitbewerber (relative Mehrheit) erhielt. Der Reichstag hatte geringen Einfluß auf die Exekutive (Reichskanzler vom Kaiser ernannt, nicht vom Vertrauen des Reichstags abhängig). Er beschränkte sich im wesentlichen auf das jährliche Haushaltsgesetz.

Wie in der Vorbemerkung bereits erwähnt, waren Reichstagswahlergebnisse für den Zeitraum 1871 bis 1887 für die Wahlorte Potsdam und Nowawes sowie für die Provinz Brandenburg nicht auffindbar. Aus diesem Grunde wurden Ergebnisse der Wahlkreise 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) und 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg) für den gesamten Zeitraum von 1871 bis 1912 aufgenommen. Nach anfänglich zögerlicher Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 7 und 10 (1871 43,5% und 39,7%) erfolgte ab 1878 bis 1884 eine Steigerung auf zwei Drittel und danach bis 1912 auf 89,5% und 82,6%. Die Wahlbeteiligung war im Wahlkreis 10 (einschl. Nowawes) etwas schwächer als im Wahlkreis 7 (einschl. Potsdam). Da ab 1890 für die Gemeinde Nowawes und ab 1898 für die Stadt Potsdam die ortsbezogene Wahlbeteiligung vorhanden ist, kann festgestellt werden, daß in beiden Orten die Wahlbeteiligung gleich der Wahlkreise bzw. sogar höher war (besonders in Nowawes).

Tab. 14: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912 - Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 7 (einschl. Potsdam) und 10 (einschl. Nowawes)

Jahr	Anteil der abgegebenen Stimmen an den Wahlberechtigten im 1. Wahlgang in %			
	Wahlkreis 7		Wahlkreis 10	
	insgesamt	darunter Potsdam	insgesamt	darunter Nowawes
1871	43,3	.	39,7	.
1874	35,4	.	32,8	.
1877	41,2	.	40,3	.
1878	65,1	.	58,5	.
1881	66,9	.	62,0	.
1884	65,4	.	64,1	.
1887	79,5	.	77,9	.
1890	72,8	.	75,8	80,3
1893	74,4	.	75,7	83,0
1908	76,3	76,5	64,2	75,3
1903	80,6	80,0	72,9	80,3
1907	89,9	91,8	80,8	86,4
1912	89,5	90,9	82,6	86,7

Von 1874 bis 1893 war der Anteil der Stimmen für die Konservativen im Wahlkreis 10 höher als im Wahlkreis 7. Ab 1898 hat sich das Verhältnis umgekehrt.

Die Fortschrittspartei hatte überwiegend im Wahlkreis 7 höhere Anteile. Die Sozialdemokraten sind 1871 noch nicht angetreten. Ab 1874 wurden die höheren Anteile im Wahlkreis 10 festgestellt. Der Wahlkreis 7 hat sich 1878 bis 1881 voll dem Sozialistengesetz untergeordnet, und das Verbot wirkte.

Die Sozialisten waren in diesem Wahlkreis erst richtig ab 1890 in Erscheinung getreten. Von 1903 bis 1912 konnten die Sozialdemokraten im Wahlkreis 10 Stimmenmehrheit erzielen.

Von 18 Provinzwahlkreisen gewann die SPD 1912 in 5 Wahlkreisen, darunter im Wahlkreis Potsdam - Osthavelland.

Tab. 15: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912 - Wahlkreise 7 und 10 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Jahr	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zum Reichstag in %					
	Konservative		Fortschrittspartei ¹		Sozialdemokraten ²	
	Wahlkreis 7	Wahlkreis 10	Wahlkreis 7	Wahlkreis 10	Wahlkreis 7	Wahlkreis 10
1871	42,4	72,0	57,2	27,9	-	-
1874	31,9	41,1	62,4	44,0	5,2	13,2
1877	36,4	29,2	51,1	59,2	10,9	16,2
1878	32,0	40,6	66,7	37,6	-	19,6
1881	37,3	51,4	62,2	43,3	-	4,6
1884	45,1	52,4	53,0	32,3	1,4	14,9
1887	52,6	59,4	41,1	19,9	6,1	20,6
1890	42,5	44,3	36,3	14,9	20,7	38,6
1893	26,7	27,8	26,5	12,4	35,4	47,3
1898	43,7	33,0	16,5	13,2	38,2	49,5
1903	39,1	27,6	14,9	14,5	44,7	55,6
1907	33,2	26,3	20,1	19,6	42,0	52,2
1912	26,5	10,5	24,4	25,1	47,4	58,7

¹ Einschl. Nationalliberale

² 1878 bis 1890 Wirkung des Sozialistengesetzes,
1893 außerdem Reformpartei Wahlkreis 7 10,4% und Wahlkreis 10 11,7%

Hat eine Partei im 1. Wahlgang (auch allgemeine oder Hauptwahl genannt) keine eigene und auch mit Koalition keine Mehrheit erzielt, dann war ein 2. Wahlgang (auch Stichwahl oder entscheidende Wahl genannt) erforderlich. Diesen 2. Wahlgang gewannen mit nachstehenden Anteilen an den abgegebenen Stimmen:

Wahlkreis 7 1893 54,2% Konservative,
 1898 54,5% Konservative,
 1903 50,7% Konservative,
 1912 54,4% Sozialdemokraten, (Dr. Karl Liebknecht),

Wahlkreis 10 1877 58,8% Nationalliberale,
 1878 53,4% Fortschrittspartei,
 1890 55,9% Konservative,
 1893 54,8% Sozialdemokraten,
 1898 52,9% Sozialdemokraten.

Auffallend ist, hier auf die Ergebnisse des gesamten Reiches bezogen, daß die SPD vor allem bei den Wahlen von 1890 bis 1907 im Vergleich zum Stimmenanteil ein unverhältnismäßigen Mandatsanteil im Reichstag besaß.

Der Anteil der Stimmen für die SPD war im Vergleich zum Sitzanteil:

1890 um 11,8%,
1893 um 13,4%,
1898 um 14,0%,
1903 um 13,1% und
1907 sogar um 26,1% höher.

Es ist bekannt, daß ein derartiger Vergleich nicht zulässig ist, dennoch dürften solche großen Differenzen zum Nachteil der SPD nicht auftreten. Die Ursachen dafür sollen in einer „undemokratischen“ Wahlkreiseinteilung liegen (?).

Abb. 14: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

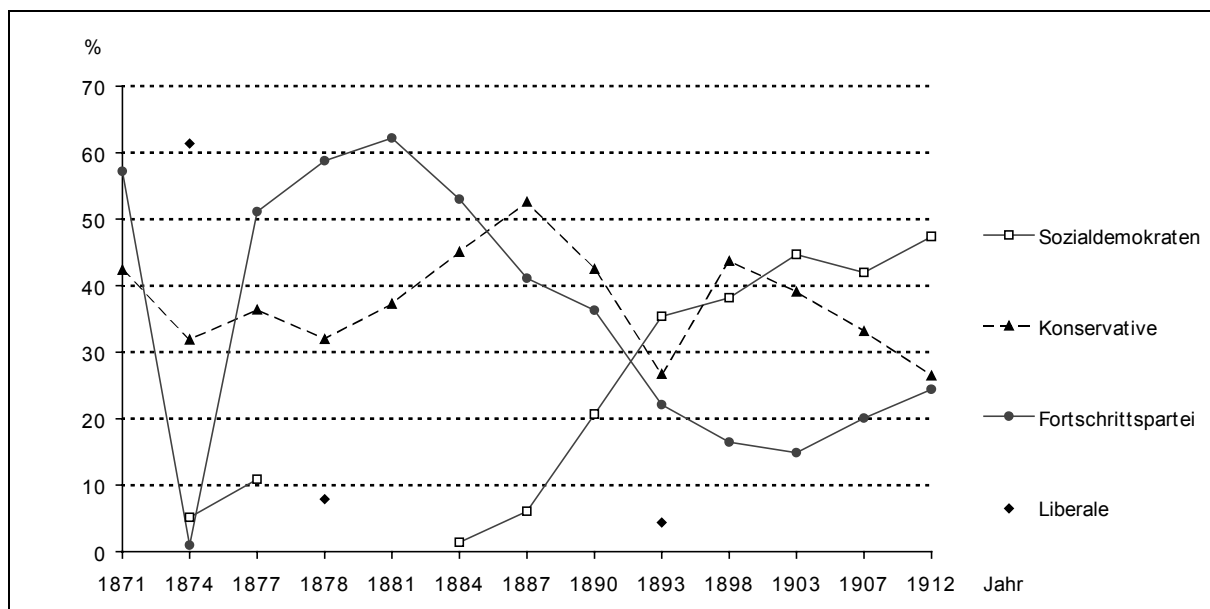
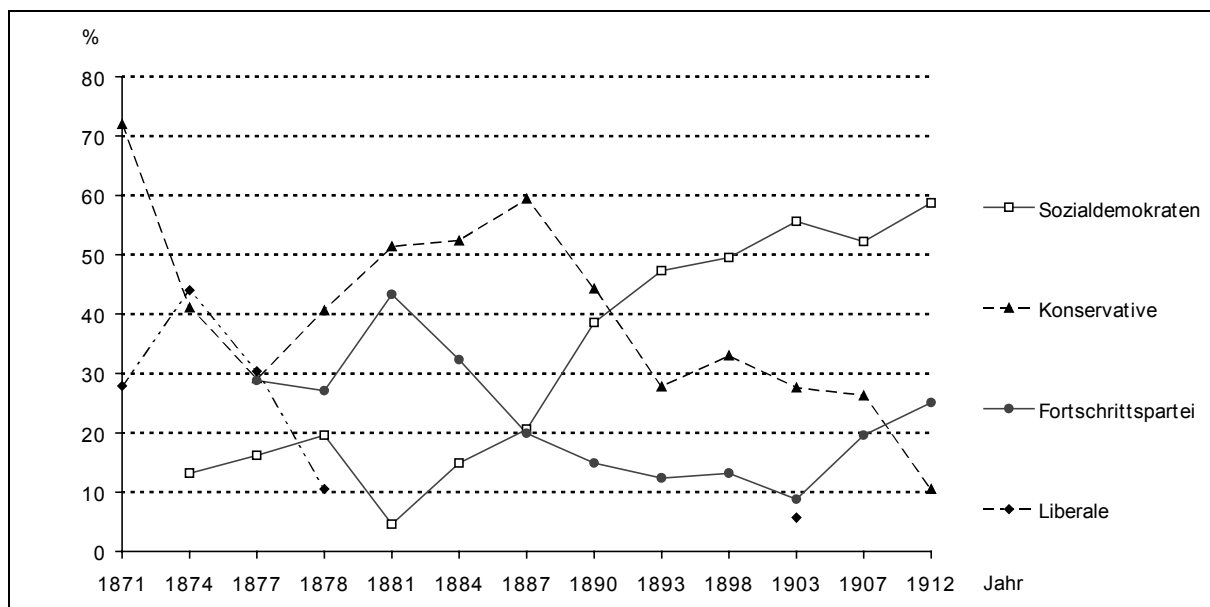


Abb. 15: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes)- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



Nach dieser Darstellung der Wahlergebnisse 1871 bis 1912 für die beiden Wahlkreise, zu denen Potsdam und Nowawes gehören, nun zu den direkten Wahlergebnissen der Stadt Potsdam und der Gemeinde Nowawes für den Reichstag.

Für die Jahre 1890 und 1893 stehen Wahlergebnisse nur für die Gemeinde Nowawes zur Verfügung. Die Wahlbeteiligung (Anteil der abgegebenen Stimmen an der Anzahl der Wahlberechtigten) lag bei 80,3% und 83,0%. Die SPD errang 1890 im 1. Wahlgang 49,8% und im 2. Wahlgang 64,5%. 1893 war das Ergebnis für die SPD mit 62,6% und 73,7% noch höher. Auch in den Folgejahren 1898 bis 1912 wählten etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten die SPD.

In Potsdam war der Anteil der Konservativen in den Jahren 1898 bis 1912 höher als der der SPD. Die Stichwahlen haben die Konservativen mit Mehrheit gewonnen. 1903 wurde der Wahlort Potsdam im Reichstag durch den deutsch-konservativen Tischlermeister Pauli vertreten.

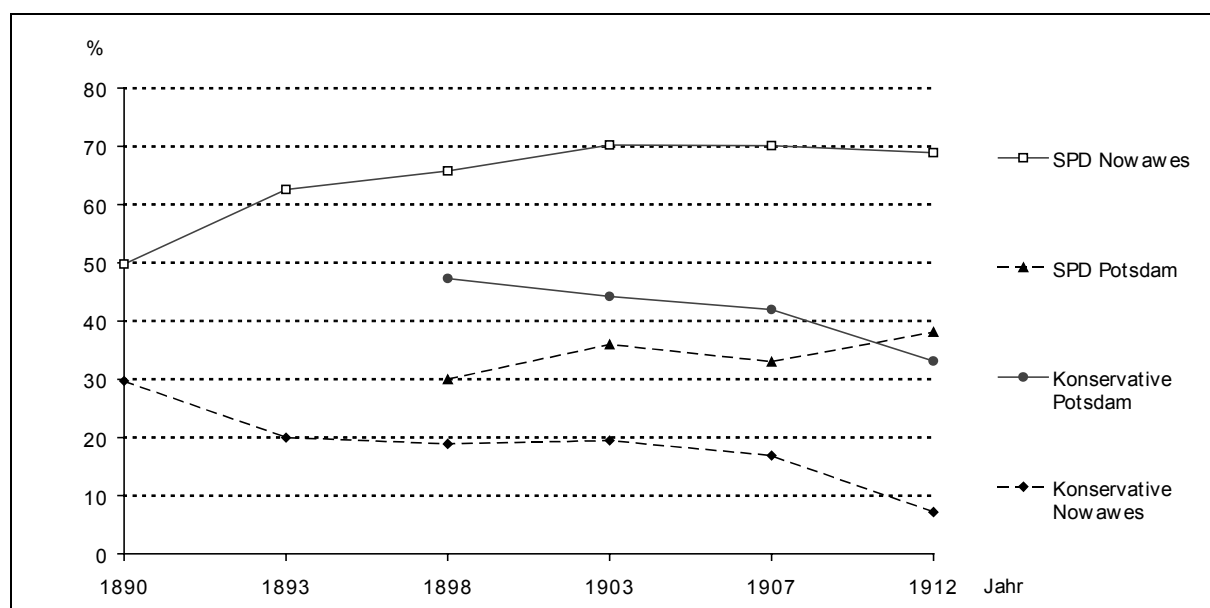
Beim Vergleich der Reichstagswahlergebnisse im Regierungsbezirk Potsdam mit denen der Wahlorte Potsdam und Nowawes werden große Unterschiede festgestellt. Die Anteile der abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokraten sind in Potsdam niedriger und in Nowawes höher als im Regierungsbezirk Potsdam insgesamt. Dementsprechend haben die Konservativen in Potsdam höhere und in Nowawes niedrigere Anteile aufzuweisen.

Tab. 16: Wahlen zum Reichstag 1890 bis 1912 - Wahlorte Potsdam und Nowawes sowie Regierungsbezirk Potsdam - Wahlbeteiligung und Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Jahr	Wahlbeteiligung		Anteil der Parteien an den abgegeb. Stimmen zum Reichstag in %					
	%		Sozialdemokraten			Konservative		
	Wahlort Potsdam	Wahlort Nowawes	Reg.-Bez. Potsdam	Wahlort Potsdam	Wahlort Nowawes	Reg.-Bez. Potsdam	Wahlort Potsdam	Wahlort Nowawes
1. Wahlgang								
1890	.	80,3	25,0	.	49,8	47,4	.	29,7
1893	.	83,0	35,6	.	62,6	35,5	.	20,0
1898	76,5	75,3	40,1	30,0	65,8	39,0	47,3	18,9
1903	80,0	80,3	48,2	36,0	70,2	36,4	44,2	19,5
1907	91,8	86,4	46,2	33,0	70,1	34,7	42,0	16,9
1912	90,9	86,7	54,4	38,1	68,9	19,9	33,1	7,2
2. Wahlgang								
1890	.	84,1	.	.	64,5	.	.	35,5
1893	.	84,7	.	.	73,7	.	.	26,3
1898	79,7	84,3	.	44,0	69,8	.	56,0	30,2
1903	83,6	-	.	45,1	-	.	54,9	-
1907	90,0	-	.	37,9	-	.	62,1	-
1912	92,3	-	.	44,9	.	-	51,6	-

Der wilhelminische Reichstag, der 1871 seinen Anfang nahm, fand 1918 seinen Abschluß. Die abgesetzten deutschen Dynastien erhielten hohe Abfindungssummen unter gleichzeitiger Überlassung riesigen Grundbesitzes. Mit Unterstützung der SPD organisierte die KPD eine breite Volksbewegung gegen die sogenannte Fürstenabfindung.

Abb. 16: Wahlen zum Reichstag 1890 bis 1912 -Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der SPD und der Konservativen an den abgegebenen gültigen Stimmen



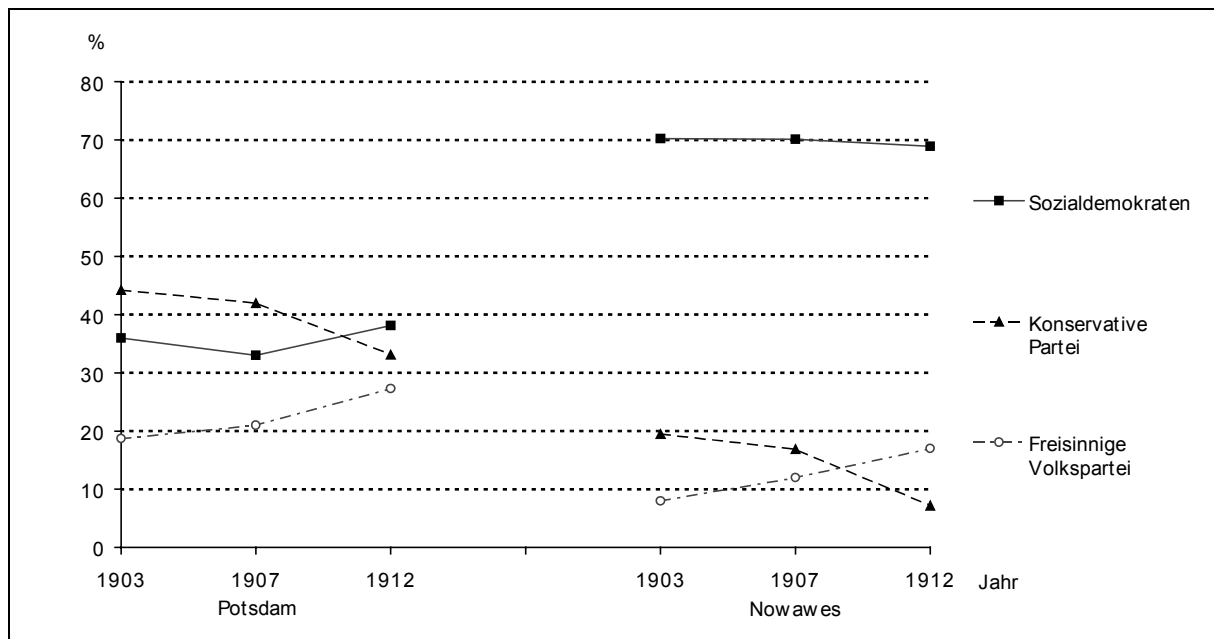
Während bei den vorstehenden Ergebnissen der Wahlen zum Reichstag nur die für die SPD und die Konservativen wegen hoher Anteile betrachtet wurden, werden nachstehend für die Jahre 1903, 1907 und 1912 weitere Parteien einbezogen und der Vergleich zum Regierungsbezirk Potsdam hergestellt.

Tab. 17: Wahlen zum Reichstag 1903 bis 1912 - Wahlorte Potsdam und Nowawes sowie Regierungsbezirk Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen

Partei	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zur Wahl des Reichstags in %								
	1903			1907			1912		
	Reg.- Potsdam	Stadt Potsdam	Nowa- wes	Reg.- Potsdam	Stadt Potsdam	Nowa- wes	Reg.- Potsdam	Stadt Potsdam	Nowa- wes
Konservative Freisinnige	27,8	44,2	19,5	20,2	42,0	16,9	13,0	33,1	7,2
Volkspartei	8,6	18,7	8,0	14,5	21,0	12,0	6,9	27,3	17,0
Zentrum	0,9	1,0	0,4	1,1	1,6	0,7	1,2	1,4	1,1
SPD	48,2	36,0	70,2	46,2	33,0	70,1	54,4	38,1	68,9
Andere Parteien ¹	14,3	0,0	1,9	18,0	2,3	0,3	24,5	0,1	5,8

¹ Überwiegend Liberale

Abb. 17: Wahlen zum Reichstag 1903, 1907 und 1912 - Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



1.4.2. Wahlen zur Nationalversammlung 1919

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erzielte die SPD/USPD im Wahlort Nowawes mit 68,4% und im Regierungsbezirk Potsdam insgesamt 54,0% die relative und absolute Mehrheit. Im Reich kam die SPD/USPD auf 45,5%.

17.11.1918: Mit der Gründung der DDP, DNVP und DVP in Berlin beginnt sich das bürgerliche Parteienspektrum auch in der Provinz Brandenburg neu zu organisieren. Die DVP hat sich aus der Mehrheit der ehemals „Nationalliberalen Partei“ konstituiert.

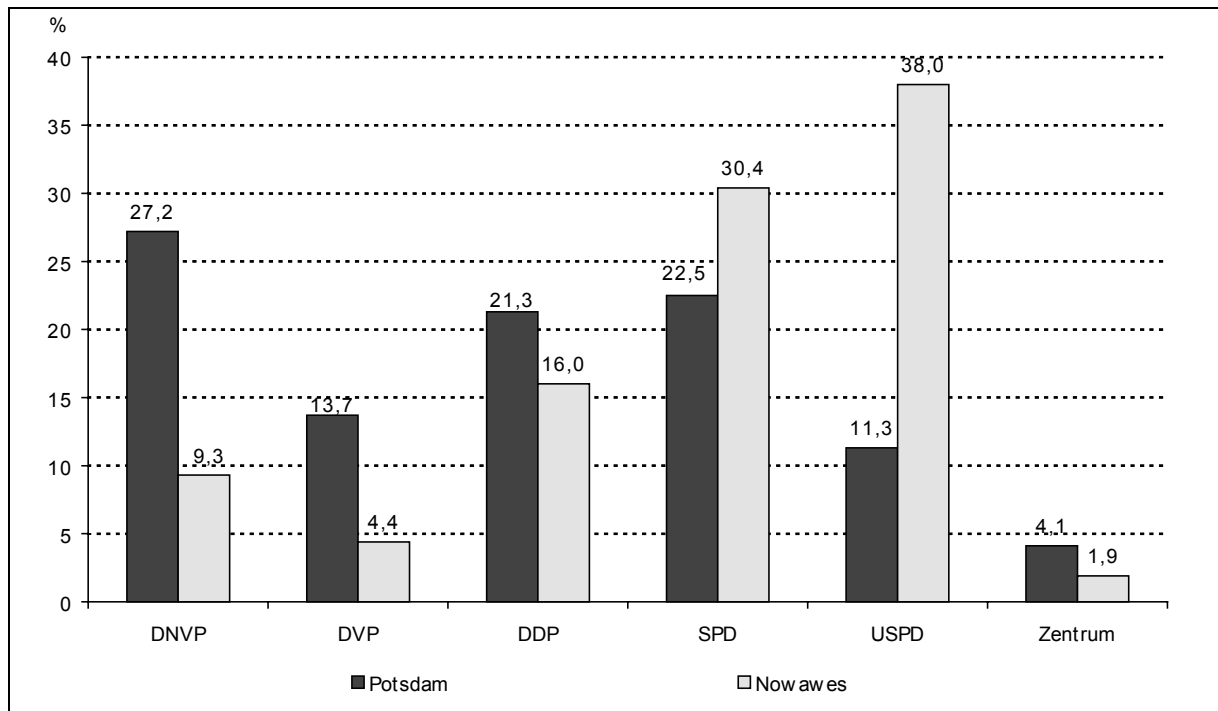
Tab. 18: Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 - Ergebnisse Deutsches Reich, Regierungsbezirk Potsdam, Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Partei	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zur Nationalversammlung in %			
	Deutsches Reich	Regierungsbezirk Potsdam	Stadt Potsdam	Gemeinde Nowawes
Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	10,3	12,9	27,2	9,3
Deutsche Volkspartei (DVP)	4,4	9,2	13,7	4,4
Deutsche Demokratische Partei (DDP)	18,5	20,9	21,3	16,0
Sozialdemokratische Partei D. (SPD)	37,9	38,8	22,5	30,4
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	7,6	15,2	11,3	38,0
Zentrumspartei	19,7	3,0	4,1	1,9
Andere Parteien	1,6	0,0	-	-

Die im Wahlort Potsdam für die Nationalversammlung vorgeschlagenen Kandidaten wurden nicht gewählt.

Es waren: DNVP Rechtsanwalt Averdenk,
 DDP Regierungssekretär Fischer,
 SPD Justitsrat Kennes und
 USPD Schuhmacher Staab.

Abb. 18: Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 - Wahlorte Potsdam und Nowawes
 - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen



1.4.3. Wahlen zum Reichstag 1920 bis 5.3.1933

In der Weimarer Republik (1919/33) hatte der Reichstag weitaus umfangreichere politische Rechte als der Reichstag des wilhelminischen Kaiserreichs. Es galt das Verhältniswahlrecht. Die Abgeordnetensitze für die einzelnen Parteien wurden grundsätzlich in dem gleichen Verhältnis zugeteilt, wie für jede Partei Wählerstimmen abgegeben worden sind.

Für die Reichstagswahlen 1920 bis 1933 sind Ergebnisse der Wahlorte Potsdam und der Gemeinden Nowawes und Bornim (außer 1932) vorhanden.

Demnach war die Wahlbeteiligung im Wahlort Potsdam (außer 1928) höher als in Nowawes und in Nowawes höher als in Bornim. Die höchste Beteiligung wurde am 5.3.1933 registriert.

Die SPD erreichte bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 in den 3 Wahlorten (besonders in Nowawes) gegenüber den Wahlen von 1924 einen großen Stimmenzuwachs. Sie trat u.a. ein für die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages und gegen die Rüstungsausgaben. Die DNVP und die NSDAP verloren viele Wähler. In Potsdam und Bornim mußte auch die KPD zeitweilig Stimmenverluste hinnehmen. Ab 1930 verstärkte sich der Einfluß der NSDAP, wobei die KPD (besonders in Nowawes) auch Stimmen gewann.

Die NSDAP wurde 1919 (gestützt von der Reichswehr und dem Finanzkapital) gegründet. Die SA (Sturmabteilung) entstand 1921. Die SS (Sturmstaffel) ist aus der Leibwache Hitlers hervorgegangen. NSDAP, SS und SA waren zeitweilig verboten. Mit der Aufhebung des Verbots der SA und SS durch die Papenregierung am 14.6.1932 steigerte sich die nationalsozialistische Einflußnahme deutlich.

Tab. 19: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 15.3.1933 - Wahlorte Potsdam, Nowawes und Bornim - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Jahr ¹	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zur Wahl des Reichstags in %											
	DNVP/DVP			SPD/USPD			KPD			NSDAP		
	Stadt	Gemeinde		Stadt	Gemeinde		Stadt	Gemeinde		Stadt	Gemeinde	
	Potsdam	Nowawes	Bornim	Potsdam	Nowawes	Bornim	Potsdam	Nowawes	Bornim	Potsdam	Nowawes	Bornim
1920	52,3	25,9	39,8	35,3	60,2	55,4	0,7	1,7	-	-	-	-
1924	55,4	38,9	55,5	14,7	27,4	12,2	6,3	13,4	12,7	6,7	3,8	2,9
1924	55,0	28,8	50,2	24,1	40,6	29,4	3,8	12,0	6,0	2,7	2,0	1,7
1928	48,7	17,4	38,0	31,4	44,9	39,5	3,5	14,4	6,8	1,5	0,8	1,4
1930	31,4	12,5	11,3	26,1	36,5	33,2	6,3	20,1	12,1	21,3	11,3	23,1
1932	20,9	8,8	.	24,5	32,1	.	7,3	24,5	.	41,3	29,2	.
1932	31,8	13,3	.	21,7	30,3	.	8,4	27,0	.	32,2	24,1	.
1933	26,5	11,7	10,2	18,0	27,8	20,8	6,9	22,1	16,0	44,0	33,3	50,6

¹ 1924: 4.5. und 7.12.; 1932 31.7. und 6.11.

Abb. 19: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 5.3.1933 - Wahlorte Potsdam (Potsd.), Nowawes (Now.) und Bornim (Born.) sowie Potsdam nach dem Gebietsstand von 1998 (ges.) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

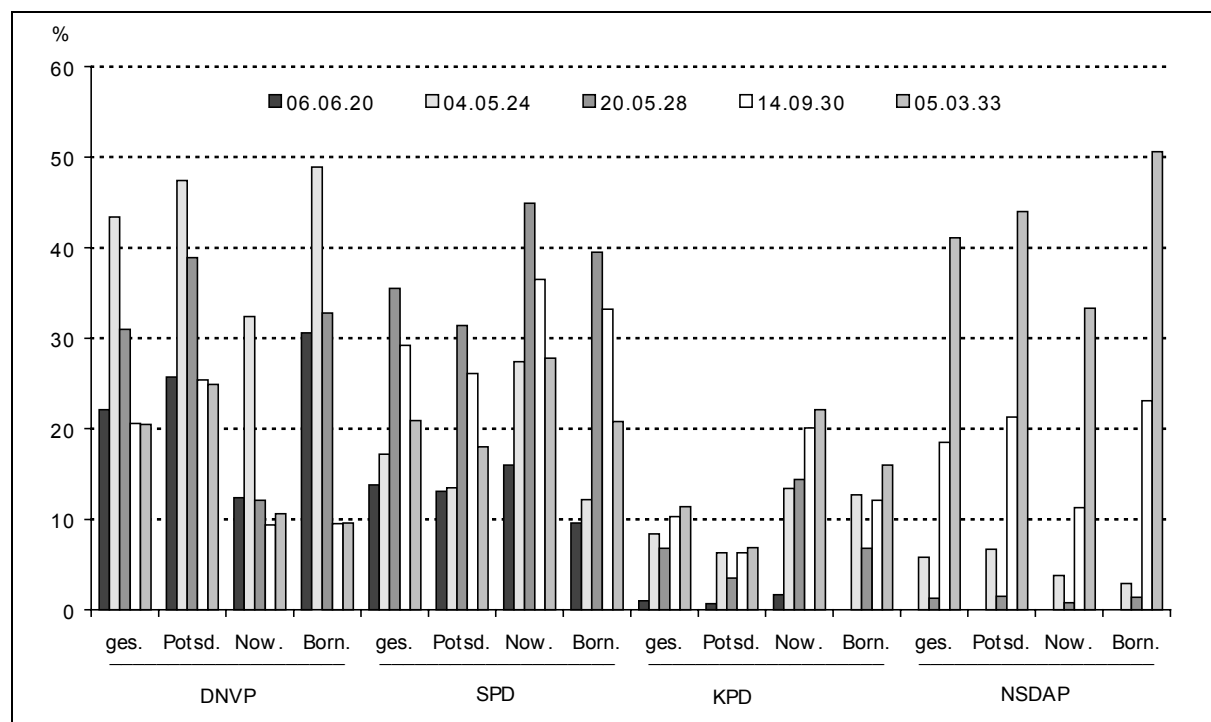


Abb. 20: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Potsdam (Gebietsstand 1998)
einschl. Nowawes und Bornim)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

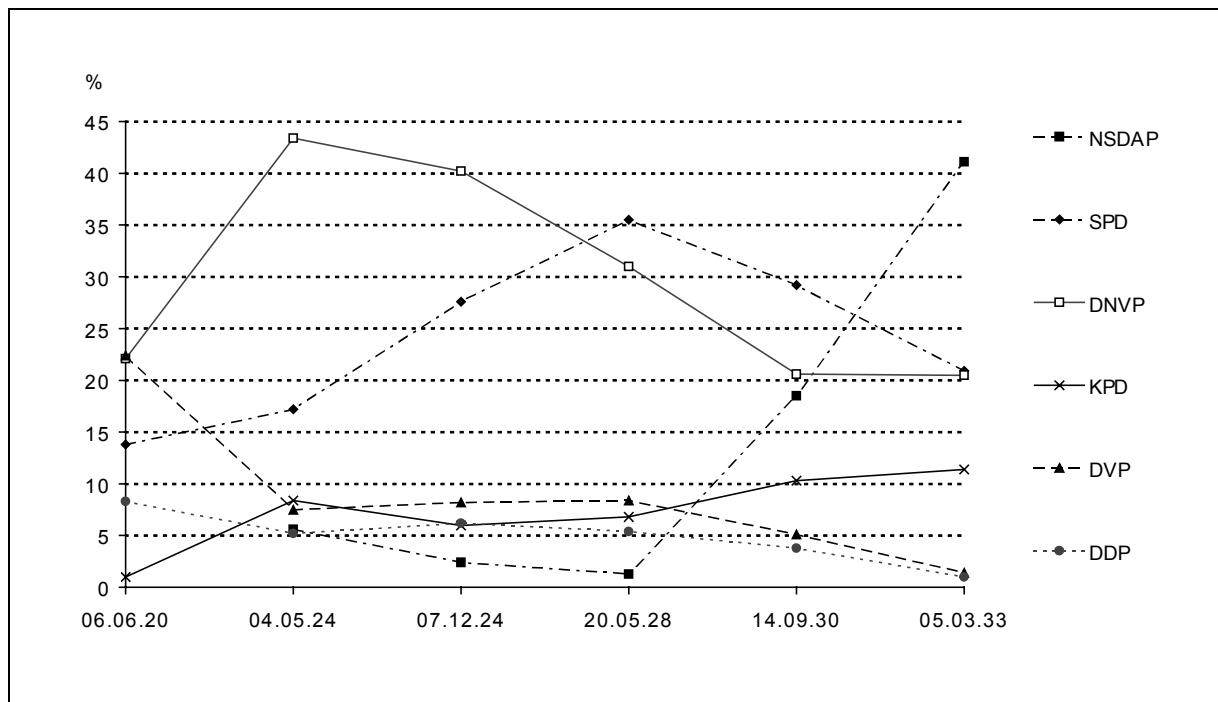


Abb. 21: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

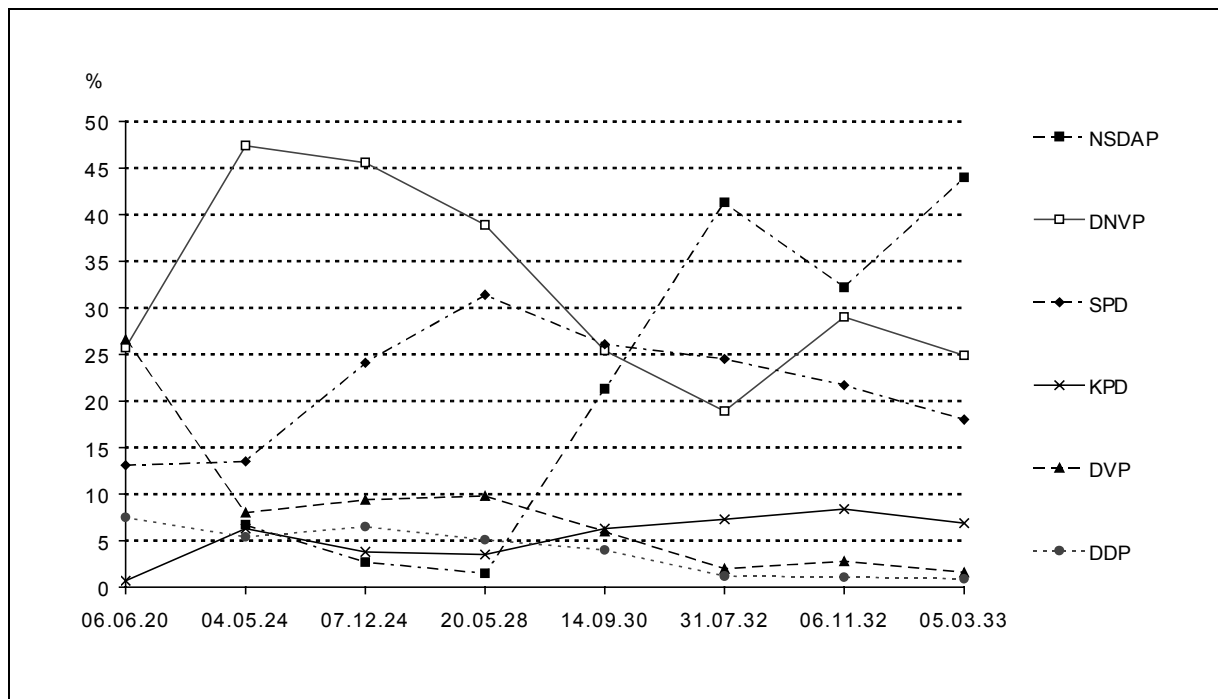


Abb. 22: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

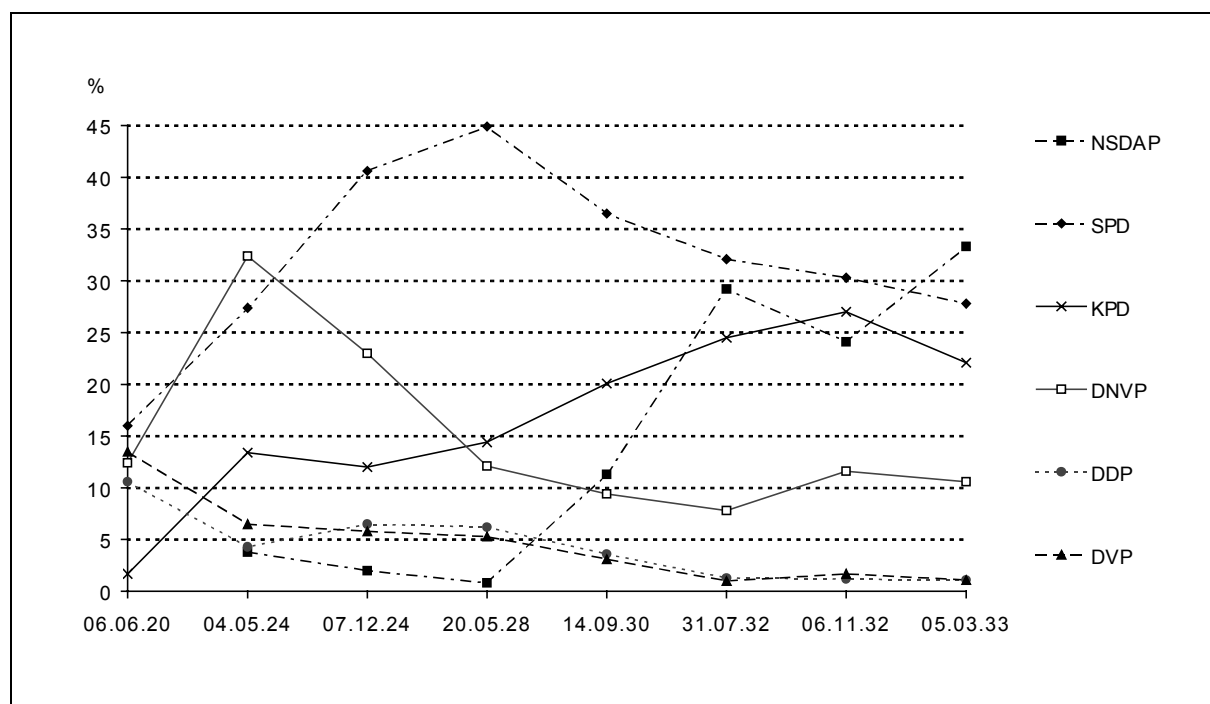
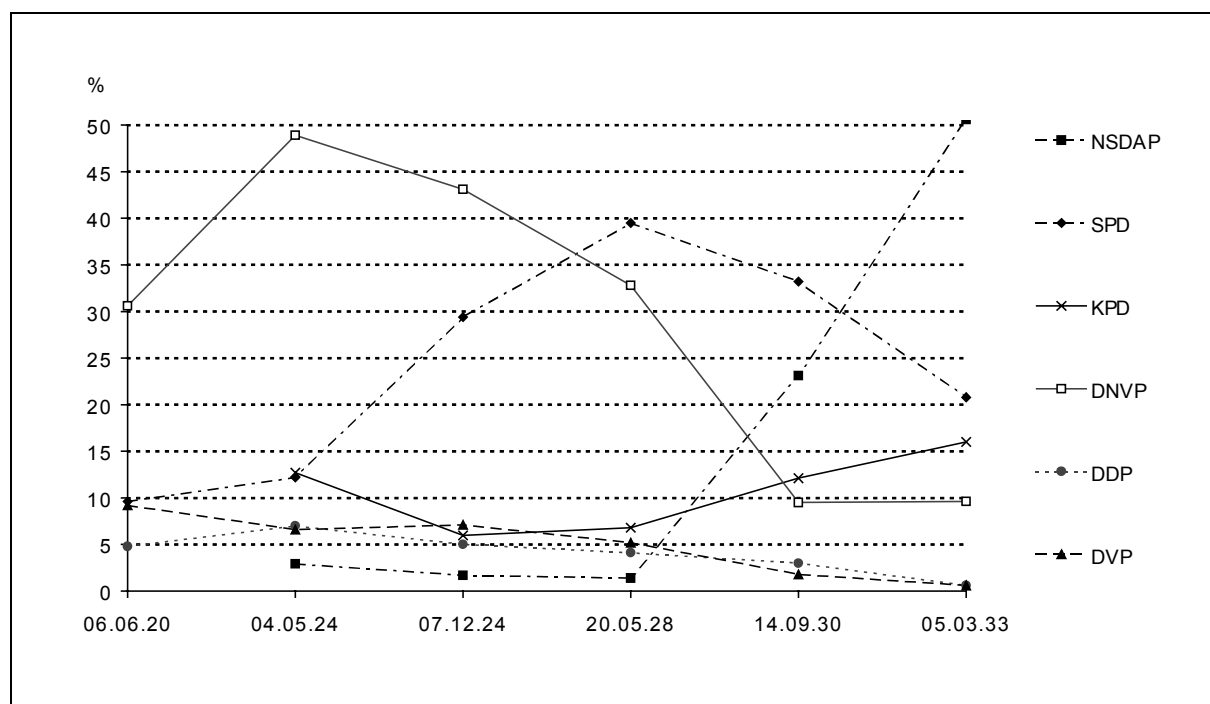


Abb. 23: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Bornim
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



Beim Vergleich der Reichstagswahlergebnisse 1924 bis 1933 für das Reich mit denen für den Wahlort Stadt Potsdam (gegenwärtiger Gebietsstand) fällt auf, daß in Potsdam vor allem die DNVP stärkere und die Zentrums- und SPD schwächere Stimmenanteile aufzuweisen hat. Bei der SPD sind diese Anteile 1928 und 1930 in Potsdam höher als im Reich insgesamt.

Tab. 20: Wahlen zum Reichstag 1924 bis 1933 - Ergebnis des Reichs und des Wahlortes Stadt Potsdam (gegenwärtiger Gebietsstand) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Partei	Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen zur Wahl des Reichstags in %							
	1924		1928		1930		5.3.1933	
	Reich	Potsdam	Reich	Potsdam	Reich	Potsdam	Reich	Potsdam
DNVP	19,5	43,4	14,2	31,0	7,0	20,6	8,0	20,5
DVP	9,2	7,5	8,7	8,4	4,5	5,1	1,1	1,4
Zentrum	13,4	2,5	12,1	2,5	11,8	2,4	11,2	2,9
DDP	5,7	5,2	4,9	5,4	3,8	3,8	0,9	1,0
SPD	20,5	17,2	29,8	35,5	24,5	29,2	18,3	20,9
KPD	9,0	8,4	10,5	6,8	13,1	10,3	12,3	11,4
NSDAP	6,5	5,8	2,6	1,3	18,3	18,5	43,9	41,1

Aus der Stadt Potsdam bzw. der Gemeinde Nowawes zogen in den Reichstag ein:

- 20.05.1928 Wilhelm Staab, Schuhmacher (SPD) - Potsdam,
- 06.11.1932 Willi Ruckdeschel, Masch. Ingenieur (NSDAP) - Nowawes,
- 05.03.1933 Graf von Reventlow, Schriftsteller (NSDAP) - Nowawes,
August Wilhelm, Prinz von Preußen (NSDAP) - Potsdam,
Willi Ruckdeschel, Masch. Ingenieur (NSDAP) - Nowawes.

Abb. 24: Wahlen zum Reichstag 1924 bis 1933 - Ergebnis des Reichs und des Wahlortes Stadt Potsdam (gegenwärtiger Gebietsstand) - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen

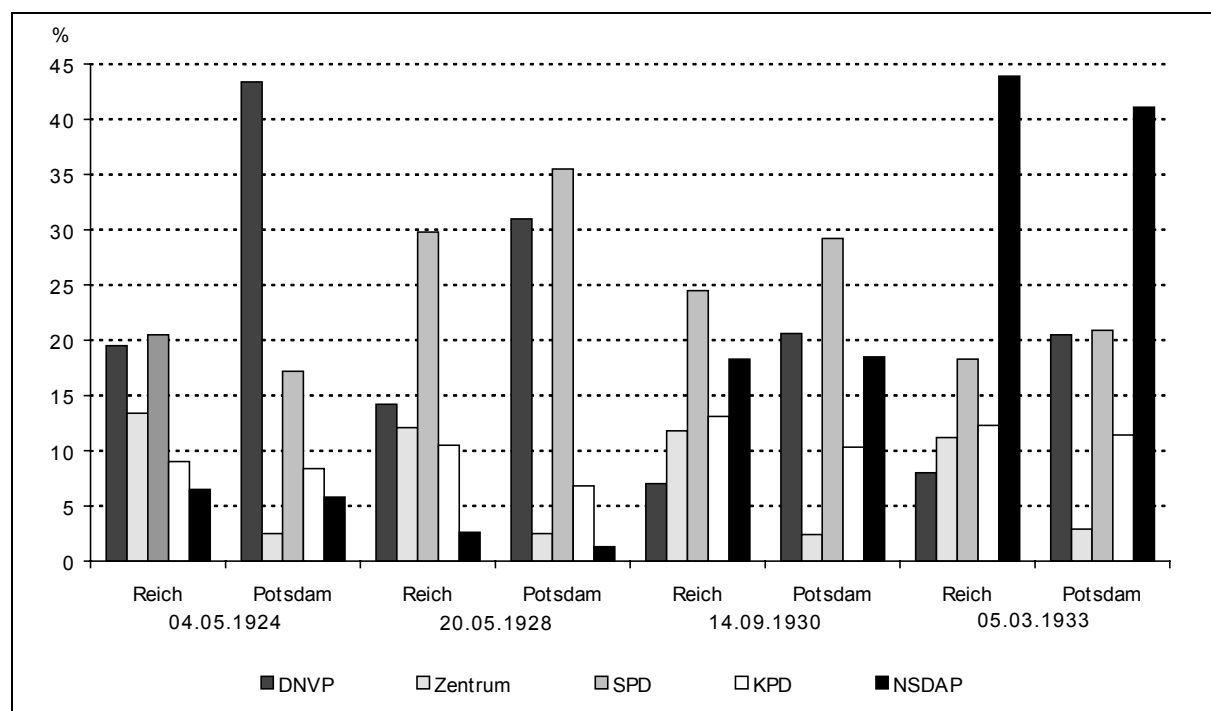


Abb. 25: Stimmzettel für die Reichstagswahl am 5.3.1933
(Wahlkreis I, einschl. Stadt Potsdam und Wahlkreis II, einschl. Nowawes)

1.4.4. Wahlen zum Reichstag 12.11.1933 bis 1944

Der Reichstag 1933 bis 1944 war ein formales Parlament des nationalsozialistischen Deutschland.

Zur Reichstagswahl am 12.11.1933 gab es einen Kreiswahlvorschlag, den der NSDAP. Für diesen Vorschlag stimmten (bei einer Wahlbeteiligung von 96,5%) 91,5% der Wahlberechtigten der Stadt nach dem heutigen Gebietsstand. In den Ortsteilen betrug die Zustimmung:

92,3% in Potsdam,
89,2% in Nowawes,
94,1% in Bornim und
95,6% in Neubabelsberg.

Ein Mandat im Reichstag erhielten die Potsdamer:

Wolf Heinrich, Graf von Helldorf, Polizeipräsident,
August Wilhelm, Prinz von Preußen,
Willi Ruckdeschel, Masch. Ingenieur,
Dr. Georg Usadel, Regierungsrat,
Siegfried Pollack, Schriftsteller.

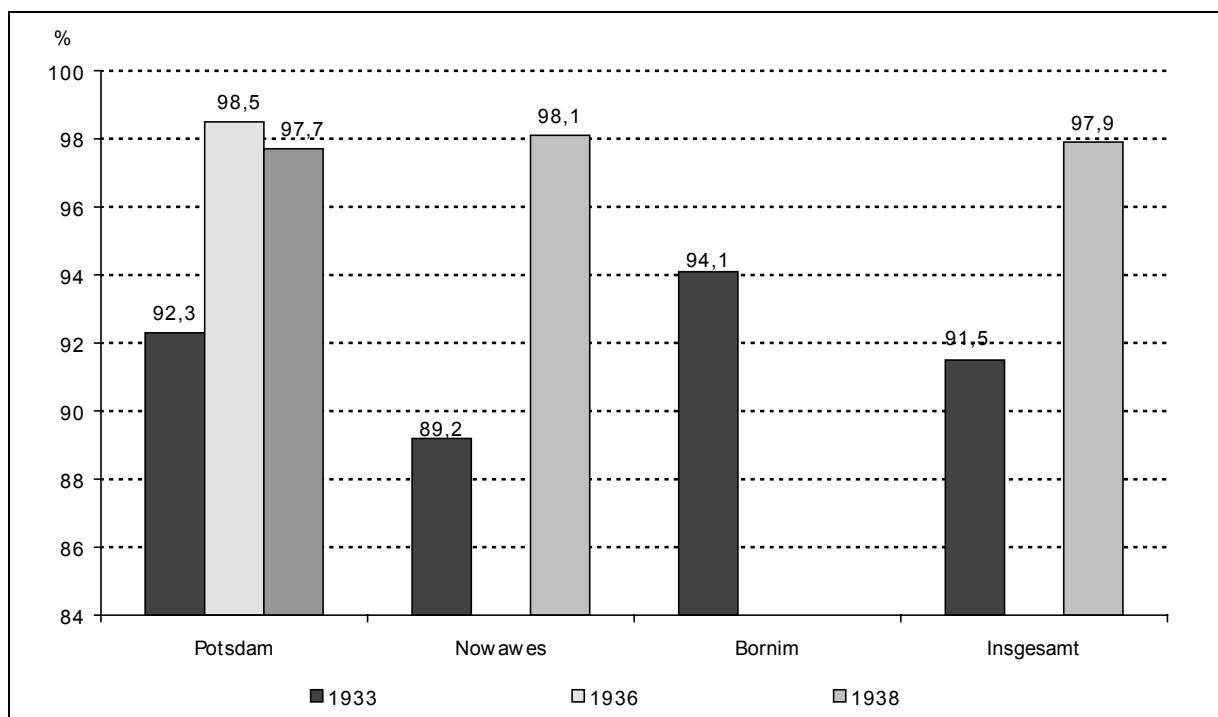
1936 stimmten im Wahlort Potsdam bei einer Wahlbeteiligung von 99,5% zur Reichstagswahl 98,5% für die Liste des „Führers“.

Mit der Volksabstimmung zur Wiedervereinigung Österreichs hat der Reichstag am 18.3.1938 die Auflösung und Neuwahl des Reichstags beschlossen. Damit sollte den deutschen Volksgenossen in Österreich der Einzug in den Reichstag ermöglicht werden. Die Beteiligung an dieser Neuwahl des Reichstags am 10.4.1938 betrug 99,8%, und der Liste des „Führers“ gaben 97,9% (97,7% in Potsdam und 98,1% in Nowawes) ihre Stimme.

Ein Mandat erhielten 1938:

August Wilhelm, Prinz von Preußen, SA-Gruppenführer und preußischer Stadtrat Potsdam,
Graf von Reventlow, Schriftsteller - Potsdam,
Willi Ruckdeschel, SA-Standartenführer, Stadt-Ingenieur - Bornim.

Abb. 26: Wahlen zum Reichstag 1933, 1936 und 1938 - Wahlorte Potsdam und Nowawes
-Stimmen für den Wahlvorschlag der NSDAP (1933) bzw. für die Liste des „Führers“
(1936 und 1938)



1.4.5. Wahlen zum Reichspräsidenten 1919 bis 1932

Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs 1919 bis 1934 war der Reichspräsident. Er wurde von der wahlberechtigten Bevölkerung unmittelbar auf die Dauer von 7 Jahre gewählt. Seine Rechte waren u.a.:

- Auflösung des Reichstages,
- Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und der Reichsminister,
- Ausnahme Gewalt,
- Oberbefehl über die Reichswehr,
- Völkerrechtliche Vertretung.

Am 11.2. 1919 wurde der SPD-Politiker Friedrich Ebert zum 1. Reichspräsidenten des Deutschen Reichs gewählt. 1925 entschieden sich die Wähler im 2. Wahlgang für Hindenburg als Reichspräsident. Der frühere Generalfeldmarschall wurde mit Unterstützung der SPD 1932 wiedergewählt. Nach seinem Tode wurde das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers (Hitler) vereinigt.

Abb. 27: Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl 1932
(1. Wahlgang am 13.3. und 2. Wahlgang am 10.4.)

Im Wahlort Potsdam erhielten folgende Kandidaten die höchsten Stimmenanteile zur Wahl des Reichspräsidenten:

- 1925 Jarres im 1. Wahlgang 60,4%, vor Otto Braun (SPD) mit 25,8%,
Hindenburg im 2. Wahlgang mit 63,8%, vor Wilhelm Marx (Zentrum) mit 33,8%;
1932 Hindenburg im 1. Wahlgang mit 43,9%, vor Hitler mit 33,0%,
Hindenburg im 2. Wahlgang mit 49,5%, vor Hitler mit 46,6%.

Im Wahlort Nowawes hatten nachstehende Kandidaten die relativ meisten Stimmen:

- 1925 Braun im 1. Wahlgang mit 44,6%, vor Jarres mit 38,9%,
Wilhelm Marx (Zentrum) im 2. Wahlgang mit 52,2%, vor Hindenburg mit 41,0%.
1932 keine Angaben

1.4.6. Volksbegehren, Volksentscheid und Volksabstimmung

Nach einem im Oktober 1926 abgeschlossenen Vertrag erhielten die Hohenzollern vom Preußischen Staat erneut umfangreiche Besitztümer zugesprochen. Im § 7 des Vertrages heißt es:

„Der Staat stellt dem vormaligen Kronprinzen und seiner Gemahlin sowie ihren Kindern und Enkelkindern auf Lebenszeit den im Neuen Garten gelegenen Cecilienhof zur Verfügung mit dem Rechte der ausschließlichen Benutzung.“

Vom 4. bis 26.3.1926 fand das Volksbegehren und am 20.6.1926 der Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten statt. Am Volksentscheid hat etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten der Wahlkreise I (einschl. Potsdam) und II (einschl. Nowawes) teilgenommen und ein eindeutiges Ja (über 92%) zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten ausgesprochen. Im Reich wurde jedoch die erforderliche absolute Mehrheit mit 14,5 Mill. Stimmen (36,5%) nicht erreicht

Das 1928 von der KPD eingeleitete Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers fand in Brandenburg keinen Zuspruch.

Am 28.9.1929 stellte der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren zugleich im Auftrage des Stahlhelms, des Bundes der Frontsoldaten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) beim Reichsminister des Innern den Antrag, einen „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ mit dem Kennwort „Freiheitsgesetz“ zum Volksbegehren zuzulassen. Die Eintragsfrist zum Volksbegehren wurde auf die Zeit vom 16.10. bis 29.10.1929 festgelegt. Durch das Volksbegehren sollte festgestellt werden, ob ein Zehntel (10%) der Stimmberechtigten durch gültige Eintragungen verlange, daß der Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet, und falls der Reichstag den Entwurf ablehnt, das begehrte Gesetz zum Volksentscheid gestellt werde. Es hatten sich 10,03% der Stimmberechtigten für den Gesetzentwurf erklärt, das Volksbegehren war damit zustande gekommen. Im Wahlort Potsdam trugen sich 27,7% der Stimmberechtigten in die Listen ein. Der Reichstag lehnte den Gesetzentwurf ab. Somit erfolgte der Volksentscheid zum Gesetzentwurf am 22.12.1929. Bedingung für die Annahme eines verfassungsändernden Gesetzes ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten. Von 42,3 Mill. Stimmberechtigten nahmen 6,3 Mill. (14,9%) teil. Im Wahlort Potsdam waren es 18,7% der Stimmberechtigten. Damit war das Gesetz schon infolge mangelnder Beteiligung nicht zustande gekommen. Es nützte dementsprechend auch nichts mehr, wenn festgestellt werden konnte, daß von den abgegebenen gültigen Stimmen 94,5% im Reich und 93,5% in Potsdam für den Gesetzentwurf stimmten.

Abb. 28: Aus dem „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ 1929

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) inszenierte im Oktober 1929 unter dem „Stahlhelm“ das „deutsche Volksbegehren gegen die Kriegslüge- gegen neue Tribute/Young-Plan“. Die Brandenburger zeigten dazu wenig Resonanz.

Der von den Rechtsparteien eingeleitete Volksentscheid gegen die Preußische Regierung (Auflösung des Landtags), der auch von der KPD unterstützt wurde, erhielt nicht die erforderliche Mehrheit. Am vorangegangenen Volksbegehren vom 8. bis 21.4.1931 trugen sich im Stimmkreis Potsdam I (einschl. Potsdam) 22,5% und im Stimmkreis II (einschl. Nowawes) 17,7% in die entsprechenden Listen ein. Die Beteiligung der Potsdamer am 9.8.1931 am Volksentscheid betrug 52,0%. Sie stimmten mit 92,3% für die Landtagsauflösung.

Am 12.11.1933 gab es eine Volksabstimmung zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Der Völkerbund wurde am 14.2.1919 auf Initiative des Präsidenten der USA, Wilson, auf der Pariser Friedenskonferenz gegründet. Dessen Satzung war Bestandteil des Versailler Vertrages. Der Völkerbund war kein Instrument des Friedens sondern ein Organ zur Durchführung der Politik der imperialistischen Staaten. Japan und Deutschland traten 1933 aus, Italien 1937. Über 90% der Stimmberechtigten der Wahlorte Potsdam, Nowawes, Bornim und Neubabelsberg beteiligten sich an der Abstimmung und stimmten mit mehr als 90% für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Abb. 29: Auszug - Stimmzettel zur Volksabstimmung am 12. November 1933

Am 19.8.1934 erfolgte eine Volksabstimmung zur Vereinigung des Präsidentenamtes mit dem des Reichskanzlers. Wie bei der Volksabstimmung 1933 zum Austritt aus dem Völkerbund, zeigte sich auch bei dieser Abstimmung eine hohe Beteiligung und ein etwas niedrigerer aber dennoch großer Ja-Stimmenanteil zur Vereinigung des Präsidentenamtes mit dem des Reichskanzlers. Mit Ja stimmten in den Wahlorten:

Abb. 30: Auszug - Stimmzettel zur Volksabstimmung am 19. August 1934

88,3% der Stimmberechtigten in Potsdam,
85,0% der Stimmberechtigten in Nowawes,
91,6% der Stimmberechtigten in Bornim,
86,3% der Stimmberechtigten in Neubabelsberg,
87,5% im Durchschnitt der Stadt
(nach gegenwärtigem Gebietsstand).

Reichskanzler war seit 30.1.1933 Hitler. Er wurde es in der Potsdamer Garnisonskirche.

An der Volksabstimmung zur Wiedervereinigung Österreichs beteiligten sich 99,8%, 97,9% waren für eine Wiedervereinigung (97,7% im Wahlort Potsdam und 98,1% in Nowawes).

2. Wahlen und Volksbefragungen von 1946 bis 1989 bzw. 1990

2.1. Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1946 bis 1989

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Zeit des Nationalsozialismus wurde am 12.3.1933 gewählt. Danach verlor sie ab 1.1.1934 das Beschlußfassungsrecht. An ihre Stelle trat der Gemeinderat. Erst 13 Jahre später nach der Niederlage des Nationalsozialismus nach dem 2. Weltkrieg wurden in allen Städten und Gemeinden der Provinz Mark Brandenburg Kommunalwahlen durchgeführt. Neben den auch nach dem 2. Weltkrieg noch existierenden Parteien, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die sich am 3.4.1946 (unter welchen Umständen auch immer) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigten, wurden Ende 1945 bürgerliche Parteien neu gebildet. Am 10.12.1946 konstituierte sich die Kreisgruppe der CDU und am 10.12.1945 die der LDP. Ende Januar 1946 entstand in Potsdam der antifaschistische Einheitsblock. Die SED, die CDU, die LDP und der Frauenausschuß stellten sich am 15.9.1946 zur Wahl für die neue Stadtverordnetenversammlung.

Abb. 31: Wahlzettel für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 15.9.1946

Von den 77 022 Potsdamer Wahlberechtigten ab 18 Jahre haben sich 97,3% an der Wahl beteiligt. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen

42,3% auf die SED,
32,9% auf die CDU,
22,9% auf die LDP und
2,0% auf den Frauenausschuß.

Der bisherige Oberbürgermeister, Walter Paul wurde einstimmig gewählt. Bürgermeister wurde der bisherige Stadtrat Köhler (CDU).

Abb. 32: Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 15.9.1946
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen

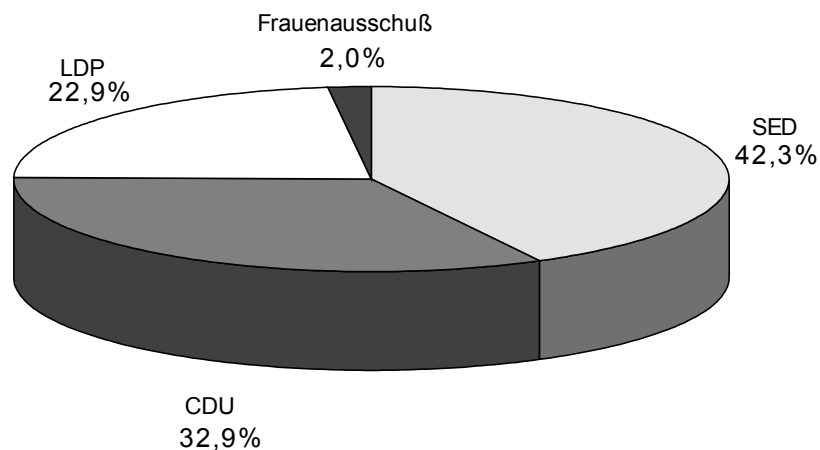


Abb. 33: Wahl der Stadtverordnetenversammlung 1946 bis 1989 - Wahlbeteiligung

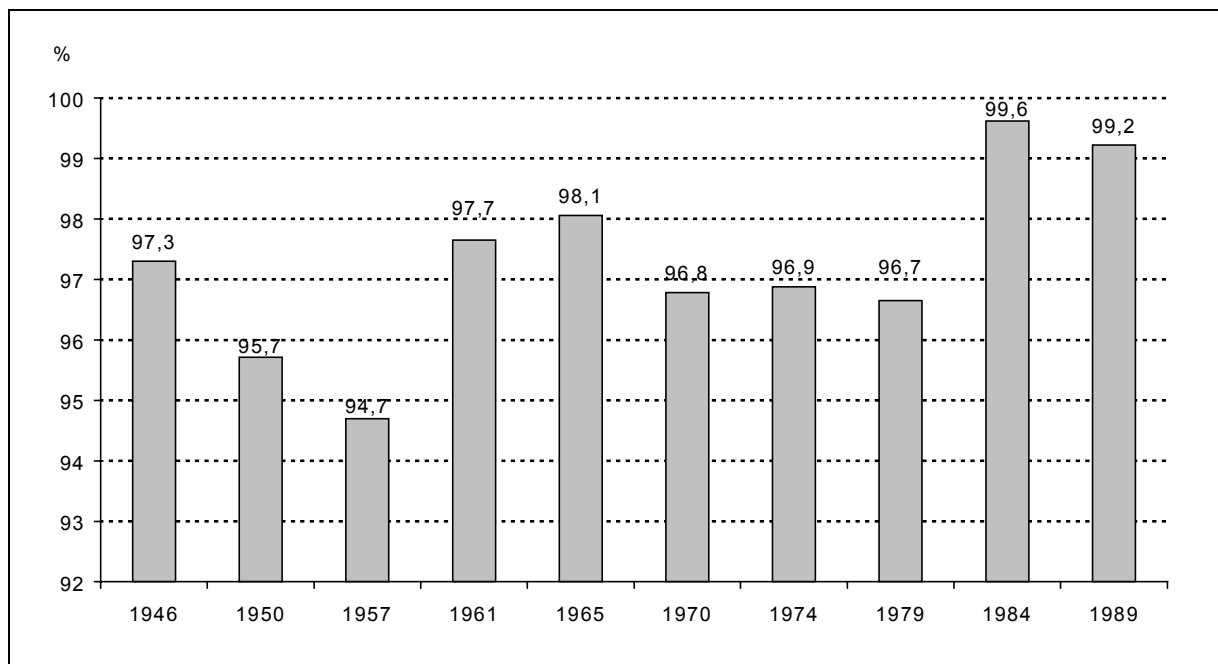
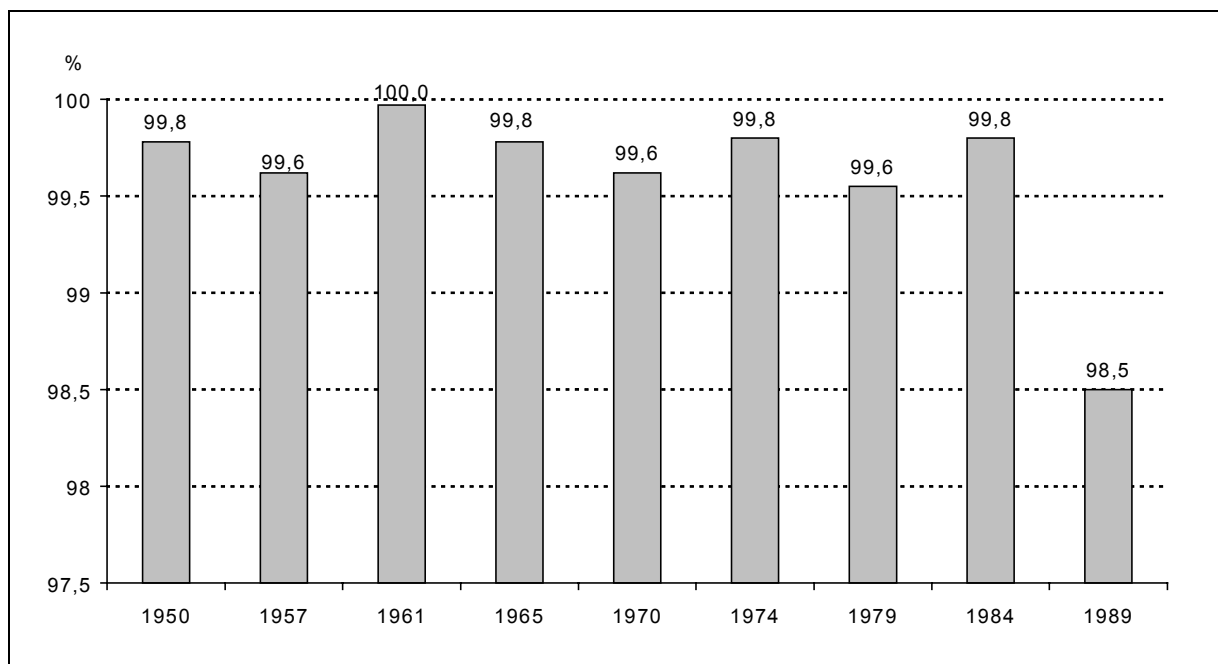


Abb. 34: Wahl der Stadtverordnetenversammlung 1950 bis 1989 - Anteil der Stimmen für den Wahlvorschlag der Nationalen Front



Für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1950 entschied sich der Potsdamer Einheitsblock für eine Einheitsliste und ein gemeinsames Wahlprogramm. Die Kandidatenliste wurde im Block der Parteien und Massenorganisationen und nach Genehmigung durch den Landesblockausschuß am 8.8.1950 in einer außerordentlichen Blocksitzung verabschiedet. Danach stellten sich die Kandidaten in Versammlungen vor. An der dann am 10.10.1950 durchgeführten Wahl nahmen in der Stadt Potsdam 95,71% der Wahlberechtigten teil. Für den Wahlvorschlag des demokratischen Blocks stimmten 99,93%. Wie auch bei späteren Wahlen in der ehemaligen DDR wurden vorhandene Wahlkabinen kaum aufgesucht. Die Wahlzettel warfen die Wähler nach einem kurzen Blick darauf in die Wahlurne.

Anfang 1950 konstituierten sich der Nationalrat und die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands (NF) auf Länder-, Kreis- und Gemeindeebene. Die NF war keine Organisation mit eingetragenen Mitgliedern, an ihrer Arbeit konnte sich jeder Bürger beteiligen. Kern und Träger der NF waren die im demokratischen Block vereinten Parteien und Massenorganisationen. Sie wurde Träger der Volkswahlen in der ehemaligen DDR.

Die Erhöhung der Arbeitsnormen sowie unbefriedigende Arbeits- und Lebensbedingungen führten unter der Bevölkerung der ehemaligen DDR zur Unzufriedenheit. Diese Situation gipfelte bis hin zu Ausschreitungen am 17.6.1953.

Im Zeitraum 1951 bis 1956 fanden keine Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Der Ministerrat der ehemaligen DDR beschloß am 8.1.1953 die Ordnung über den Aufbau und die Aufgaben der Stadtverordnetenversammlungen in den Stadtkreisen. Danach konstituierte sich am 23.1.1953 auf der Grundlage der alten die neue Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam. Von den 60 Abgeordneten legten 24 Abgeordnete ihr Mandat nieder. Für die Ausgeschiedenen hatten der Kreisausschuß der Nationalen Front und der demokratische Block 24 neue Abgeordnete, die in Einwohnerversammlungen vorgestellt wurden, bestätigt.

Ab 1957 wurden dann alle 4 bis 5 Jahre die Stadtverordneten neu gewählt.

Bei allen Wahlen ab 1950 war stets eine hohe Wahlbeteiligung und eine entsprechend große Zustimmung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front festzustellen. Auf dem Stimmzettel konnten die Wähler die Namen einzelner Kandidaten streichen oder durch neue Namen ergänzen.

Tab. 21: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1950 bis 1989 - Wahlbeteiligung und Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für bzw. gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front, Anzahl der gewählten Abgeordneten und Nachfolgekandidaten

Wahltag	Wahl zur Stadtverordnetenversammlung				
	Beteiligung %	Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen in %		Anzahl der gewählten	
		für	gegen	Abgeordneten	Nachfolge- kandidaten
10.10.1950	95,71	99,93	0,07	60	.
23.06.1957	94,70	99,62	0,38	120	25
17.09.1961	97,65	99,97	0,03	120	25
10.10.1965	98,06	99,78	0,22	120	25
22.03.1970	96,78	99,62	0,38	130	25
19.05.1974	96,88	99,80	0,20	162	33
20.05.1979	96,65	99,55	0,45	225	68
06.05.1984	99,62	99,80	0,20	225	68
07.05.1989	99,22	98,50	1,50	225	75

In der ehemaligen DDR gab es zeitweise eine fachliche Berichterstattung zur Zusammensetzung der Volksvertretungen, die auch in Taschen- und Jahrbüchern der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlicht wurden. Für die Stadtverordnetenversammlung konnten einige Angaben wieder aufgespürt werden. 1957 bis 1960 waren demnach ein Fünftel der Stadtverordneten Frauen, 1965 ein Drittel. Der Anteil jüngerer Abgeordneter erhöhte sich. Nach der sozialen Herkunft waren (1960) zwei Drittel Arbeiter und nach der sozialen Stellung (1965) drei Viertel Angestellte. Ein Viertel aller Mandate hatte die SED. Die anderen Blockparteien kamen 1960 auf 33,0% und 1965 auf 40,6%.

Tab. 22: Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam 1957, 1960 und 1965

Merkmal	Anzahl der Abgeordneten			Anteil in %		
	31.12. 1957	30.11. 1960	10.10. 1965	31.12. 1957	30.11. 1960	10.10. 1965
Insgesamt	120	118	120	100	100	100
nach Geschlecht						
Männer	94	93	81	78,3	78,8	67,5
Frauen	26	25	39	21,7	21,2	32,5
nach Altersgruppen						
unter 30 Jahre	19	.	25	15,8	.	20,8
30 bis unter 50 Jahre	62	.	64	51,7	.	53,3
50 bis unter 60 Jahre	29	.	22	24,2	.	18,3
60 Jahre und älter	10	.	9	8,3	.	7,5
nach sozialer Herkunft						
Arbeiter	75	.	.	62,5	.	.
Angestellte	25	.	.	20,8	.	.
Bauern	6	.	.	5,0	.	.
Selbständige	2	.	.	1,7	.	.
nach sozialer Stellung						
Arbeiter	.	23	27	.	19,5	22,5
Angestellte	.	79	77	.	66,9	64,2
LPG-Mitglieder	.	3	3	.	2,5	1,7
Selbständige	.	4	7	.	3,4	5,8
nach Mandat						
SED	.	35	30	.	29,7	25,0
DBD	.	5	4	.	4,2	3,3
NDPD	.	13	16	.	11,0	13,3
CDUD	.	9	14	.	7,6	11,7
LDPD	.	12	14	.	10,2	11,7
FDGB	.	20	19	.	16,9	15,8
FDJ	.	7	8	.	5,9	6,7
DFD	.	7	7	.	5,9	5,8
VdgB	.	4	2	.	3,4	1,7
Kulturbund	.	2	4	.	1,7	3,3
Konsum	.	4	2	.	3,4	1,7

2.2. Wahlen zum Provinziallandtag 1946 und 1950

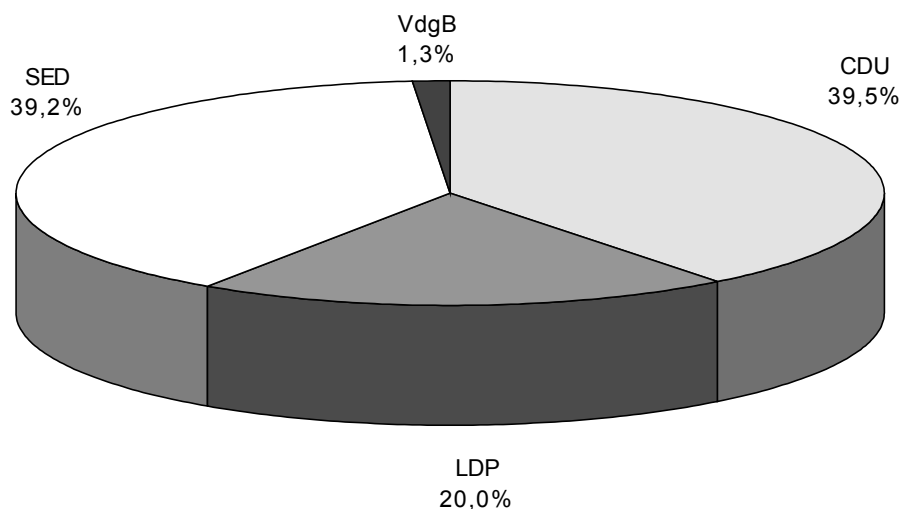
Von den Wahlberechtigten des Landes Brandenburg beteiligten sich am 20.10.1946 91,5% an der Landtagswahl, die Stadt Potsdam kam auf 92,3%. In der Stadt erhielt die CDU mit 39,5%, vor der SED mit 39,2% die meisten Stimmen. Im Land lag die SED mit 43,9%, vor der CDU mit 30,6%.

Tab. 23: Wahl zum Provinziallandtag am 20.10.1946 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam, Anteil der Parteien auf den abgegebenen gültigen Stimmen

Partei	Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen in %		Sitze der Parteien im Landtag
	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg
CDU	30,6	39,5	31
LDP	20,6	20,0	20
SED	43,9	39,2	44
VdgB	4,9	1,3	5

CDU und LDP hatten im Landtag zusammen 51 Sitze, die SED 44 Sitze.

Abb. 35: Wahlen zum Provinziallandtag 1946 - Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen



Angaben zur Landtagswahl am 15.10.1950 wurden für die Stadt nicht gefunden. Im Land betrug die Wahlbeteiligung 96,6%. 99,95% der Stimmen waren gültig. Für den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten 99,92%.

2.3. Wahlen zum Bezirkstag 1950 bis 1986

Aufgaben und Arbeitsweise des Bezirkstages ergeben sich u.a. aus dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17.1.1957.

Der Bezirkstag wurde am 17.10.1954 erstmalig gewählt, in Folge alle 4 bis 5 Jahre. Die Wahlbeteiligung der Potsdamer erreichte mehr als 98% und die Zustimmung zum Wahlvorschlag der Nationalen Front 99,8%. Von 1967 bis 1976 umfaßte der Bezirkstag 200 Abgeordnete. 1981 waren es 215 und 1986 225 Abgeordnete. Dazu kamen 70 bzw. 1981 75 Nachfolgekandidaten. Unter den 200 Bezirkstagsabgeordneten befanden sich 1967 26 Abgeordnete, die im Wahlort Potsdam wohnten, hinzu kamen 7 von 70 Nachfolgekandidaten.

Tab. 24: Wahlen zum Bezirkstag 1954 bis 1986 - Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung und Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für bzw. gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front, Anzahl der gewählten Abgeordneten und Nachfolgekandidaten

Wahltag	Wahl zum Bezirkstag - Wahlort Stadt Potsdam				
	Beteiligung %	Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen in %		Anzahl der gewählten	
		für	gegen	Abgeordneten	Nachfolge- kandidaten
17.10.1954	98,12	99,82	0,16	.	.
16.11.1958	98,73	99,89	0,11	.	.
20.10.1963	98,93	99,92	0,08	.	.
02.07.1967	97,94	99,85	0,15	22	7
14.11.1971	97,86	99,71	0,29	20	6
17.10.1976	98,02	99,71	0,29	21	8
14.06.1981	99,55	99,59	0,41	24	9
08.06.1986	99,93	99,94	0,06	26	.

2.4. Wahlen zum Volkskongreß 1947/49

Der Volkskongreß, der auf Initiative der SED anlässlich der Londoner Außenministerkonferenz (Nov./Dez. 1947) gebildet wurde, war ein aus Delegierten ganz Deutschlands zusammengesetztes Gremium.

Der 1. Deutsche Volkskongreß tagte vom 6.-7.12.1947 und forderte die Bildung einer zentralen deutschen Regierung und wählte einen ständigen Ausschuß.

Der 2. Deutsche Volkskongreß, der vom 17.-18.3.1948 zusammenkam, faßte Beschlüsse über den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft. Der von ihm gewählte „Deutsche Volksrat“ (400 Mitglieder, in Fachausschüssen gegliedert) wurde mit der Durchführung aller Maßnahmen zur Erhaltung der Einheit Deutschlands und der Schaffung eines friedliebenden deutschen Staates beauftragt. Er gab „Deutschland Stimme“ heraus und organisierte das Volksbegehren für die Erhaltung der Einheit Deutschlands, das vom 23.5.-13.6.1948 (in den Westzonen verboten) stattfand. In der Stadt Potsdam hatten sich 90,3% der Erwachsenen (über 18 Jahre) und 72,8% der Jugendlichen von 16 bis 18 Jahre in die Listen des Volksbegehrens eingetragen.

Zum 3. Deutschen Volkskongreß fanden vom 15.-16.5.1949 geheime Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 95,2% stimmten 66,1% für die Kandidatenliste der im Block zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen. Erstmals wurden die 1948 gegründeten Parteien, NDPD (25.5.) und DBD, sowie der FDGB einbezogen. Der NDPD gehörten Handwerker und Einzelhändler, Unternehmer und Angehörige der Intelligenz sowie ehemalige Offiziere und Berufssoldaten der früheren Armee und ehemalige Mitglieder der NSDAP an, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten. In der Stadt Potsdam nahmen 94,2% der Wahlberechtigten an der Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß teil. Nur 53,5% der Wähler stimmten für den gemeinsamen Wahlvorschlag.

Der aus der Mitte des Volkskongresses gebildete Volksrat konstituierte sich am 7.10.1949 als Provisorische Volkskammer der DDR.

2.5. Wahlen zur Volkskammer 1950 bis 1986

Die am 15.10.1950 durchgeführten Volkskammerwahlen waren die ersten Wahlen in Deutschland, in denen alle Parteien und Organisationen mit einem gemeinsamen Wahlprogramm und einer gemeinsamen Kandidatenliste der Nationalen Front auftraten.

So wurde das damals gesehen:

Die junge Staatsmacht der DDR und die Nationale Front haben ihre erste große Bewährungsprobe in der Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Kräften in Deutschland bestanden. Die Volkswahlen sind ein Akt der Ausübung der Volkssouveränität durch die Massen. Dieser neue Charakter der Wahlen wurde durch eine Vielzahl von Verpflichtungen und hervorragenden Produktionstaten der Werktätigen, Tausende von Wähleraufträgen und durch die Diskussion der Kandidaten mit den Wählern dokumentiert.

1950 und auch bei späteren Volkskammerwahlen konnte stets eine hohe Beteiligung und eine große Zustimmung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front in der DDR insgesamt und auch in der Stadt Potsdam festgestellt werden.

Tab. 25: Wahlen zur Volkskammer 1950 bis 1986 - Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung und Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für bzw. gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front, Anzahl der gewählten Abgeordneten und Nachfolgekandidaten

Wahltag	Wahl zur Volkskammer - Wahlort Stadt Potsdam ¹				
	Beteiligung %	Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen in %		Anzahl der gewählten	
		für	gegen	Abgeordneten	Nachfolge- kandidaten
15.10.1950	99,76	98,09	1,91	.	.
17.10.1954	98,06	99,27	0,72	.	.
16.11.1958	99,09	99,94	0,06	.	.
20.10.1963	99,16	99,94	0,06	.	.
02.07.1967	98,76	99,88	0,12	6	3
14.11.1971	98,20	99,73	0,27	6	3
17.10.1976	97,93	99,72	0,28	6	3
14.06.1981	99,38	99,62	0,38	7	3
08.06.1986	99,88	99,97	0,03	7	3

¹ 1950: über 18 Jahre; 1954: Bezirk Potsdam; 1958 und 1963: Bezirk Potsdam, nur Wahlkreis 4 (ohne Neuruppin); 1967 bis 1986: Wahlkreis 10 - Potsdam Stadt und Land zusammen

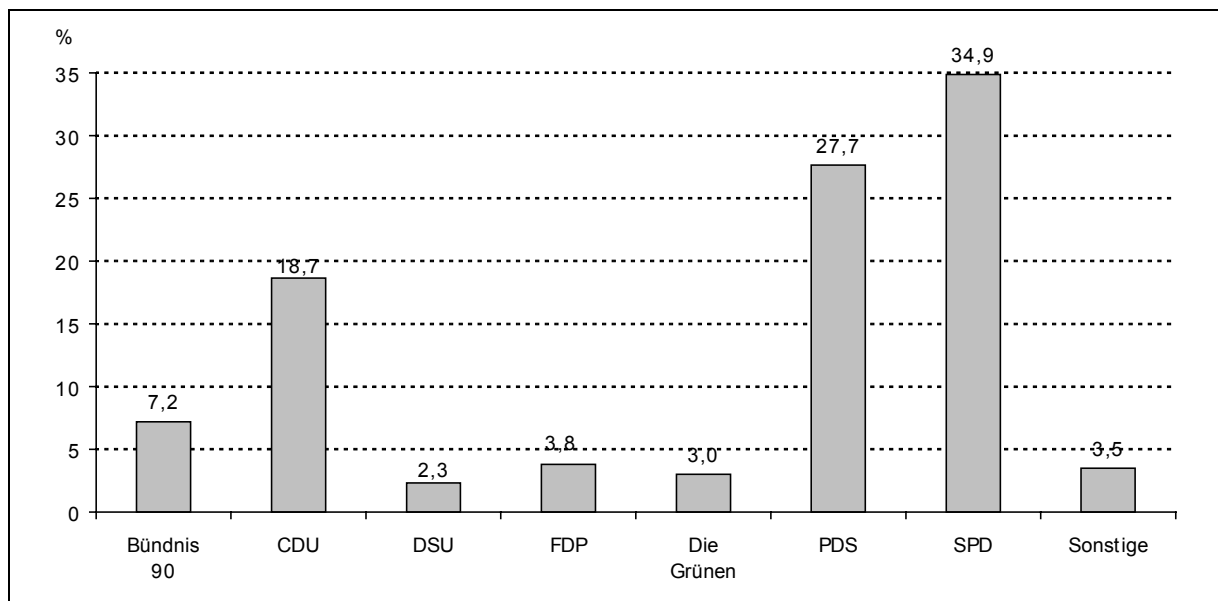
Tab. 26: Volkskammer 1950 bis 1958
- Sitzverteilung nach Parteien und Massenorganisationen

Partei/ Massen- organisation	Anzahl der Sitze in der Volkskammer der DDR		Massen- organisation	Anzahl der Sitze in der Volkskammer der DDR	
	1950	1954/58		1950	1954/58
SED	100	117	FDJ	20	29
CDU	60	52	DFD	15	29
LDPD	60	52	VVN	15	-
NDPD	30	52	Kulturbund	26	18
DBD	30	52	VdgB	5	12
FDGB	40	53	Genossensch.	5	-

Insgesamt gehörten der Volkskammer 400 Abgeordnete an. 1967 zählte sie 434 Abgeordnete und 149 Nachfolgekandidaten. 1971 und 1976 waren der Stadt- und Landkreis Potsdam zusammen mit 6 Abgeordneten in der Volkskammer vertreten. 3 Nachfolgekandidaten konnten gewählt werden. 1981 erhöhte sich die Anzahl der Mandate auf 7 Abgeordnete.

Die letzte Volkskammerwahl in der ehemaligen DDR fand am 18.3.1990 statt. In Potsdam nahmen 93,01% der Wahlberechtigten daran teil. Eine gemeinsame Kandidatenliste gab es nicht mehr.

Abb. 36: Wahl zur Volkskammer der DDR 1990 - Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen



Die Potsdamer stimmten für folgende Parteien und Massenorganisationen:

34,85% Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),
27,65% Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS),
18,65% Christlich-Demokratische Partei CDU,
7,20% Bündnis 90
3,83% Liberale (Bund freier Demokraten - LDP usw.),
3,80% Freie Demokratische Partei (FDP),
3,00% Grüne - UFV (Unabhängiger Frauenverband),
2,34% Deutsche soziale Union (DSU).

16 Vertreter des Bezirkes Potsdam waren in der Volkskammer vertreten, davon gehörten an:

10 Abgeordnete der SPD,
4 Abgeordnete der PDS,
1 Abgeordneter der DSU und
1 Abgeordneter den Grünen - UFV.

2.6. Volksbegehren, Volksentscheid, Volksbefragung

Vom 23.5.-13.6. 1948 leitete der 2. Deutsche Volkskongreß ein Volksbegehren zur Erhaltung der Einheit Deutschlands ein, das in den Westzonen untersagt war. Anfang des Jahres 1948 wurden im Westteil Deutschlands die Voraussetzungen für einen eigenen westdeutschen Staat getroffen. Es folgten im Juni 1948 die separate Währungsreform, die Bildung der Bundesrepublik und danach als Folge die Gründung der DDR. (Siehe hierzu auch den Abschnitt 2.4. Volkskongreß und den Artikel im Neuen Deutschland vom 6./7.12.97 von Doernber/Schneider).

An der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 3.-5.6.1951 beteiligten sich in Potsdam 99,75% der Wahlberechtigten (ab 16 Jahre). 98,04% stimmten mit Ja. In Westdeutschland versuchte die Bundesregierung die Volksbefragung zu verhindern.

Eine weitere Volksbefragung „Für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre“ folgte im Zeitraum vom 27.-29.6.1954. Auch hier konnte, wie 1951, in Potsdam eine hohe Beteiligung (über 98%) und große Zustimmung für einen Friedensvertrag (95% - über 18 Jahre, 98% - 16 bis 18 Jahre) festgestellt werden.

Am 16.4.1968 waren die Bürger aufgerufen, am Volksentscheid zur neuen sozialistischen Verfassung teilzunehmen. 97,08% der Stimmberechtigten beteiligten sich und 94,48% stimmten für die neue Verfassung.

3. Wahlen und Volksbefragungen ab 1990

3.1. Ein Überblick

Die hier vorgestellten Wahlergebnisse für den Wahlort Stadt Potsdam weichen von denen ab, die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) veröffentlicht wurden. Das LDS hat die Briefwahlergebnisse nicht in das Stadtergebnis einbezogen. Damit ergibt sich für die Stadt eine höhere Wahlbeteiligung und eine geringfügige Verschiebung (0,8% und weniger) der Anteile der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen.

Unter Berücksichtigung der Briefwahl erhöht sich somit die Wahlbeteiligung in der Stadt

bei der Landtagswahl	1990 um	2,9%,
bei der Landtagswahl	1994 um	7,4%,
bei der Bundestagswahl	1990 um	2,0%,
bei der Bundestagswahl	1994 um	7,6%,
bei der Bundestagswahl	1998 um	10,2%.

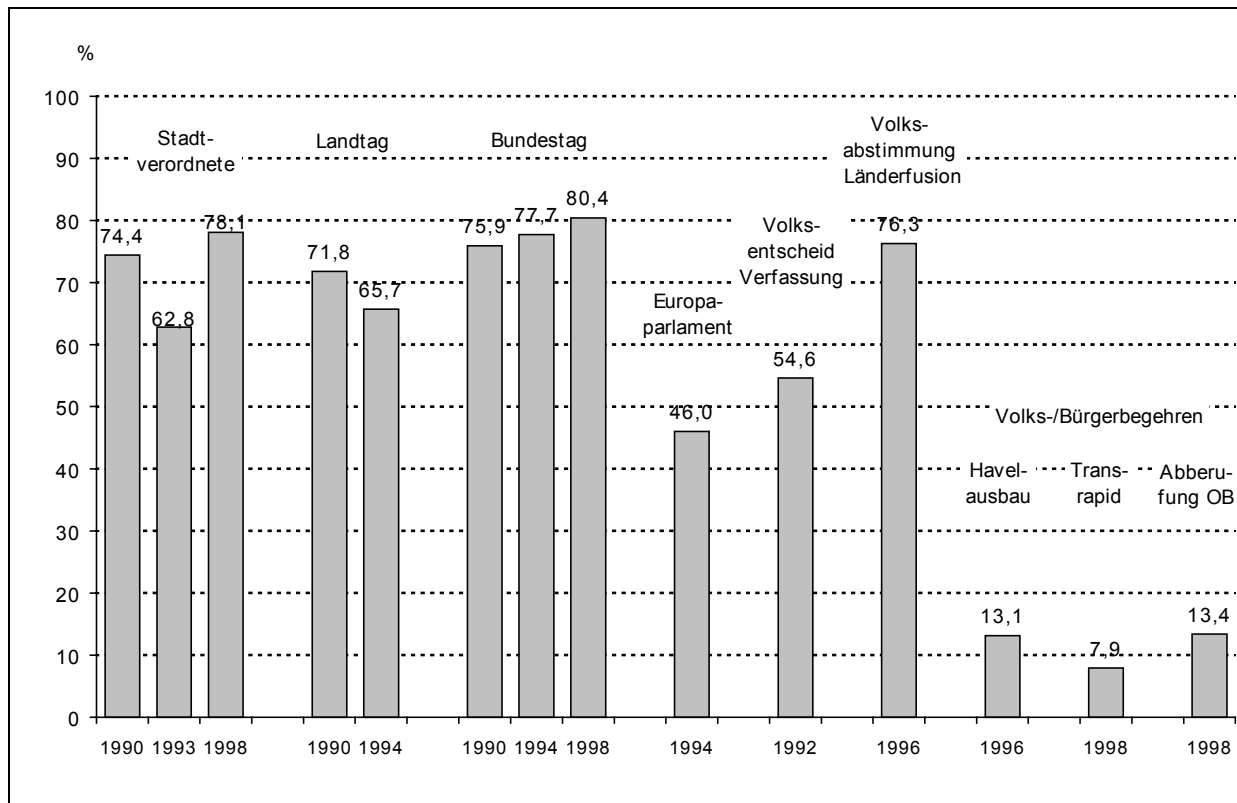
3.1.1. Wahlbeteiligung

Außer bei der Kommunalwahl 1990 erreichte der Wahlort Stadt Potsdam im Vergleich zum Land Brandenburg insgesamt bei allen Wahlen ab 1990 die höchste Wahlbeteiligung. Am größten war sie bei der Bundestagswahl 1998 mit 80,4%. Interesse fand die Volksabstimmung zur Länderfusion Berlin-Brandenburg 1996 und etwas abgeschwächt auch der Volksentscheid zur neuen Landesverfassung 1992. Weniger Aufmerksamkeit fanden die Volksbegehren gegen den Havelausbau 1996 und gegen den Transrapid Berlin-Hamburg 1998.

Tab. 27: Wahlen und Volksbefragungen ab 1990 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Beteiligung

Merkmal	Wahltag bzw. -zeitraum	Beteiligung in %	
		im Land Brandenburg	in der Stadt Potsdam
Kommunalwahl	06.05.1990	74,6	74,4
	05.12.1993	59,9	62,8
	27.09.1998	77,9	79,9
Landtagswahl	14.10.1990	67,1	71,8
	11.09.1994	56,3	65,7
Bundestagswahl	02.12.1990	73,8	75,9
	16.10.1994	71,5	77,7
	27.09.1998	78,1	80,4
Europawahl	12.06.1994	41,5	46,0
Volksentscheid Landesverfassung	14.06.1992	47,9	54,6
Volksbegehren Kreisneugliederungsgesetz	4.8.-9.12.1993	0,5	0,0
Volksbegehren für Kreisstadt Finsterwalde	4.1.-3.5.1994	0,3	-
Volksabstimmung Länderfusion	06.05.1996	66,4	76,3
Volksbegehren Havelausbau	15.4-14.8.1996	2,9	13,1
Volksbegehren Transrapid	20.10.1997		
	bis 19.2.1998	4,9	7,9
Bürgerbegehren zur Abberufung des OBM	9.2.-8.3.1998	-	13,4
Bürgerentscheid zur vorzeitigen Abberufung des Oberbürgermeisters (OBM)	17.05.1998	-	39,7

Abb. 37: Wahlbeteiligung im Wahlort Stadt Potsdam ab 1990



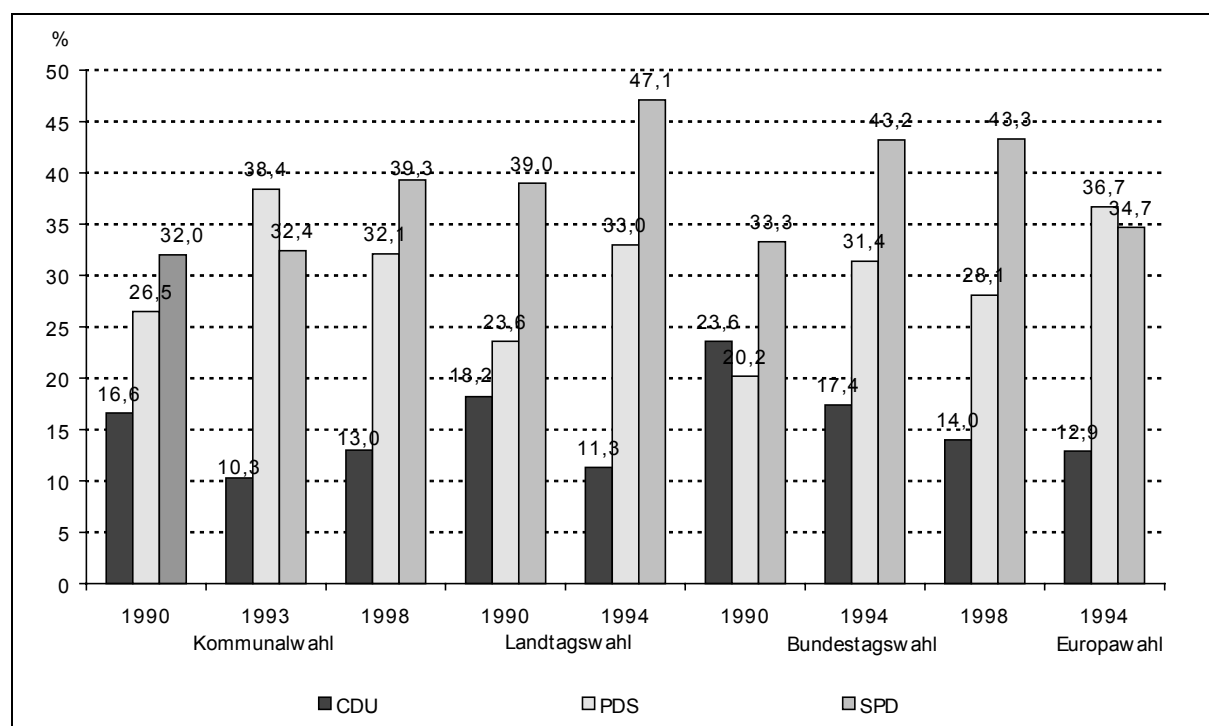
3.1.2. Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Bei allen in nachstehender Tabelle genannten Wahlen erhielt die CDU im Durchschnitt des Landes Brandenburg teilweise erheblich mehr Stimmen als im Wahlort Stadt Potsdam. 1990 hatte die CDU bei den Kommunal- und Bundestagswahlen im Land gegenüber anderen Parteien die höchsten Stimmenanteile. Bei allen anderen Wahlen ab 1990 stand die SPD im Land an der Spitze. 1994 erreichte sie bei den Landtagswahlen 54,1% und bei den Bundestagswahlen 45,1%. 1998 gab es bei den Stimmenanteilen der SPD zur Kommunal- bzw. Bundestagswahl kaum Unterschiede zwischen dem Land und der Stadt. Bei den Wahlen 1993 und 1994 waren die Stimmenanteile der SPD im Land höher als in der Stadt. Anders stellte es sich bei der PDS dar. Hier lagen die Stimmenanteile bei allen Wahlen ab 1990 in der Stadt Potsdam höher als im Land Brandenburg. Die CDU-Anteile haben sich bei den Kommunal- (außer 1998), Landtags- und Bundestagswahlen im Land und auch in der Stadt rückläufig verändert. Bei der SPD vergrößerten sich bei allen Wahlen ab 1990 (außer zur Bundestagswahl 1998) die Stimmenanteile. Die PDS erhöhte bei allen drei Wahlarten im Land und in der Stadt ihre Anteile beträchtlich, in der Stadt um etwa 10% auf etwa ein Drittel und im Land um mehr als 5% auf etwa ein Fünftel bis ein Viertel. 1998 gingen die Anteile in der Stadt zur Kommunalwahl im Vergleich zu 1993 um 6,3% und zur Bundestagswahl um 3,3% zurück. Weiter erhöht haben sich die PDS-Anteile 1998 im Land.

Tab. 28: Wahlen ab 1990 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Wahlart	Wahl- jahr	Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen in %							
		CDU		SPD		PDS		FDP	
		Land Brdbg.	Stadt Potsd.	Land Brdbg.	Stadt Potsd.	Land Brdbg.	Stadt Potsd.	Land Brdbg.	Stadt Potsd.
Kommunalwahl	1990	31,8	16,6	28,1	32,0	16,6	26,5	6,0	3,0
	1993	20,6	10,3	34,5	32,4	21,2	38,4	7,1	3,7
	1998	21,4	13,0	39,0	39,3	21,6	32,1	4,1	1,8
Landtagswahl	1990	29,5	18,2	38,2	39,0	13,4	23,6	6,6	4,7
	1994	18,7	11,3	54,1	47,1	18,7	33,0	2,2	2,1
Bundestagswahl	1990	36,3	23,6	32,9	33,3	11,0	20,2	9,7	9,4
	1994	28,1	17,4	45,1	43,2	19,3	31,4	2,6	2,1
	1998	20,8	14,0	43,5	43,3	20,3	28,1	2,9	2,1
Europawahl	1994	23,4	12,9	36,9	34,7	22,6	36,7	2,7	1,7

Abb. 38: Wahlen ab 1990 - Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen



3.1.3. Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Erststimmen für ihre Direktkandidaten

Der Spitzenkandidat der SPD (Dr. Gramlich) unterlag bei der Wahl des Oberbürgermeisters 1993 im 1. Wahlgang dem Kandidaten der PDS (Kutzmutz) deutlich. Der zuletzt Genannte erreichte aber nicht die absolute Mehrheit. Bei der erforderlich gewordenen Stichwahl entschieden sich die Wähler für die SPD. Der PDS-Kandidat erhielt bei beiden Wahlgängen 45%. Es kamen demnach im 2. Wahlgang keine Stimmen von Anhängern anderer Parteien und auch nicht von Nichtwählern des 1. Wahlganges hinzu, während der SPD-Kandidat die Stimmen der anderen Parteien erhielt.

Ein 1998 zur Einleitung eines Bürgerentscheids über die vorzeitige Abberufung des SPD-Oberbürgermeisters durchgeführtes Bürgerbegehren war erfolgreich. Mit 12 747 Eintragungen wurden mehr als die geforderten 10% der Wahlberechtigten erreicht.

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters 1998 erreichte die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten, diesmal mit Platzeck, 63,5% vor der PDS-Kandidatin Tack (24,5%) wiederum den höchsten Stimmenanteil.

Bei den Landtags- und Bundestagswahlen errang die SPD die meisten Erststimmen.

Bei den Landtagswahlen 1994 erhielt Dr. Herbert Knoblich (SPD) mit 44,2%, vor Anita Tack (PDS) mit 30,0% im Wahlkreis 24 (Potsdam nördlich der Havel, Babelsberg, südlicher Teil von Zentrum Ost) die meisten Erststimmen. Im Wahlkreis 25 (Stern, Drewitz, Waldstadt, Schlaatz, Templiner und Teltower Vorstadt, nördlicher Teil von Zentrum Ost) gewann Angelika Thiel (SPD) mit 41,2%, vor Prof. Dr. Lothar Bisky mit 40,9%. Direkt in den Landtag kamen somit die Potsdamer Dr. Herbert Knoblich (SPD) und Angelika Thiel (SPD). Außerdem zogen folgende Potsdamer über Zweitstimmen in den Landtag ein:

Von der CDU - Dr. Markus Vette und Thomas Klein,
von der PDS - Anita Tack, Prof. Dr. Lothar Bisky und Prof. Dr. Michael Schumann,
von der SPD - Klaus Dieter Kühnbacher, Steffen Reiche und Manfred Stolpe.

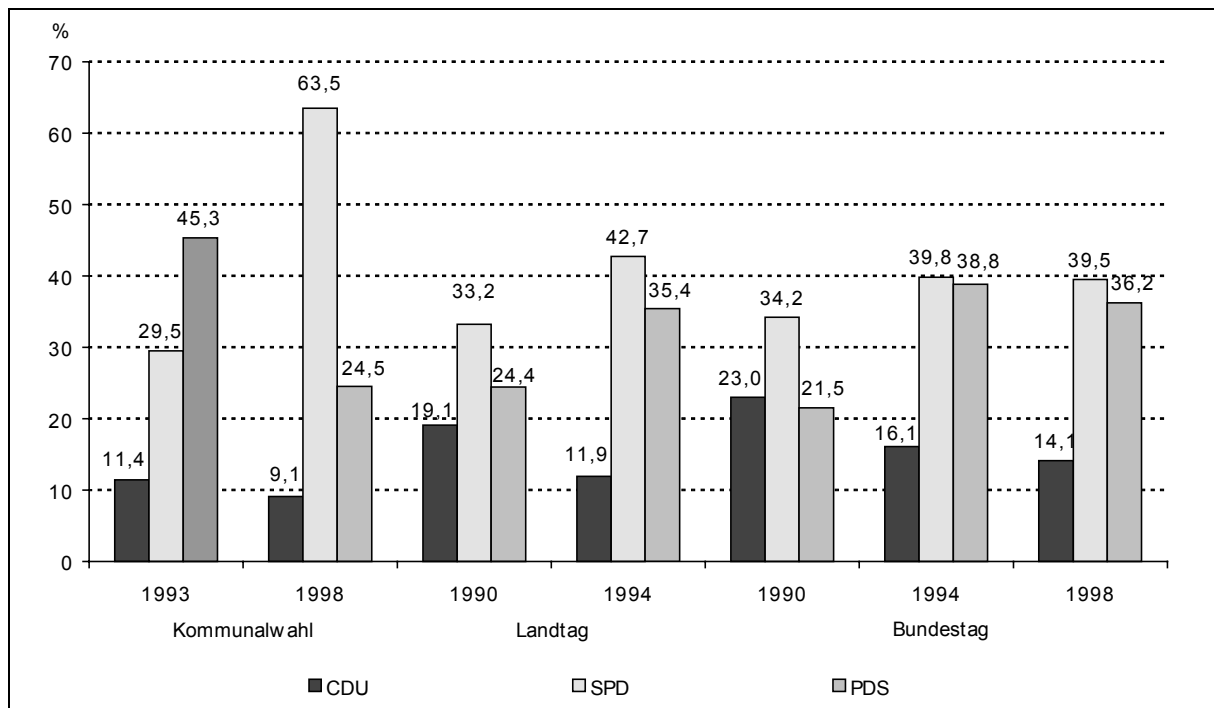
Bei der Bundestagswahl 1994 stimmten mit ihrer Erststimme 39,8% der Potsdamer Wähler für Dr. Emil Schnell (SPD). Rolf Kutzmutz erreichte 38,8%. Er kam aber über das Zweitstimmen-ergebnis der PDS in den Bundestag. 1998 wiederholte sich dieses Ergebnis mit fast gleichen Stimmenanteilen für Dr. Schnell und Kutzmutz. Über die Zweitstimmen zogen folgende Potsdamer in den Bundestag ein: Katherina Reiche (CDU), Rolf Kutzmutz (PDS), Sylvia Voß (Grüne/Bü90).

Tab. 29: Wahlen ab 1990 - Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Erststimmen

Wahlart	Wahl-jahr	Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen in %				
		CDU	SPD	PDS	FDP	Grüne/Bündn. 90
Oberbürgermeisterwahl						
1. Wahlgang	1993	11,4	29,5	45,3	3,2	4,1 ¹
Kandidat		Dr. Jaeger	Dr. Gramlich	Kutzmutz	Dr. Pöttrich	Saskia Hüneke
Stichwahl	1993		54,9	45,1		
Kandidat			Dr. Gramlich	Kutzmutz		
Oberbürgermeisterwahl	1998	9,1	63,5	24,5	-	-
Kandidat		Niekisch	Platzeck	Anita Tack	-	-
Landtagswahl	1990	19,1	33,2	24,4	5,0	16,6
Wahlkreis 24	1994	12,8	44,2	30,0	4,1	4,5
Wahlkreis 25	1994	11,0	41,2	40,9	1,6	3,7
Bundestagswahl	1990	23,0	34,2	21,5	8,6	12,3
	1994	16,1	39,8	38,8	-	4,6
	1998	14,1	39,5	36,2	1,2	5,8

¹ Forum/BüBü: Uta Platzeck erhielt 5,6%

Abb. 39: Wahlen ab 1990 - Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Erststimmen



3.2. Wahlen

Ab 1990 stellten sich, wie zuletzt 1946, wieder Parteien und politische Vereinigungen (Zweitstimmen) sowie ihre Direktkandidaten (Erststimmen) mit eigenen Programmen für die Volksvertretungen zur Wahl. Eine gemeinsame Kandidatenliste und ein gemeinsames Wahlprogramm wie zu DDR-Zeiten gab es nicht mehr. Die Wahlbeteiligung nahm im Vergleich zu DDR-Zeiten ab.

3.2.1. Stadtverordnetenversammlung

Nach der politischen Wende fanden die ersten Kommunalwahlen im Land Brandenburg am 6.5.1990 statt. Fast drei Viertel der Wahlberechtigten im Land Brandenburg (74,6%) und auch im Wahlort Potsdam (74,4%) beteiligten sich an dieser Wahl. Mehr als drei Jahre später, am 5.12.1993, traten zur Kommunalwahl nur noch etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten im Land (59,9%) und auch in der Stadt Potsdam (62,8%) an die Wahlurne. Durch den Verbund der Kommunal- mit den Bundestagswahlen war 1998 wieder eine hohe Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Bei den Kommunalwahlen im Land Brandenburg erreichte die CDU 1990 mit 31,8% vor der SPD mit 28,1%, der PDS mit 16,6% und dem Neuen Forum u.a. 16,6% den höchsten Stimmenanteil. 1993 ergab sich ein ganz anderes Bild. Nun stand die SPD mit 34,5% vor der PDS mit 21,2% und der CDU mit 20,6% an der Spitze. Im Vergleich 1993 zu 1990 haben landesweit die SPD 6,4% und die PDS 4,6% der Stimmenanteile gewonnen und die CDU 11,2% verloren. 1998 hat sich an der Rangfolge nichts geändert. Die SPD hat ihren Anteil gegenüber 1993 noch um 4,5%, die PDS um 0,4% und die CDU um 0,8% erhöht. Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Potsdam erreichte die SPD 1990 und 1993 mit 32,0% und 32,4% annähernd gleiche Stimmenanteile (1929 kam die SPD im Wahlort Stadt Potsdam auf 28,5% und im Wahlort Gemeinde Nowawes auf 40,6%). 1990 lag sie damit an der Spitze. 1993 wurde sie von der PDS (38,4%) übertroffen. 1998 erreichte die SPD mit 39,3% wieder den höchsten Anteil vor der PDS mit 32,1%. Die PDS gewann im Vergleich 1993 zu 1990 11,9%, die SPD 0,4%, und die CDU verlor 6,3%-Prozentpunkte der Stimmenanteile. Beim Vergleich der Ergebnisse von 1998 mit den von 1993 war festzustellen, daß die SPD 6,9% und die CDU 2,7%-Punkte Stimmenanteile gewannen und die PDS 6,3%-Punkte der Anteile verlor.

Tab. 30: Kommunalwahlen 1990, 1993 und 1998 - Land Brandenburg und Wahlort Potsdam
- Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen,
Sitze in der Stadtvertretung

Merkmal	Kommunalwahlen					
	06.05.1990		05.12.1993		27.09.1998	
	Land Brdbg.	Stadt Potsdam	Land Brdbg.	Stadt Potsdam	Land Brdbg.	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	74,6	74,4	59,9	62,8	77,9	79,9
Stimmenanteile der Parteien in %						
CDU	31,8	16,6	20,6	10,3	21,4	13,0
SPD	28,1	32,0	34,5	32,4	39,0	39,3
PDS	16,6	26,5	21,2	38,4	21,6	32,1
FDP	6,0	3,0	7,1	3,7	4,1	1,8
Grüne	3,8	-	4,2	7,0	4,1	7,3
Neues Forum u.a. ²	.	16,3	.	5,2	1,0	4,3
Anzahl der Sitze in der Vertretung	1		1		1	
insgesamt	2 637	115	934	50	942	50
darunter						
CDU	665	19	192	5	200	6
SPD	701	37	321	16	367	20
PDS	428	30	201	19	204	16
FDP	147	3	67	2	38	1
Grüne	.	-	38	3	38	4
Neues Forum u.a. ²	.	19	-	2	11	2

¹ Sitze in Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen: 44 Stadt- und Landkreise 1990 und
18 Stadt- und Landkreise 1993

² 1998 BÜBÜ

Von den 115 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam verfügte die SPD 1990 über 37 Sitze. Damit hatte sie die meisten Sitze. 1993 bei nur noch 50 Sitzen erreichte die PDS mit 19 Sitzen die höchste Anzahl. 1998 lag die SPD mit 20 von 50 Sitzen wie 1990 an der Spitze. Der Anteil der Frauen in der Stadtverordnetenversammlung hat sich 1993 im Vergleich zu 1990 und 1965 erhöht. 1998 sind es 2 Frauen weniger als 1993. Bis 1993 ist der Anteil jüngerer Stadtverordneter stark zurückgegangen. 1998 hat sich dieser Anteil wieder erhöht. Das Durchschnittsalter der Vertreter stieg von 42,5 Jahre 1990 auf 47,2 Jahre 1993. 1998 verringerte es sich auf 44,9 Jahre.

Tab. 31: Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam nach dem Geschlecht und nach Altersgruppen 1965, 1990 und 1993

Merkmal	Anzahl der Abgeordneten				Anteil in %			
	10.10.	05.12.	13.12.	27.09.	10.10.	05.12.	13.12.	27.09.
	1965	1990	1993	1998	1965	1990	1993	1998
Insgesamt	120	115	50	50	100	100	100	100
nach Geschlecht								
Männer	81	68	28	30	67,5	59,1	56,0	60,0
Frauen	39	47	22	20	32,5	40,9	44,0	40,0
nach Altersgruppen								
unter 30 J.	25	12	1	9	20,8	10,5	2,0	18,0
30 bis unter 50 J.	64	71	27	24	53,3	61,7	54,0	48,0
50 bis unter 60 J.	22	26	18	10	18,3	22,6	36,0	20,0
60 J. und älter	9	6	4	7	7,5	5,2	8,0	14,0

3.2.2. Landtag

Am 22.7.1990 verabschiedete die Volkskammer das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der ehemaligen DDR.

Bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 erzielte die SPD im Land Brandenburg und auch im Wahlort Stadt Potsdam die höchsten Stimmenanteile, 1994 im Land mit 54,1%. Von den 88 Sitzen im Landtag erhielt diese Partei 1990 36 Sitze und 1994 mit 54 Sitzen sogar die Mehrheit. 1990 erreichte die CDU mit 29,5% die zweite Stelle vor der PDS mit 13,4%. 1994 kamen CDU und PDS auf jeweils 18,7% Stimmenanteile und auf je 18 Sitze im Landtag.

Tab. 32: Landtagswahlen 1990 und 1994 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
- Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen,
Sitze im Landtag

Merkmal	Landtagswahlen			
	14.10.1990		11.09.1994	
	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	67,1	71,8	56,3	65,7
Stimmenanteile d. Parteien %				
CDU	29,5	18,2	18,7	11,3
SPD	38,2	39,0	54,1	47,1
PDS	13,4	23,6	18,7	33,0
FDP	6,6	4,7	2,2	2,1
Grüne/Bündnis 90	9,3	12,7	2,9	3,9
Anzahl der Sitze im Landtag		1		2
insgesamt	88	7	88	7
darunter				
CDU	27	-	18	2
SPD	36	3	52	2
PDS	13	2	18	3
FDP	6	-	-	-
Grüne/Bündnis 90	6	2	-	-

¹ Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam - SPD: Dr. Herbert Knoblich, Manfred Stolpe, Jochen Wolf; PDS: Prof. Dr. Michael Schumann, Heinz Vietze; Grüne/Bü 90: Matthias Platzeck, Dr. Bernd Reuter

² Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam - CDU: Dr. Markus Vette, Thomas Klein; SPD: Dr. Herbert Knoblich, Angelika Thiel; PDS: Prof. Dr. Lothar Bisky, Anita Tack, Prof. Dr. Michael Schumann

3.2.3. Bundestag

Bei der Bundestagswahl 1990 erhielt die CDU im Land Brandenburg mit 36,3% vor der SPD mit 32,9% und der PDS mit 11,0% die höchsten Stimmenanteile. 1994 hat sich die SPD mit 45,1% vor der CDU mit 28,1% und der PDS mit 19,3% an die Spitze gesetzt. An dieser Rangfolge hat sich auch 1998 nichts geändert. 43,5% der Stimmen erhielt die SPD, 20,8% die CDU und 20,3% die PDS. Im Wahlort Stadt Potsdam gab es eine andere Rangfolge. 1990 und 1994 lag die SPD bei den Bundestagswahlen mit 33,3% bzw. 43,2% in Front, 1990 gefolgt von der CDU mit 23,6% und der PDS mit 20,2%. 1994 und 1998 kam die PDS mit 31,4% bzw. 28,1% vor der CDU mit 17,4% bzw. 14,0% auf den zweiten Platz. Die Stimmenanteile der CDU haben sich von 1994 zu 1990 im Land um 8,2%-Punkte und in der Stadt um 6,2%-Punkte und 1998 im Land nochmals um 7,3%-Punkte und in der Stadt um 3,2%-Punkte verringert, die der SPD sind im Land um 12,2%-Punkte und in der Stadt um 9,9%-Punkte und die der PDS im Land um 8,3%-Punkte und in der Stadt um 11,2%-Punkte angestiegen. Die Stimmenanteile der SPD gingen 1998 gegenüber 1994 im Land um 1,6%-Punkte zurück, in der Stadt erhöhten sie sich geringfügig um 0,1%-Punkte. Im gleichen Zeitraum vergrößerte die PDS ihre Anteile im Land um 1,0%-Punkte, und in der Stadt büßte sie 3,3%-Punkte ein.

Tab. 33: Bundestagswahlen 1990, 1994 und 1998
- Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze im Bundestag

Merkmal	Bundestagswahlen					
	02.12.1990		16.10.1994		27.09.1998	
	Land Brdbg.	Stadt Potsdam	Land Brdbg.	Stadt Potsdam	Land Brdbg.	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	73,8	75,8	71,5	77,7	78,1	80,4
Stimmenanteile der Parteien in %						
CDU	36,3	23,6	28,1	17,4	20,8	14,0
SPD	32,9	33,3	45,1	43,2	43,5	43,3
PDS	11,0	20,2	19,3	31,4	20,3	28,1
FDP	9,7	9,4	2,6	2,1	2,9	2,1
Grüne/Bündnis 90	6,6	10,5	2,9	4,2	3,6	6,6
Anzahl der Sitze im Bundestag		1		2		3
insgesamt	22	1	23	3	23	4
darunter						
CDU	8	-	6		5	1
SPD	7	1	12	1	12	1
PDS	3	-	4	2	4	1
FDP	2	-	-	-	1	-
Grüne/Bündnis 90	2	-	1	-	1	1

¹ Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam - SPD: Dr. Emil Schnell

² Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam - SPD: Dr. Emil Schnell; PDS: Rolf Kutzmutz, Prof. Dr. Michael Schumann nahm das Mandat im Landtag wahr und verzichtete auf das im Bundestag

³ Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam - CDU: Katherina Reiche, SPD: Dr. Emil Schnell; PDS: Rolf Kutzmutz, Grüne/B90: Sylvia Voß

3.2.4. Europaparlament

Bei den Wahlen zum Europaparlament 1994 erreichte die SPD im Land mit 36,9% und die PDS in der Stadt mit 36,7% die höchsten Stimmenanteile. Bei der PDS und den Grünen/Bündnis 90 sind die Stimmenanteile im Gegensatz zur CDU und SPD in der Stadt höher als im Land.

Tab. 34: Europaparlamentswahlen 1994 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
- Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze im Europaparlament

Merkmal	Europaparlamentswahlen am 12.06.1994			
	Anteil %		Anzahl der Sitze	
	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	41,5	46,0		
Stimmenanteile der Parteien in %			1	
CDU	23,4	12,9	1	-
SPD	36,9	34,7	1	-
PDS	22,6	36,7	-	-
FDP	2,6	1,7	-	-
Grüne/Bündnis 90	4,6	6,1	1	-

¹ Abgeordnete mit Wohnsitz im Land Brandenburg - SPD: Norbert Glante; CDU: Ann-Katrin Glase; Grüne/Bündnis 90: Elisabeth Schrödter

3.3. Volksbegehren

Das Volksbegehren zur Veränderung des Kreisneugliederungsgesetzes vom 4.8. bis 3.12.1993, an dem sich im Land Brandenburg 9 479 Personen beteiligten und 9 259 Eintragungen gültig waren, erreichte nicht die erforderliche Anzahl von 80 000 Eintragungen. In der Stadt Potsdam waren von 13 Eintragungen 12 gültig.

Beim Volksbegehren für die Kreisstadt Finsterwalde vom 4.1. bis 3.5.1994 wurden im Land Brandenburg 6 390 Eintragungen, darunter 6 125 gültige festgestellt. Auch hier reichte die Anzahl der Eintragungen nicht. In der Stadt Potsdam kam es zu keiner Eintragung.

Das vom 15.4.-14.8.1996 durchgeführte Volksbegehren gegen den Havelausbau ist ebenfalls gescheitert. Statt der erforderlichen 80 000 Listeneintragungen im Land wurden nur 58 308 gültige Eintragungen gezählt. Das entspricht einem Anteil an den erforderlichen Eintragungen von 72,9%. In der Stadt Potsdam haben sich 13 626 Bürger (mit gültiger Stimme) in die ausgelegten Listen zum Volksbegehren eingetragen.

Das im Land Brandenburg vom 20.10.1997-19.2.1998 stattgefundenene Volksbegehren gegen den Bau des Transrapids von Berlin nach Hamburg brachte ebenfalls nicht die erforderlichen 80 000 Listeneintragungen. Gezählt wurden 69 570 gültige Eintragungen. Das sind 87,0% der notwendigen Mindestzahl. In der Stadt Potsdam waren es 8 060 gültige Eintragungen. Das Aktionsbündnis gegen den Transrapid wurde durch die PDS, Bündnis Grüne, Umweltgruppen, örtliche Bürgerinitiativen und von der Kirche unterstützt.

Das in der Stadt Potsdam vom 9.2. bis 8.3.1998 stattgefundenene Bürgerbegehren zur Einleitung eines Bürgerentscheids über die vorzeitige Abberufung des Oberbürgermeisters war erfolgreich. 10 312 Listeneintragungen wurden benötigt. 12 747 Eintragungen waren gültig. 13,4% der Wahlberechtigten der Stadt haben sich am Bürgerbegehren beteiligt. Der Volksentscheid wurde damit nach Beschluß des Innenministers am 17.5.1998 durchgeführt.

3.4. Volksentscheid

Der Volksentscheid über die Verfassung des Landes Brandenburg fand am 14.6.1992 mit Erfolg statt. 47,93% der Wahlberechtigten des Landes Brandenburg beteiligten sich daran. Im Wahlort Stadt Potsdam waren es 54,5%. Für die Verfassung stimmten im Land 94,04% der Wähler und in der Stadt 96,9%.

Die Volksabstimmung über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg am 6.5.1996 brachte im Land Brandenburg nicht die erforderliche Anzahl der gültigen Ja-Stimmen. Die Berliner waren für eine Fusion. 66,38% der Wahlberechtigten des Landes Brandenburg und 76,3% der Stadt Potsdam nahmen an der Abstimmung teil. Mit einem Ja für die Länderfusion stimmten im Land nur 36,57% und in der Stadt 34,3%. Auf die Zusatzfrage, ob die Länderfusion 1999 oder 2002 erfolgen sollte, stimmten im Land 26,5% für 1999 und 28,4% für das Jahr 2002. In der Stadt Potsdam waren 26,4% für 1999 und 30,8% für 2002.

Am Bürgerentscheid zur vorzeitigen Abberufung des Oberbürgermeisters beteiligten sich 39,65% der Wahlberechtigten der Stadt. Die Mehrheit (87,4%) stimmten für die vorzeitige Abberufung.

4. Verzeichnis der Tabellen

- Tab. 1: Klasseneinteilung der Potsdamer Wahlberechtigten nach der Steuerzahlung 1888
- Tab. 2: Wahlbeteiligung nach Abteilungen 1897
- Tab. 3: Auszug aus der Wählerliste von 1902
- Tab. 4: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Potsdam und zur Gemeindevertretung Nowawes am 17.11.1929 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 5: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Potsdam und zur Gemeindevertretung Nowawes am 17.11.1929 und 12.3.1933
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 6: Wahlen zum Provinziallandtag Brandenburg 1925 bis 1933 - Vergleich der Anteile der abgegebenen gültigen Stimmen für die Provinz mit denen der Stadt Potsdam
- Tab. 7: Urwahlen zum Preußischen Landtag am 19.1.1861 - Wahlort Potsdam
- Tab. 8: Beteiligung der Wahlberechtigten an den Urwahlen zum Preußischen Landtag nach Abteilungen 1862 bis 1913 - Ergebnisse Provinz Brandenburg und Wahlort Potsdam
- Tab. 9: Wahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913
- Provinz Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil d. Parteien an d. abgeg. gültigen Stimmen bei d. Urwahlen nach Abteilungen
- Tab. 10: Anzahl der Sitze der Parteien im Preußischen Landtag 1903 bis 1913
- Ergebnis Provinz Brandenburg
- Tab. 11: Wahlen zum Preußischen Landtag 1898 bis 1913 - Vergleich der Ergebnisse der Urwahlen mit den Abgeordnetenwahlen für die Provinz Brandenburg insgesamt
- Tab. 12: Wahlen z. Preußischen Landtag 1921 u. 1928 - Wahlorte Potsd., Nowawes u. Bornim
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Tab. 13: Wahlen zum Preußischen Landtag 1924 bis 1933 - Provinz Brandenburg und Wahlort Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Tab. 14: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912
- Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 7 (einschl. Potsdam) und 10 (einschl. Nowawes)
- Tab. 15: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912 - Wahlkreise 7 und 10
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 16: Wahlen zum Reichstag 1890 bis 1912
- Wahlorte Potsdam und Nowawes sowie Regierungsbezirk Potsdam
- Wahlbeteiligung und Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 17: Wahlen zum Reichstag 1903 bis 1912 - Wahlorte Potsdam und Nowawes sowie Regierungsbezirk Potsdam - Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Tab. 18: Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 - Ergebnisse Deutsches Reich, Regierungsbezirk Potsdam, Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 19: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 15.3.1933 - Wahlorte Potsdam, Nowawes u. Bornim
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 20: Wahlen zum Reichstag 1924 bis 1933 - Ergebnis des Reichs und des Wahlortes Stadt Potsdam (gegenwärtiger Gebietsstand) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 21: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1950 bis 1989
- Wahlbeteiligung und Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für bzw. gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front, Anzahl der gewählten Abgeordneten und Nachfolgekandidaten
- Tab. 22: Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam 1957, 1960 und 1965
- Tab. 23: Wahl zum Provinziallandtag am 20.10.1946 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 24: Wahlen zum Bezirkstag 1954 bis 1986 - Wahlort Stadt Potsdam
- Wahlbeteiligung und Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für bzw. gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front, Anzahl der gewählten Abgeordneten und Nachfolgekandidaten
- Tab. 25: Wahlen zur Volkskammer 1950 bis 1986 - Wahlort Stadt Potsdam
- Wahlbeteiligung und Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen für bzw. gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front, Anzahl der gewählten Abgeordneten und Nachfolgekandidaten

- Tab. 26: Volkskammer 1950 bis 1958 - Sitzverteilung nach Parteien u. Massenorganisationen
- Tab. 27: Wahlen und Volksbefragungen ab 1990
 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Beteiligung
- Tab. 28: Wahlen ab 1990 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Tab. 29: Wahlen ab 1990 - Wahlort Stadt Potsdam
 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Erststimmen
- Tab. 30: Kommunalwahlen 1990, 1993 und 1998 - Land Brandenburg und Wahlort Potsdam
 - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze in der Stadtvertretung
- Tab. 31: Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam nach dem Geschlecht und nach Altersgruppen 1965, 1990, 1993 und 1998
- Tab. 32: Landtagswahlen 1990 und 1994 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
 - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze im Landtag
- Tab. 33: Bundestagswahlen 1990, 1994 und 1998 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze im Bundestag
- Tab. 34: Europaparlamentswahlen 1994 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam
 - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze im Europaparlament

5. Verzeichnis der Abbildungen

- Abb. 1: „Holländisches Haus“, Lindenstraße 54
-1. Stadtverordnetenvorsteher C. CH. Horvath
- Abb. 2: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Potsdam und zur Gemeindevertretung in der Gemeinde Nowawes 1919 bis 1933
- Anteil der Parteien an den gültigen Stimmen
- Abb. 3: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Potsdam 1919 bis 1933
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 4: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Nowawes 1919 bis 1933
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 5: Vorschläge der Parteien zur Wahl des Provinziallandtages am 29.11.1925
- Abb. 6: Wahlen zum Provinziallandtag Brandenburg 1925 bis 1933, Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 7: Urwahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 für die Provinz Brandenburg und den Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil d. Parteien an d. abgegebenen gültigen Stimmen f. d. Wahlmänner d. Parteien
- Abb. 8: Urwahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 für die Provinz Brandenburg
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlmänner der Parteien
- Abb. 9: Urwahlen zum Preußischen Landtag 1903 bis 1913 für den Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlmänner der Parteien nach Abteilungen
- Abb. 10: Wahlen zum Preußischen Landtag 1898 bis 1913 - Vergleich der Ergebnisse der Urwahlen mit den Abgeordnetenwahlen für die Provinz Brandenburg insgesamt
- Abb. 11: Wahlen z. Preußischen Landtag 1921 u. 1928 - Wahlorte Potsd., Nowawes u. Bornim
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 12: Wahlen zum Preußischen Landtag 1924 bis 1933 - Provinz Brdbg. u. Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 13: Vorschläge der Parteien zur Wahl des Preußischen Landtags am 5.3.1933
- Abb. 14: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912
- Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 15: Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912
- Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 16: Wahlen zum Reichstag 1890 bis 1912 -Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der SPD und der Konservativen an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 17: Wahlen zum Reichstag 1903,1907 und 1912 - Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 18: Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919 - Wahlorte Potsdam und Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Abb. 19: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 5.3.1933 Wahlorte Potsdam, Nowawes und Bornim sowie Potsdam nach dem Gebietsstand von 1998
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 20: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933
- Wahlort Potsdam (Gebietsstand 1998) - einschl. Nowawes und Bornim)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 21: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 22: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Nowawes
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 23: Wahlen zum Reichstag 1920 bis 1933 - Wahlort Bornim
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 24: Wahlen zum Reichstag 1924 bis 1933
- Ergebnis d. Reichs u. d. Wahlortes Stadt Potsdam (gegenwärtg. Gebietsstand)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Abb. 25: Stimmzettel für die Reichstagswahl am 5.3.1933
(Wahlkreis I, einschl. Stadt Potsdam und Wahlkreis II, einschl. Nowawes)

- Abb. 26: Wahlen zum Reichstag 1933, 1936 und 1938
- Wahlorte Potsdam und Nowawes - Stimmen für den Wahlvorschlag der NSDAP (1933) bzw. für die Liste des „Führers“ (1936 und 1938)
- Abb. 27: Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl 1932
(1. Wahlgang am 13.3. und 2. Wahlgang am 10.4.)
- Abb. 28: Aus dem „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ 1929
- Abb. 29: Auszug - Stimmzettel zur Volksabstimmung am 12. November 1933
- Abb. 30: Auszug - Stimmzettel zur Volksabstimmung am 19. August 1934
- Abb. 31: Wahlzettel für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 15.9.1946
- Abb. 32: Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 15.9.1946
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Abb. 33: Wahl der Stadtverordnetenversammlung 1946 bis 1989 - Wahlbeteiligung
- Abb. 34: Wahl der Stadtverordnetenversammlung 1950 bis 1989
- Anteil der Stimmen für den Wahlvorschlag der Nationalen Front
- Abb. 35: Wahlen zum Provinziallandtag 1946 - Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 36: Wahl zur Volkskammer der DDR 1990 - Wahlort Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen
- Abb. 37: Wahlbeteiligung im Wahlort Stadt Potsdam ab 1990
- Abb. 38: Wahlen ab 1990 - Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen
- Abb. 39: Wahlen ab 1990 - Wahlort Stadt Potsdam
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Erststimmen

6. Quellen

- Doernberg, Stefan und Schneider, Horst, „Der Volkskongreß für Einheit 1947“ - „Eine Chance verpaßt“, Neues Deutschland vom 6./7.12.1997
- Ersil, Emil, Prof. Dr. habil., „Volksentscheid 1926 und 1968“ - eine aktuelle Betrachtung, Märkische Volksstimme 1968
- Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz Verlag, Berlin 1967
- Koppatz, Jürgen, „Zu einigen Fragen der Kommunalwahlen und der städtischen Vertretung in Potsdam“ (1808 -1946), Auszüge der Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums, Heft 17, Beiträge zur Geschichte, Potsdam 1969
- Kühne, Thomas, Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918, Droste Verlag, Düsseldorf 1994
- Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang, Geschichte in Daten - Brandenburg, München; Berlin: Koehler und Amelang, 1995
- Meyers Neues Lexikon in 8 Bänden, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1963
- Mitteilungen der Stadt Potsdam - Im Auftrage des Magistrats herausgegeben vom Statistischen Amt 1924 bis 1935
- Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Herausgeber Büro der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Autor H. Knitter, Universität Potsdam, Historisches Institut
- Stang, Werner herausgegeben unter Mitarbeit von Arlt, Kurt, „Brandenburg im Jahr 1945“, eine Publikation der Landeszentrale für politische Bildung, 1995
- Statistik des Deutschen Reichs
- Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, besonders „Statistisches Jahrbuch 1997“, S.173-193
- Veröffentlichungen der „Märkischen Volksstimme“ zu den Wahlergebnissen 1946 bis 1990
- Wahlunterlagen des Stadtarchivs der Stadtverwaltung Potsdam

Anlage 1

Wahlen in zeitlicher Reihenfolge nach der Art der Volksvertretung bzw. Volksbefragung

1. Wahlen und Volksbefragungen vor 1946

1.1. Stadtverordnetenversammlung

1809	12./13. März	Stadtverordnete Potsdam
danach jährlich bis		
1919	23. Februar	Gemeindevertreter Nowawes
	2. März	Stadtverordnete Potsdam
1924	16. März	Stadtverordnete Potsdam
1925	22. Februar	Gemeindevertreter Nowawes
1928	11. März	Stadtverordnete Potsdam
1929	17. November	Stadtverordnete Potsdam
		Gemeindevertreter Nowawes
1933	12. März	Stadtverordnete Potsdam
		Gemeindevertreter Nowawes
1934	1. Januar	Stadtverordnete verloren Beschlußfassungsrecht- an ihre Stelle trat der Gemeinderat

1.2. Provinziallandtag

1815/16		Verwaltungsneuordnung, Schaffung der Provinz Brandenburg mit den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt O.
1824		Provinziallandtag
1867	30. Oktober 17. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1870	9. November 16. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1871	4. Februar	Provinziallandtag - Ersatzwahl
1873	28. Oktober 4. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1876	20. Oktober 27. Oktober	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1879	30. September 17. Oktober	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl

1880	31. Mai	Provinziallandtag - Ersatzwahl
1882	19. Oktober 26. Oktober	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1885	29. Oktober 5. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1888	30. Oktober 6. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1890	23. September	Provinziallandtag - Ersatzwahl
1893	31. Oktober 7. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1894	26. Juni	Provinziallandtag - Ersatzwahl
1898	27. Oktober 3. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1901	19. Februar	Provinziallandtag - Ersatzwahl
1903	12. November 20. November	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1908	3. Juni 16. Juni	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1913	16. Mai 3. Juni	Provinziallandtag - Urabstimmung - Abgeordnetenwahl
1921	20. Februar	Provinziallandtag
1925	29. November	Provinziallandtag
1929	17. November	Provinziallandtag
1933	12. März	Provinziallandtag

1.3. Preußischer Landtag

1919	26. Januar	Preußische Landesversammlung
1921	20. Februar	Preußischer Landtag
1924	7. Dezember	Preußischer Landtag
1928	20. Mai	Preußischer Landtag
1932	24. April	Preußischer Landtag
1933	5. März	Preußischer Landtag

1.4. Reichstag, Nationalversammlung, Reichspräsident

1848	1. Mai	Preußische Nationalversammlung
------	--------	--------------------------------

1871	3. März	Reichstag
1874	10. Januar	Reichstag - Vorwahl
1875	30. Juli	Reichstag - Entscheidung
1877	10. Januar	Reichstag
1878	30. Juli	Reichstag
1881	27. Oktober	Reichstag
1884	28. Oktober	Reichstag
1887	21. Februar	Reichstag
1890	20. Februar	Reichstag
1893	15. Juni	Reichstag
1898	16. Juni	Reichstag
1903	16. Juni	Reichstag
1907	25. Januar	Reichstag
1912	12. Januar	Reichstag
1919	19. Januar	Nationalversammlung
1920	6. Juni	Reichstag
1924	4. Mai	Reichstag
1924	7. Dezember	Reichstag
1925	29. März	Wahl des Reichspräsidenten - Vorwahl
1925	28. April	Wahl des Reichspräsidenten - Entscheidung
1928	20. Mai	Reichstag
1930	14. September	Reichstag
1932	13. März	Wahl des Reichspräsidenten - Vorwahl
1932	10. April	Wahl des Reichspräsidenten - Entscheidung
1932	31. Juli	Reichstag
1932	6. November	Reichstag
1933	5. März	Reichstag
1933	12. November	Reichstag
1936	29. März	Reichstag
1938	10. April	Großdeutscher Reichstag - die Wahl erfolgte zusammen mit der Volksabstimmung zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich

1.5. Volksbefragung

1926	4.-26. März	Volksbegehren für einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten
	20. Juni	Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten
1929	16.-29. Oktober	Volksbegehren zum „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“
	22. Dezember	Volksentscheid zum „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“
1931	8.-21. April	Volksbegehren im Eintragungsverfahren zur Landtagsauflösung
1931	3. August	Volksentscheid zur Landtagsauflösung
1933	12. November	Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund
1934	19. August	Volksabstimmung über die Vereinigung des Präsidentenamtes mit dem des Reichskanzlers
1938	10. April	Volksabstimmung zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich - sie erfolgte zusammen mit der Wahl des Großdeutschen Reichstags

2. Wahlen und Volksbefragungen 1946 bis 1989 bzw. 1990

2.1. Stadtverordnetenversammlung

1946	15. September	Stadtverordnete
1950	10. Oktober	Stadtverordnete
1957	23. Juni	Stadtverordnete
1961	17. September	Stadtverordnete
1965	10. Oktober	Stadtverordnete
1970	22. März	Stadtverordnete
1974	19. Mai	Stadtverordnete
1979	20. Mai	Stadtverordnete
1984	6. Mai	Stadtverordnete
1989	7. Mai	Stadtverordnete

2.2. Provinziallandtag bzw. Bezirkstag

1946	20. Oktober	Provinziallandtag für die Mark Brandenburg
1950	15. Oktober	Provinziallandtag für die Mark Brandenburg
1954	17. Oktober	Bezirkstag
1958	16. November	Bezirkstag
1963	20. Oktober	Bezirkstag
1967	2. Juli	Bezirkstag
1971	14. November	Bezirkstag
1976	17. Oktober	Bezirkstag
1981	14. Juni	Bezirkstag
1986	8. Juni	Bezirkstag

2.3. Volkskongreß, Volkskammer

1949	15./16. Mai	Deutscher Volkskongreß
1950	15. Oktober	Volkskammer
1954	17. Oktober	Volkskammer
1958	16. November	Volkskammer
1963	20. Oktober	Volkskammer
1967	2. Juli	Volkskammer
1971	14. November	Volkskammer
1976	17. Oktober	Volkskammer
1981	14. Juni	Volkskammer
1986	8. Juni	Volkskammer
1990	18. März	Volkskammer

2.4. Volksbefragung

1948	23. Mai bis 13. Juni	Volksbegehren zur Erhaltung der Einheit Deutschlands
1951	3.-5. Juni	Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland
1954	27.-29. Juni	Volksbefragung für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre
1968	6. April	Volksentscheid zur neuen sozialistischen Verfassung der DDR

3. Wahlen und Volksbefragungen 1990 bis 1998

3.1. Stadtverordnetenversammlung

1990	6. Mai	Stadtverordnete
1993	5. Dezember	Stadtverordnete
1998	27. September	Stadtverordnete

3.2. Landtag

1990	14. Oktober	Landtag
1994	11. September	Landtag

3.3. Bundestag, Europaparlament

1990	2. Dezember	Bundestag
1994	12. Juni	Europaparlament
1994	16. Oktober	Bundestag
1998	27. September	Bundestag

3.4. Volksbefragung

1992	14. Juni	Abstimmung zur Verfassung des Landes Brandenburg
1993	4.8. - 9.12.	Volksbegehren zur Veränderung des Kreisneugliederungsgesetzes

1994	4.1. - 3.5.	Volksbegehren für Kreisstadt Finsterwalde
1996	5. Mai	Volksabstimmung Länderfusion Berlin-Brandenburg
1996	15.4. - 14.8.	Volksbegehren gegen den Havelausbau
1997	20.10.1997 - 19.02.1998	Volksbegehren - „Nein zum Transrapid Berlin - Hamburg“
1998	9.2. - 8.3.	Bürgerbegehren zur Initiierung eines Bürgerentscheides zur Abberufung des Oberbürgermeisters der Stadt Potsdam
1998	17. Mai	Bürgerentscheid zur vorzeitigen Abberufung des Oberbürgermeisters

Anlage 2 Tabellen mit detaillierten Ergebnissen der Wahlen bzw. Volksbefragungen

1. Wahlen und Volksbefragungen vor 1946

1.1. Stadtverordnetenversammlung

Tab. 1: Stadtverordnetenwahlen 1919 bis 1933 - Übersicht

Wahltag	Wahl- ort ¹	Bevölkerung		Wahl- berech- tigte	Wahlbeteiligung			Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen für											
		Anzahl	Jahr		Anzahl	%	gültige Stim- men	DNVP ²	Zen- trum- partei	DVP ³	DDP ⁴	SPD ⁵	USPD ⁶	KPD ⁷	NSDAP ⁸	W.- partei ⁹	DSP ¹⁰	An- dere Part.	
02.03.19	P	58 397	1919	17 392	11156	62,8	25 858	16 511				5 488	3 859						
23.02.19	N	25 562	1919			64,0	11 138	3 695				3 155	4 288						
	Zus.	83 959	1919				36 996	20 206				8 643	8 147						
16.03.24	P	67 390	1925	39 685	30224	76,2	30 066	11 969	988	2462	1 363	3 393	435	2 290	-	4 000	1 756	1 410	
04.05.24	N	29 148	1925																
	Zus.	96 538	1925																
22.02.25	N	29 148	1925				11 876	5 196				830	4 667	-	1 183				
11.03.28	P	67 390	1925	46 139	33144	71,8	33 011	11 351	893	2 253	1 173	9 891	-	1 590	481	3 537	289	1 553	
17.11.29	P	67 390	1925	524 97	33750	64,3	33 545	10 943	968	2 892	978	9 560	-	1 253	2 556	4 001	-	394	
	N	29 148	1925			71,8	13 055	1 815	364	.	606	5 298	-	2 490	.	2 542	-	-	
	Zus.	96 538	1925				46 600	12 758	1 272	2 892	1 584	14 858	-	3 743	2 556	6 543	-	394	
12.03.33	P	73 676	1933	51 231	40726	79,5	40 561	12 043	1 096	732	444	7 287	-	1 716	16 851	-	-	392	
	N	29 229	1933			81,9	17 098	2 057	613	.	.	4 989	-	2 992	5 785	-	-	662	
	Zus.	102 905	1933				57 659	14100	1 709	732	444	12 276	-	4 708	22 636	-	-	1 054	

¹ Wahlort: P = Potsdam, N = Nowawes

² Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), 1933 unter dem Namen „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“

³ Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

⁴ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁵ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁷ Kommunistische Partei Deutschlands

⁸ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegg.-1924 f. d. „Vereinigten Listen d. Deutsch-Völkischen Freiheitspartei und der NSDAP (4.Mai) bzw. NS- Freiheitsbewegung“ (7. Dez.)

⁹ Wirtschaftspartei (1929 Reichspartei) des deutschen Mittelstandes

¹⁰ Deutsch Soziale Partei

Tab. 2: Stadtverordnetenwahlen 1919 bis 1933 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Wahltag	Wahlort ¹	Anzahl der gültigen Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf										
			DNVP ²	Zentrums- partei	DVP ³	DDP ⁴	SPD ⁵	USPD ⁶	KPD ⁷	NSDAP ⁸	W.- partei ⁹	DSP ¹⁰	Sons- tige Part.
02.03.19	P	25 858	63,9				21,2	14,9					
23.02.19	N	11 138	39,2				28,3	38,5					
	Zus	36 996	54,6				23,4	22,0					
16.03.24	P	30 066	39,8	3,3	8,2	4,5	11,3	1,4	7,6	-	13,3	5,8	4,7
04.05.24	N ¹¹	.	38,9	13,9			33,3		13,9				
22.02.25	N	11 876	43,8			7,0	39,3		10,0				
11.03.28	P	33 011	35,4	2,7	6,8	3,6	30,0	-	4,8	1,5	10,7	0,9	4,7
17.11.29	P	33 545	32,6	2,9	8,6	2,9	28,5	-	3,7	7,6	11,9	-	1,2
	N	13 055	13,9	2,3	.	4,6	40,6	-	19,1	.	19,5	-	-
	Zus.	46 600	27,4	2,7	6,2	3,4	31,9	-	8,0	5,5	14,0	-	0,8
12.03.33	P	40 561	29,7	2,7	1,8	1,1	18,0	-	4,2	41,5	-	-	1,0
	N	17 098	12,0	3,6	.	.	29,2	-	17,5	33,8	-	-	3,9
	Zus.	57 659	24,5	3,0	1,3	0,8	21,3	-	8,2	39,3	-	-	1,8

¹ Wahlort: P = Potsdam, N = Nowawes

² Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), 1933 unter dem Namen „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“

³ Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

⁴ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁵ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁷ Kommunistische Partei Deutschlands

⁸ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegung - 1924 für die „Vereinigten Listen der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei und der NSDAP (4.Mai) bzw. NS-Freiheitsbewegung“ (7. Dezember)

⁹ Wirtschaftspartei (1929 Reichspartei) des deutschen Mittelstandes

¹⁰ Deutsch Soziale Partei

¹¹ Anteile errechnet nach der Anzahl der Sitze

Tab. 3: Stadtverordnetenwahlen 1919 bis 1933 - Anzahl der Sitze der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam und in der Gemeindevertretung Nowawes

Wahltag	Wahlort ¹	Anzahl der Sitze insgesamt	davon entfielen auf										
			DNVP ²	Zentrums- partei	DVP ³	DDP ⁴	SPD ⁵	USPD ⁶	KPD ⁷	NSDAP ⁸	W.- partei ⁹	DSP ¹⁰	Sons- tige Part.
02.03.19	P	60	17	2	8	12	12	9					
23.02.19	N	36	6			6	10	14					
	Zus	96	33			18	22	23					
16.03.24	P	43	19	1	3	2	6		3	2	6	2	
04.05.24	N	36	14	5			12		5				
	Zus.	79	33	11			17		8	2	6	2	
22.02.25	N	32	14			2	13		3				
11.03.28	P	43	16	1	3	1	14		2		5		1
17.11.29	P	43	15	1	4	1	13		1	3	3	2	
	N	32	4	1		1	14		6		6		
	Zus.	75	19	2	4	2	27		7	3	9	2	
12.03.33	P	43	14	1			8		1	19			
	N	32	4	1			10		5	11	1		
	Zus.	75	18	2			18		6	30	1		

¹ Wahlort: P = Potsdam, N = Nowawes

² Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), 1933 unter dem Namen „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“

³ Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

⁴ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁵ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁷ Kommunistische Partei Deutschlands

⁸ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegung - 1924 für die „Vereinigten Listen der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei und der NSDAP (4.Mai) bzw. NS-Freiheitsbewegung“ (7. Dezember)

⁹ Wirtschaftspartei (1929 Reichspartei) des deutschen Mittelstandes

¹⁰ Deutsch Soziale Partei

1.2. Provinziallandtag

Tab. 4: Wahlen zum Provinziallandtag Brandenburg 1925, 1929 und 1933 - Wahlort Potsdam

Wahltag	Wohnbevölkerung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung			Abgegebene gültige Stimmen für...									
			Anzahl	%	gültige Stimmen	DNVP 1	DVP 2	Zentrums- partei	DDP 3	SPD 4	USPD 5	KPD 6	NSDAP 7	W.- partei 8	Sonst. Part. 9
					Anzahl										
29.11.1925	67 390	40 908	23 156	56,6	23 038	10 668	1 818	644	959	5 846	-	1 003	93	895	1 112
17.11.1929	67 390		34 440		34 086	10 933	4 160	1 705	-	10 010	-	1 266	2 743	2 830	439
12.03.1933	73 676		41 597		12 334	-	1 185	-	7 545	-	1 767	17 728	-	1 038	
					Prozent										
29.11.1925					100	46,3	7,9	2,8	4,2	25,4	-	4,4	0,4	3,9	4,8
17.11.1929					100	32,1	12,2	5,9	-	29,4	-	3,7	8,0	8,3	1,3
12.03.1933					100	29,7	-	2,8	-	18,1	-	4,2	42,6	-	2,5

¹ Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), ab 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

² Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

³ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁴ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁵ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Kommunistische Partei Deutschlands

⁷ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegung (1924 Deutsch völkische Freiheitspartei)

⁸ Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes

⁹ darunter 1925 - 475 Deutschvölkische Freiheitspartei (Bürgerliche Vereinigung)

299 Deutsch-Soziale Partei

179 Sparerbund (Aufwertung)

1929 - 168 Bürgerliche Vereinigung (Nationalliberaler Provinzialverband der Mark Brandenburg)

145 Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)

1933 - 493 Christlich-nationaler Block

277 Block der Mitte

126 Brandenburgische Heimatliste

1.3. Preußischer Landtag

Tab. 5: Wahlen zum Preußischen Landtag 1867 bis 1913 ¹ - Wahlort Potsdam

Wahl- art A/E 2	Wahl-		Stimmberechtigte Wahlmänner			Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf												
	tag	jahr				Konservative ³			Freikonservative ⁴				Linksliberale ⁵			Nationalliberale ⁶		
			An- zahl	Beteiligung		An- zahl	%	ge- wählt	An- zahl	%	ge- wählt	An- zahl	%	ge- wählt	An- zahl	%	ge- wählt	
				Anz.	%													
A	17.11.	1867	143	143	100	129	90,2	Keller				14	9,8					
A	16.11.	1870	145	134	92,4	68	50,7	Palm										
E	04.02.	1871	145	123	84,8	101	82,1	Engelcken										
A	04.11.	1873	147	141	95,9	58	41,1								83	58,9	Wulfs	
A	27.10.	1876	136	130	95,6	33	25,4					97	74,6	Wulfshein				
A	17.10.	1879	171	168	98,2	80	47,6					85	50,6	Wulfshein				
E	31.05.	1880	173	163	94,2	74	45,4					89	54,6	Büchtemann				
A	26.10.	1882	184	181	98,4	121	66,9	Rauchhaupt				60	33,1					
A	05.11.	1885	191	184	96,3	169	91,8	Rauchhaupt				15	8,2					
A	06.11.	1888	193	184	95,3	148	80,4	Kelch				21	11,4		15	8,2		
E	23.09.	1890	186	141	75,8				141	100	Kelch							
A	07.11.	1893	203	182	89,7				182	100	Kelch							
E	26.06.	1894	196	170	86,7	13	7,6		157	92,4	Kelch							
A	03.11.	1898	210	191	91,0				191	100	Kelch							
E	19.02.	1901	214	184	86,0				184	100	Eckert							
A	20.11.	1903	218	207	95,0				207	100	Eckert							
A	16.06.	1908	217	205	94,5				203	99,0	Eckert	2	1,0					
A	03.06.	1913	208	202	97,1				103	51,0	Eckert				99	49,0		

¹ Der Stadtkreis Potsdam bildete von 1860 bis 1918 den Wahlbezirk Potsdam 5. Er hatte einen Abgeordneten. Wahlort war Potsdam. (Ges. v. 27.6. 1860, GS, S. 357)

² A - Allgemeine Wahl nach Urabstimmung, E - Ersatzwahl

³ Konservative - ab 1876 Deutschkonservative, ab 1918 Deutschnationale Volksp. (DNVP), ab 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

⁴ Freikonservative - Deutsche Reichspartei

⁵ Linksliberale - 1893 bis 1910 Freisinnige Volkspartei

⁶ Nationalliberale - ab 1918 Deutsche Volkspartei (DVP)

Gewählte: Alexander Graf von Keller (Potsdam), Generalintendant der Königlichen Gärten, Potsdam - Wilhelm Palm (Potsdam), Landrat a.D. und Stadtrat, Potsdam - Allbert (von) Engelcken (Potsdam), Polizeipräsident (Potsdam) - Emanuel Gustav Wulfshein, Vortragender Rat, Berlin (1873); Vortragender Rat a.D., Berlin (1876-1879) - Walter Büchtemann, Eisenbahndirektor a.D., Berlin - Dr. jur. Egon Kelch, Landesrat, Breslau (1888-1890); Regierungsrat im Reichsamt des Inneren, Berlin (1893-1894); Vortragender Rat im Reichsamt des Inneren, Charlottenburg (1898) - Otto Eckert, Fabrikbesitzer, Potsdam - Wilhelm von Rauchhaupt, Landrat und Rittergutsbesitzer, Storkwitz/Krs. Delitzsch

Tab. 6: Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 bis 1933 - Übersicht

Wahltag	Wahlort ¹	Wohnbevölkerung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung			Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen für									
				Anzahl	%	gültige Stimmen	DNVP ²	DVP ³	Zentrums- partei	DDP ⁴	SPD ⁵	USPD ⁶	KPD ⁷	NSDAP ⁸	W.- partei ⁹	Sonst. Part. ¹⁰
20.2. 1921	P	58 397	39 754	35 351	88,9	35 199	11 624	8 933	950	2 321	4 576	4 875	1 476	-	444	-
	N	25 670	16 986	13 099	77,1	12 799	1 622	1 491	195	864	2 753	3 747	977	-	1 150	-
	B	2 435	1 497	1 198	80,0	1 192	444	125	2	42	109	388	82	-	-	-
	Zus.	86 502	58 237	49 648	85,3	49 190	13 690	10 549	1 147	3 227	7 438	9 010	2 535	-	1 594	-
7.12. 1924	P	6 4093	42 816	38 043	88,9	37 500	17 196	3 505	1 146	2 347	8 857	(160)	1 436	1 014	688	1 311
	N	26 957	17 511	14 390	82,2	14 129	3 586	759	284	867	5 353	-	1 665	258	1 065	292
	B															
	Zus.															
20.5. 1928	P	65 794	49 455	37 365	75,6	36 858	14 336	3 570	1 086	1 905	1 1591	-	1 317	546	1 285	1 222
	N	26 980	19 870	15 937	80,2	15 605	1 898	810	260	979	6 998	-	2 263	131	1 733	533
	B	2 628	1 844	1 236	67,0	1 198	392	60	6	48	475	-	80	18	59	60
	Zus.	95 402	71 169	54 538	76,6	53 661	16 626	4 440	1 352	2 932	1 9064	-	3 660	695	3 077	1 815
24.4 1932	P	73 676	53 028	45 116	85,1	44 938	8 328	1098	1 348	1 062	1 1459	-	2 208	17 977	345	1 113
	N	29 229														
	B	2 855														
	Zus.	105 760														
5.3. 1933	P	73 676	53 107	48 776	91,8	48 205	11 622	771	1 444	465	8 259	-	3 256	20 973	81	1 334
	N	29 229														
	B	2 855														
	Zus.	105 760														

¹ Wahlort: P = Potsdam, N = Nowawes, B = Bornim

² Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), ab 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

³ Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

⁴ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁵ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁷ Kommunistische Partei Deutschlands

⁸ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegung - (1924 Deutsch völkische Freiheitspartei)

⁹ Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes

¹⁰ Darunter

1932-418 Christlich-sozialer Volksdienst (evangel. Bewegung), 247 Haus- und Landwirtepartei, 111 Deutsches Landvolk, 88 Interessengemeinschaft der Kleingärtner und Inflationsgeschädigten

1933-975 mit Hindenburg für ein nationales Preußen (Vereinigte vaterländische Verbände und Vereine), 357 Christlich-sozialer Volksdienst (evangel. Bewegung)

Tab. 7: Wahlen zum Preußischen Landtag 1921 bis 1933 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Wahltag	Wahlort ¹	Anzahl der gültigen Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf									
			DNVP ²	DVP ³	Zentrums- partei	DDP ⁴	SPD ⁵	USPD ⁶	KPD ⁷	NSDAP ⁸	W.- partei ⁹	Sonst. Part. ¹⁰
20.2.1921	P	35 199	33,0	25,4	2,7	6,6	13,0	13,8	4,2	-	1,3	-
	N	12 799	12,7	11,6	1,5	6,8	21,5	29,3	7,6	-	9,0	-
	B	1 192	37,2	10,5	0,2	3,5	9,1	32,6	6,9	-	-	-
	Zus.	49 190	27,8	21,4	2,3	6,6	15,1	18,3	5,2	-	3,2	-
7.12.1924	P	37 500	45,9	9,3	3,1	6,3	23,6	(0,4)	3,8	2,7	1,8	3,5
	N	14 129	25,4	5,4	2,0	6,1	37,9	-	11,8	1,8	7,5	2,1
	B											
	Zus.											
20.5.1928	P	36 858	38,9	9,7	2,9	5,2	31,4	-	3,6	1,5	3,5	3,3
	N	15 605	12,2	5,2	1,7	6,3	44,8	-	14,5	0,8	11,1	3,4
	B	1 198	32,7	5,0	0,5	4,0	39,6	-	6,7	1,5	4,9	5,0
	Zus.	53 661	31,0	8,3	2,3	5,5	35,5	-	6,8	1,3	5,7	3,4
24.4.1932	P	44 938	18,5	2,4	3,0	2,4	25,5	-	4,9	40,0	0,8	2,5
	N											
	B											
	Zus.											
5.3.1933	P	48 205	24,1	1,6	3,0	1,0	17,1	-	6,8	43,5	0,2	2,7
	N											
	B											
	Zus.											

¹ Wahlort: P = Potsdam, N = Nowawes, B = Bornim

² Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), ab 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

³ Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

⁴ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁵ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁷ Kommunistische Partei Deutschlands

⁸ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegung - (1924 Deutsch völkische Freiheitspartei)

⁹ Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes

¹⁰ Darunter

1932-418 Christlich-sozialer Volksdienst (evangel. Bewegung), 247 Haus- und Landwirtepartei, 111 Deutsches Landvolk, 88 Interessengemeinschaft der Kleingärtner und Inflationsgeschädigten

1933-975 mit Hindenburg für ein nationales Preußen (Vereinigte vaterländische Verbände und Vereine), 357 Christlich-sozialer Volksdienst (evangel. Bewegung)

Tab. 8: Vorschläge aus der Stadt Potsdam und der Gemeinde Nowawes für den Preußischen Landtag 1921 bis 1933

Wahltag	Partei	Abgeordnetenvorschlag		Stelle ¹	Bemerkung
		Name	Tätigkeit/Funktion		
20.2. 1921	DVP	Wilhelm Becker	Beamten-Gewerkschaftssekret.	2/ 6.	Nowawes Bornstedt Drewitz gewählt
	USPD	Paul Neumann	Kaufmann	3/ 5.	
	DNVP	Otto Bernstiel	Gärtnereibesitzer	4/ 9.	
		Paul Rübe	Landwirt	3/12.	
		von Kries	Landrat z. D.	5/ 4.	
	Wirtschaftspartei	Karl Bauer	techn. Beamter	4/11.	
		Oskar Roth	Privatbeamter	3/10.	
	Vereinigte KPD	Albert Heese	Schlosser	4/12.	
	DDP	Frl. Helene Krohn	Stadtrat	4/ 5.	
	Zentrumspartei	Carl Fischer		4/ 5.	
7.12. 1924	DDP	Fr. Elisabeth Brönnner	Schriftstellerin	3/ 3.	Nowawes gewählt gewählt
		Frl. Dr. Charlotte Haase	Privatangestellte	4/ 8.	
	DNVP	Dr. Freiin von Watter	Ärztin	4/ 7.	
		Wilhelm v. Dommès	Generalmajor a. D.	4/13.	
		von Kries	Landrat z. D.	5/ 5.	
	Zentrumspartei	Carl Fischer	Reg.-Obersekretär	4/ 6.	
	DVP	Walther Stahr	Fabrikbesitzer	4/12.	
	Nationalsozialische Freiheitsbewegung	Wilhelm Becker	Reg.-Obersekretär	4/ 5.	
		Walter Klaunig	Kaufmann	4/ 6.	
	DSP	Emil Hans	Obersteuersekretär	4/ 3.	
		Heinrich Döttger	Architekt	4/ 9.	
20.5. 1928	DNVP	Dr. Freiin von Watter	Ärztin	4/ 4.	gewählt
	DVP	Frau Martha Schulz	Vorsitzende des Hausfrauenvereins		
			Potsdam	4/ 9.	
	KPD	Adolf Hausmann	Schneider	4/ 6.	
	Wirtschaftspartei	Paul Schulz	Tischlerobermeister		
	Alte SDP	Gustav Winnig	Oberpräsident z. D.	4/ 1.	
		Fritz Laube	Reg.-Obersekretär	4/ 2.	
		Walter Klaunig	Kaufmann	4/ 3.	
		Franz Thomas	Bankbeamter	4/ 4.	
		Wilhelm Wehling	Schwimmeister	4/ 5.	
	Allg. Volkspartei ²	Paul Grünert	Kaufmann	4/ 3.	
	SPD	Bruno la Grange	Lehrer	5/13.	Nowawes
24.4. 1932	keine Angaben				
5.3. 1933	DNVP	Dr. Freiin von Watter	Ärztin	4/ 3.	gewählt

¹ Wahlkreis-Nr./ Stelle auf dem Vorschlag der entsprechenden Partei

² Volksblock der Inflationsgeschädigten

1.4. Reichstag, Nationalversammlung, Reichspräsident

Tab. 9 : Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Übersicht

Wahltag	Ortsanw. Bevölke- rung / Art der Wahl ¹	Wahl- berech- tigte	Abgegebene Stimmen				Abgegebene gültige Stimmen für...						
			Anzahl	%	davon		Konser- vative Partei ²	Fort- schritts- partei ³	National- liberale	Sozialde- mokrat. Partei	Zen- trum ⁴	Reform- partei ⁵	Sonstige Parteien
					un- gültig	gültig							
03.03.1871	.	21 676	9 378	43,3	59	9 319	3 950	5 335	-	-	-	-	34
10.01.1874	105 349	21 603	7 654	35,4	38	7 616	2 428	73	4 673	393	-	-	49
10.01.1877	128 153	24 019	9 902	41,2	49	9 853	3 582	5 038	-	1 076	139	-	18
30.06.1878	128 153	25 752	16 761	65,1	48	16 713	5 340	9 819	1 317	- ⁶	191	-	46
27.10.1881	136 834	26 699	17 857	66,9	45	17 812	6 648	11 081	-	- ⁶	60	-	23
28.10.1884	136 834	28 083	18 361	65,4	94	18 267	8 241	9 679	-	250 ⁶	77	-	20
21.02.1887	143 757	29 227	23 247	79,5	114	23 133	12 176	9 504	-	1 422 ⁶	-	-	31
20.02.1890	143 757	33 172	24 159	72,8	88	24 071	10 227	8 748	-	4 977	104	-	15
15.06.1893	167 071	38 590	28 724	74,4	65	28 659	7 659	6 326	1 249	10 140	303	2 969	13
	eng. Wahl	38 590	27 702	71,8	238	27 464	14 893	-	-	12 571	-	-	-
16.06.1898	185 740	39 972	30 494	76,3	89	30 405	13 293	5 032	-	11 618	411	-	51
	eng. Wahl	39 972	31 269	79,6	338	30 931	16 871	-	-	14 060	-	-	-
16.06.1903	197 852	43 697	35 216	80,6	86	35 130	13 746	5 239	-	15 711	360	-	74
	eng. Wahl	43 697	36 970	84,6	275	36 695	18 600	-	-	18 095	-	-	-
25.01.1907	208 891	45 541	40 923	89,9	101	40 822	13 566	8 193	-	17 158	709	-	1 196
12.01.1912	221 893	50 856	45 528	89,5	149	45 379	12 038	11 063	-	21 505	712	-	61
	eng. Wahl	50 856	46 349	91,1	1 681	44 668	20 369	-	-	24 299	-	-	-

¹ eng. Wahl - engere Wahl

² Ab 1912 Deutsche Reichspartei (freikonservativ)

³ Ab 1893 Freisinnige Volkspartei

⁴ Zentrum (klerikal und ultramonta)

⁵ Antisemiten

⁶ Wirkung des Ausnahmegesetzes nach mehrmaliger Verlängerung im Zeitraum vom 21.10.1878 bis 30.9.1890 (Sozialistengesetz - „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“)

Tab. 10: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach Wahlgängen

Wahltag	Art der Wahl	Abgegebene gültige Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf...						
			Konservative Partei	Fortschritts- partei	National- liberale	Sozialdemo- kratische Partei	Zentrum	Reform- partei	Sonstige Parteien
03.03.1871	ein Wahlgang	9 319	42,4	57,2	-	-	-	-	0,4
10.01.1874	ein Wahlgang	7 616	31,9	1,0	61,4	5,2	-	-	0,6
10.01.1877	ein Wahlgang	9 853	36,4	51,1	-	10,9	1,4	-	0,2
30.06.1878	ein Wahlgang	16 713	32,0	58,8	7,9	¹ -	1,1	-	0,3
27.10.1881	ein Wahlgang	17 812	37,3	62,2	-	¹ -	0,3	-	0,1
28.10.1884	ein Wahlgang	18 267	45,1	53,0	-	¹ 1,4	0,4	-	0,1
21.02.1887	ein Wahlgang	23 133	52,6	41,1	-	¹ 6,1	-	-	0,1
20.02.1890	ein Wahlgang	24 071	42,5	36,3	-	20,7	0,4	-	0,1
15.06.1893	1. Wahlgang	28 659	26,7	22,1	4,4	35,4	1,1	10,4	0,0
16.06.1898	1. Wahlgang	30 405	43,7	16,5	-	38,2	1,4	-	0,2
16.06.1903	1. Wahlgang	35 130	39,1	14,9	-	44,7	1,0	-	0,2
25.01.1907	ein Wahlgang	40 822	33,2	20,1	-	42,0	1,7	-	2,9
12.01.1912	1. Wahlgang	45 379	26,5	24,4	-	47,4	1,6	-	0,1
1893	2. Wahlgang	27 464	54,2	-	-	45,8	-	-	-
1898	2. Wahlgang	30 931	54,5	-	-	45,5	-	-	-
1903	2. Wahlgang	36 695	50,7	-	-	49,3	-	-	-
1912	2. Wahlgang	44 668	45,6	-	-	54,4	-	-	-

¹ Wirkung des Ausnahmegesetzes nach mehrmaliger Verlängerung im Zeitraum vom 21.10.1878 bis 30.9.1890 (Sozialistengesetz - „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“)

Tab. 11: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 7 (Potsdam - Osthavelland - Spandau) - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach zeitlichem Ablauf

Wahltag	Art der Wahl	Abgegebene gültige Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf...						
			Konservative Partei	Fortschritts- partei	National- liberale	Sozialdemo- kratische Partei	Zentrum	Reform- partei	Sonstige Parteien
03.03.1871	ein Wahlgang	9 319	42,4	57,2	-	-	-	-	0,4
10.01.1874	ein Wahlgang	7 616	31,9	1,0	61,4	5,2	-	-	0,6
10.01.1877	ein Wahlgang	9 853	36,4	51,1	-	10,9	1,4	-	0,2
30.06.1878	ein Wahlgang	16 713	32,0	58,8	7,9	¹ -	1,1	-	0,3
27.10.1881	ein Wahlgang	17 812	37,3	62,2	-	¹ -	0,3	-	0,1
28.10.1884	ein Wahlgang	18 267	45,1	53,0	-	¹ 1,4	0,4	-	0,1
21.02.1887	ein Wahlgang	23 133	52,6	41,1	-	¹ 6,1	-	-	0,1
20.02.1890	ein Wahlgang	24 071	42,5	36,3	-	20,7	0,4	-	0,1
15.06.1893	1. Wahlgang	28 659	26,7	22,1	4,4	35,4	1,1	10,4	0,0
	2. Wahlgang	27 464	54,2	-	-	45,8	-	-	-
16.06.1898	1. Wahlgang	30 405	43,7	16,5	-	38,2	1,4	-	0,2
	2. Wahlgang	30 931	54,5	-	-	45,5	-	-	-
16.06.1903	1. Wahlgang	35 130	39,1	14,9	-	44,7	1,0	-	0,2
	2. Wahlgang	36 695	50,7	-	-	49,3	-	-	-
25.01.1907	ein Wahlgang	40 822	33,2	20,1	-	42,0	1,7	-	2,9
12.01.1912	1. Wahlgang	45 379	26,5	24,4	-	47,4	1,6	-	0,1
	2. Wahlgang	44 668	45,6	-	-	54,4	-	-	-

¹ Wirkung des Ausnahmegesetzes nach mehrmaliger Verlängerung im Zeitraum vom 21.10.1878 bis 30.9.1890 (Sozialistengesetz - „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“)

Tab. 12: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes) - Übersicht

Wahltag	Ortsanw. Bevölke- rung / Art der Wahl ¹	Wahl- berech- tigte	Abgegebene Stimmen				Abgegebene gültige Stimmen für...						
			Anzahl	%	davon		Konser- vative Partei ²	Fort- schritts- partei ³	National- liberale	Sozialde- mokrat. Partei	Zen- trum ⁴	Re- form- p. ⁵	Sonstige Par- teien
					un- gültig	gültig							
03.03.1871	149 488	26 491	10 526	39,7	43	10 483	7 551	-	2 892	-	-	-	40
10.01.1874	149 488	33 806	11 075	32,8	73	11 002	4 525	-	4 842	1 453	-	-	182
10.01.1877	189 468	40 261	16 207	40,3	76	16 131	4 704	3 835	4 901	2 608	29	-	54
	eng. Wahl	40 261	14 474	36,0	57	14 417	-	5 939	8 478	-	-	-	-
30.06.1878	189 468	41 903	24 522	58,5	179	24 343	9 891	6 606	2 550	4 763	111	-	422
	eng. Wahl	41 903	23 391	55,8	63	23 328	10 870	12 458	-	-	-	-	-
27.10.1881	211 998	45 046	27 924	62,0	144	27 780	14 287	12 032	-	1 265 ⁶	30	-	166
28.10.1884	211 998	47 662	30 540	64,1	140	30 400	15 916	9 830	-	4 543 ⁶	83	-	28
21.02.1887	249 091	54 107	42 140	77,9	142	41 998	24 930	8 365	-	8 668 ⁶	-	-	35
20.02.1890	249 091	65 943	49 959	75,8	115	49 844	22 087	7 437	-	19 169	225	84	842
	eng. Wahl	65 943	51 995	78,8	211	51 784	28 945	-	-	22 839	-	-	-
15.06.1893	342 234	87 911	66 590	75,7	157	66 433	18 487	8 253	-	31 424	416	7 786	67
	eng. Wahl	87 911	66 742	75,9	425	66 317	29 987	-	-	36 330	-	-	-
16.06.1898	505 395	134 993	86 465	64,2	266	86 199	28 441	11 392	-	42 699	1 232	2 080	355
	eng. Wahl	134 993	98 939	73,3	611	98 328	46 361	-	-	51 967	-	-	-
16.06.1903	689 444	183 076	133 495	72,9	591	132 904	36 703	11 711	7 623	73 854	2 013	-	1 000
25.01.1907	959 289	248 160	200 449	80,8	854	199 595	52 490	39 066	-	104 104	2 866	-	1 069
12.01.1912	1 315 001	339 256	280 292	82,6	1 243	279 049	29 238	70 089	-	163 765	3 928	-	12 029

¹ eng. Wahl - engere Wahl

² Ab 1912 Deutsche Reichspartei (freikonservativ)

³ Ab 1893 Freisinnige Volkspartei

⁴ Zentrum (klerikal und ultramonta)

⁵ Antisemiten

⁶ Wirkung des Ausnahmegesetzes nach mehrmaliger Verlängerung im Zeitraum vom 21.10.1878 bis 30.9.1890 (Sozialistengesetz - „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“)

Tab. 13: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach Wahlgängen

Wahltag	Art der Wahl	Abgegebene gültige Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf...						
			Konservative Partei	Fortschritts- partei	National- liberale	Sozialdemo- kratische Partei	Zentrum	Reform- partei	Sonstige Parteien
03.03.1871	ein Wahlgang	10 483	72,0	-	27,9	-	-	-	0,0
10.01.1874	ein Wahlgang	11 002	41,1	-	44,0	13,2	-	-	1,7
10.01.1877	1. Wahlgang	16 131	29,2	28,8	30,4	16,2	0,0	-	0,0
30.06.1878	1. Wahlgang	24 343	40,6	27,1	10,5	19,6	0,6	-	1,7
27.10.1881	ein Wahlgang	27 780	51,4	43,3	-	4,6 ¹	0,1	-	0,6
28.10.1884	ein Wahlgang	30 400	52,4	32,3	-	14,9 ¹	0,3	-	0,1
21.02.1887	ein Wahlgang	41 998	59,4	19,9	-	20,6 ¹	-	-	0,1
20.02.1890	1. Wahlgang	49 844	44,3	14,9	-	38,6	0,5	0,2	1,7
15.06.1893	1. Wahlgang	66 433	27,8	12,4	-	47,3	0,6	11,7	0,1
16.06.1898	1. Wahlgang	86 199	33,0	13,2	-	49,5	1,4	2,4	0,4
16.06.1903	ein Wahlgang	132 904	27,6	8,8	5,7	55,6	1,5	-	0,8
25.01.1907	ein Wahlgang	199 595	26,3	19,6	-	52,2	1,4	-	0,5
12.01.1912	ein Wahlgang	279 049	10,5	25,1	-	58,7	1,4	-	4,3
1877	2. Wahlgang	14 417	-	41,2	58,8	-	-	-	-
1878	2. Wahlgang	23 328	46,6	53,4	-	-	-	-	-
1890	2. Wahlgang	51 784	55,9	-	-	44,1	-	-	-
1893	2. Wahlgang	66 317	45,2	-	-	54,8	-	-	-
1898	2. Wahlgang	98 328	47,1	-	-	52,9	-	-	-

¹ Wirkung des Ausnahmegesetzes nach mehrmaliger Verlängerung im Zeitraum vom 21.10.1878 bis 30.9.1890
(Sozialistengesetz - „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“)

Tab. 14: Reichstagswahlen 1871 bis 1912 - Wahlkreis 10 (Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg, einschl. Nowawes)
- Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen nach zeitlichem Ablauf

Wahltag	Art der Wahl	Abgegebene gültigr Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf...						
			Konservative Partei	Fortschritts- partei	National- liberale	Sozialdemo- kratische Partei	Zentrum	Reform- partei	Sonstige Parteien
03.03.1871	ein Wahlgang	10 483	72,0	-	27,9	-	-	-	0,0
10.01.1874	ein Wahlgang	11 002	41,1	-	44,0	13,2	-	-	1,7
30.07.1875	ein Wahlgang								
10.01.1877	1. Wahlgang	16 131	29,2	28,8	30,4	16,2	0,0	-	0,0
	2. Wahlgang	14 417	-	41,2	58,8	-	-	-	-
30.06.1878	1. Wahlgang	24 343	40,6	27,1	10,5	19,6	0,6	-	1,7
	2. Wahlgang	23 328	46,6	53,4	-	-	-	-	-
27.10.1881	ein Wahlgang	27 780	51,4	43,3	-	4,6 ¹	0,1	-	0,6
28.10.1884	ein Wahlgang	30 400	52,4	32,3	-	14,9 ¹	0,3	-	0,1
21.02.1887	ein Wahlgang	41 998	59,4	19,9	-	20,6 ¹	-	-	0,1
20.02.1890	1. Wahlgang	49 844	44,3	14,9	-	38,6	0,5	0,2	1,7
	2. Wahlgang	51 784	55,9	-		44,1	-	-	-
15.06.1893	1. Wahlgang	66 433	27,8	12,4	-	47,3	0,6	11,7	0,1
	2. Wahlgang	66 317	45,2	-	-	54,8	-	-	-
16.06.1898	1. Wahlgang	86 199	33,0	13,2	-	49,5	1,4	2,4	0,4
	2. Wahlgang	98 328	47,1	-	-	52,9	-	-	-
16.06.1903	ein Wahlgang	132 904	27,6	8,8	5,7	55,6	1,5	-	0,8
25.01.1907	ein Wahlgang	199 595	26,3	19,6	-	52,2	1,4	-	0,5
12.01.1912	ein Wahlgang	279 049	10,5	25,1	-	58,7	1,4	-	4,3

¹ Wirkung des Ausnahmegesetzes nach mehrmaliger Verlängerung im Zeitraum vom 21.10.1878 bis 30.9.1890
(Sozialistengesetz - „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“)

Tab. 15: Reichstagswahlen ab 1890

Jahr	Hauptwahl oder Stichwahl	Wahl- ort	Anzahl der Wahlbe- rechtigten	Abgegebene gültige Stimmen					
				insgesamt		darunter für...			
				Anzahl	%	SPD		Konservative Partei	
						Anzahl	%	Anzahl	%
1890 ¹	Hauptwahl	Potsdam Nowawes insgesamt	1 739	1 396	80,3	695	49,8	414	29,7
	Stichwahl	Potsdam Nowawes insgesamt	1 739	1 463	84,1	943	64,5	520	35,5
1893 ²	Hauptwahl	Potsdam Nowawes insgesamt	2 106	1 747	74,4 83,0	1 093	35,4 62,6	349	45,8 20,0
	Stichwahl	Potsdam Nowawes insgesamt	2 106	1 784	84,7	1 314	45,8 73,7	470	54,2 26,3
1898	Hauptwahl	Potsdam	10 085	7 713	76,5	2 315	30,0	3 645	47,3
		Nowawes	2 267	1 708	75,3	1 124	65,8	323	18,9
		insgesamt	12 352	9 421	76,3	4 439	47,1	3 968	42,1
	Stichwahl	Potsdam Nowawes insgesamt	10 085 2 267 12 352	8 036 1 910 9 946	79,7 84,3 80,5	3 539 1 334 4 873	44,0 69,8 49,0	4 497 576 5 073	56,0 30,2 51,0
1903	Hauptwahl	Potsdam	10 926	8 745	80,0	3 151	36,0	3 867	44,2
		Nowawes	2 656	2 133	80,3	1 498	70,2	415	19,5
		insgesamt	13 582	10 878	80,1	4 654	42,8	4 282	39,4
1907	Stichwahl	Potsdam	10 926	9 135	83,6	4 118	45,1	5 020	54,9
	Hauptwahl	Potsdam	11 614	10 662	91,8	3 518	33,0	4 481	42,0
		Nowawes	2 668	2 304	86,4	1 616	70,1	390	16,9
		insgesamt	14 282	12 966	90,8	5 127	39,5	4 871	37,6
1912	Stichwahl	Potsdam	11 614	10 452	90,0	3 961	37,9	6 491	62,1
	Hauptwahl ³	Potsdam	12 213	11 108	90,9	4 231	38,1	3 673	33,1
		Nowawes	5 886	5 103	86,7	3 516	68,9	365	7,2
		insgesamt	18 099	16 252	89,8	7 747	47,8	4 038	24,9
1912	Stichwahl	Potsdam	12 213	11 200	92,3	5 025	44,9	5 781	51,6

¹ Für die Zeit der Wirkung des Sozialistengesetzes (1878 bis 1890) konnten wegen mangelnder Unterlagen für die Stadt Potsdam keine genauen Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Kandidaten ermittelt werden

² 1893 - Wahlkreis Potsdam/Osthavelland/Spandau - die Stichwahl gewann Hr. Schall

³ Einschl. Neuendorf, ab 1907 in Nowawes eingemeindet

Tab. 16: Reichstagswahlen 1903, 1907 und 1912

Wahltag	Wahlort	Bevölkerung		Wahl- berech- tigte	Wahlbeteiligung			Abgegebene gültige Stimmen für...				
		Anzahl	am		Anzahl	%	gültige Stimmen	Konserva- tive Partei	Freisinnige Volkspartei	Zentrum	Sozialde- mokraten	Andere Parteien
16.06. 1903	Potsdam	55 796	10.12.	10 926	7 765	80,2	8 745	3 867	1 631	88	3 151	8
	Nowawes	10 974	1900	2 656	2 133	80,3	2 133	415	170	9	1 498	41
	insgesamt	70 770		13 582	10 898	80,2	10 878	4 282	1 801	97	4 649	49
25.01. 1907	Potsdam	61 414	01.12.	11 614	10 689	92,0	10 662	4 481	2 237	169	3 518	257
	Nowawes	12 147	1905	2 668	2 309	86,5	2 304	390	276	15	1 616	7
	insgesamt	73 561		14 282	12 998	91,0	12 966	4 871	2 513	184	5 134	264
12.01. 1912	Potsdam	62 243	01.12.	12 213	11 149	91,3	11 108	3 673	3 034	154	4 231	16
	Nowawes	28 835	1910	5 886	5 115	86,9	5 103	365	870	55	3 516	297
	insgesamt	91 078		18 099	16 264	89,9	16 211	4 038	3 904	209	7 747	313
							%					
16.06. 1903	Potsdam						100	44,2	18,7	1,0	36,0	0,0
	Nowawes						100	19,5	8,0	0,4	70,2	1,9
	insgesamt						100	39,4	16,6	0,9	42,8	0,4
25.01. 1907	Potsdam						100	42,0	21,0	1,6	33,0	2,3
	Nowawes						100	16,9	12,0	0,7	70,1	0,3
	insgesamt						100	37,6	19,4	1,4	39,5	2,1
12.01. 1912	Potsdam						100	33,1	27,3	1,4	38,1	0,1
	Nowawes						100	7,2	17,0	1,1	68,9	5,8
	insgesamt						100	24,9	24,1	1,3	47,8	1,9

Tab. 17: Wahl zur Nationalversammlung am 19.1.1919

Wahlkreis Stadt	Abgegebene gültige Stimmen	darunter entfielen auf							
		DNVP Deutsch- nationale Volkspartei	DVP Deutsche Volkspartei	Christliche Volkspartei	DDP Deutsche demokrati- sche Partei	SPD Sozialdemo- kratische Partei	USPD Unabhängige sozialdemo- kratische P.	Zentrums- partei	Sonstige Parteien
		Anzahl							
7 Potsdam-Osthavelland	135 547	20 020	8 267	5 086	26 980	48 504	26 690	-	-
dar. Stadt Potsdam	34 821	9 478	4 785	-	7 401	7 820	3 921	1 416	-
10 Teltow-Beeskow- Storkow-Charlottenburg	889 454	117 712	95 647	33 359	186 424	318 273	138 008	-	31
dar. Stadt Nowawes	13 510	1 259	597	-	2 159	4 111	5 133	251	-
		Anteil in %							
7 Potsdam-Osthavelland	100	14,8	6,1	3,8	19,9	35,8	19,7	-	-
dar. Stadt Potsdam	100	27,2	13,7	-	21,3	22,5	11,3	4,1	-
10 Teltow-Beeskow- Storkow-Charlottenburg	100	13,2	10,8	3,8	21,0	35,8	15,5	-	0,0
dar. Stadt Nowawes	100	9,3	4,4	-	16,0	30,4	38,0	1,9	-

Wahlvorschläge aus der Stadt Potsdam:

DNVP - Averdank, Rechtsanwalt, lfd. Nr.8 auf der Wählerliste der Partei - nicht gewählt,

DDP - Fischer, Regierungssekretär, lfd. Nr.7 auf der Wählerliste der Partei - nicht gewählt,

SPD - Kennes, Justizrat, lfd. Nr.6 auf der Wählerliste der Partei - nicht gewählt,

USPD - Staab, Schuhmacher, lfd. Nr.2 auf der Wählerliste der Partei - nicht gewählt.

Tab. 18: Reichstagswahlen 1920 bis 1933 - Übersicht

Wahl-tag	Wahl-ort ¹	Bevölkerung		Wahl-berech-tigte	Wahlbeteiligung			Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen für										
		Anzahl	am		Anzahl	%	gültige Stim-men	DNVP ²	DVP ³	Zen-trums-partei	DDP ⁴	SPD ⁵	USPD ⁶	KPD ⁷	NSDAP ⁸	W.-partei ⁹	DSP ¹⁰	Sons-tige Part.
6.6. 1920	P	58 397	8.10.	38 592	34 005	88,1	33 881	8 710	9 003	949	2 558	4 427	7 872	242	-	-	-	120
	N	25 582	1919	16 975	13 841	81,5	13 776	1 712	1 854	206	1 457	2 205	6 094	230	-	-	-	18
	B	2 287		1 513	1 195	79,0	1 191	364	109	1	57	114	546	-	-	-	-	-
	Zus.	86 266		57 080	49 041	85,9	48 848	10 786	10 966	1 156	4 072	6 746	14 512	472	-	-	-	138
4.5. 1924	P	59 469	8.10.	41 319	34 390	83,2	34 209	16 218	2 729	1 000	1 861	4 602	(416)	2 144	2 290	354	1846	1 165
	N	25 582	1919	18 158	13 363	73,6	13 140	4 257	848	220	564	3 606	-	1 765	495	600	301	484
	B	2 435		1 610	1 267	78,7	1 241	607	82	4	87	152	-	157	36	16	53	47
	Zus.	87 486		61 087	49 020	80,2	48 590	21 082	3 659	1 224	2 512	8 360	-	4 066	2 821	970	2200	1 696
7.12. 1924	P	59 469	8.10.	42 880	38 039	88,7	37 690	17 179	3 527	1 181	2 375	8 938	(147)	1 439	1 011	669	-	1 371
	N	25 582	1919	17 513	14 389	82,2	14 188	3 617	757	290	849	5 378	-	1 653	263	1 051	-	330
	B	2 435		1 626	1 292	79,5	1 271	548	90	11	63	374	-	76	22	49	-	38
	Zus.	87 486		62 019	53 720	86,6	53 149	21 344	4 374	1 482	3 287	14 690	-	3 168	1 296	1 769	-	1 739
20.5. 1928	P	65 672	16.6.	49 379	37 358	75,7	37 041	14 413	3 615	1 098	1 907	11 631	(63)	1 310	553	1 280	(63)	1 234
	N	26 920	1925	19 776	15 819	80,0	15 610	1 888	825	256	971	7 003	-	2 255	128	1 752	-	532
	B	2 628		1 841	1 233	67,0	1 198	393	63	4	49	473	-	82	17	60	-	57
	Zus.	95 280		70 996	54 410	76,6	53 849	16 694	4 503	1 358	2 927	19 107	-	3 647	698	3 092	-	1 823
14.9. 1930	P	66 776	16.6.	51 779	45 430	87,7	45 202	11 500	2 734	1 209	1 796	11 780	-	2 867	9 610	1 700	-	2 006
	N	27 176	1925	21 170	18 288	86,4	18 158	1 714	568	360	650	6 632	-	3 654	2 057	1 866	-	657
	B	2 637		1 932	1 542	79,8	1 522	144	28	9	45	505	-	184	351	107	-	149
	Zus.	96 589		74 881	65 260	87,2	64 882	13 358	3 330	1 578	2 491	18 917	-	6 705	12 018	3 673	-	2 812
31.7. 1932	P	67 390	16.6.	50 904	44 452	87,3	44 249	8 382	864	1 550	509	10 848	-	3 234	18 292	167	-	403
	N		1925			88,0	18 100	1 404	182	553	241	5 805	-	4 432	5 290	193	-	-
	B																	
	Zus.																	
6.11. 1932	P	67 390	16.6.	53 362	45 906	86,0	45 665	13 264	1 268	1 357	484	9 920	-	3 826	14 693	126	-	727
	N		1925			85,3	17 949	2 088	306	477	207	5 431	-	4 850	4 321	269	-	-
	B																	
	Zus.																	
5.3. 1933	P	67 390	16.6.	53 233	48 925	91,9	48 514	12 079	776	1 461	458	8 727	-	3 332	21 322	-	-	359
	N	27 176	1925	22 078	20 159	91,3	20 023	2132	230	587	218	5 569	-	4 425	6 674	-	-	188
	B	2 637		1 952	1 711	87,7	1 696	162	10	14	10	353	-	272	858	-	-	17
	Zus.	97 203		77 263	70 795	91,6	70 233	14373	1 016	2 062	686	14 649	-	8 029	28 854	-	-	564

¹⁻¹⁰ Erläuterung der Fußnoten vor Tabelle 20

Tab. 19: Reichstagswahlen 1920 bis 1933 - Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen

Wahltag	Wahl- ort ¹	Anzahl der gültigen Stimmen	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf										
			DNVP 2	DVP 3	Zen- trums- partei	DDP 4	SPD 5	USPD 6	KPD 7	NSDAP 8	W.- partei 9	DSP 10	Sons- tige Part. 11
6.6. 1920	P	33 881	25,7	26,6	2,8	7,5	13,1	23,2	0,7	-	-	-	0,4
	N	13 776	12,4	13,5	1,5	10,6	16,0	44,2	1,7	-	-	-	0,1
	B	1 191	30,6	9,2	0,1	4,8	9,6	45,8	-	-	-	-	-
	Zus.	48 848	22,1	22,4	2,4	8,3	13,8	29,7	1,0	-	-	-	0,3
4.5. 1924	P	34 209	47,4	8,0	2,9	5,4	13,5	(1,2)	6,3	6,7	1,0	5,4	3,4
	N	13 140	32,4	6,5	1,7	4,3	27,4	-	13,4	3,8	4,6	2,3	3,7
	B	1 241	48,9	6,6	0,3	7,0	12,2	-	12,7	2,9	1,3	4,3	3,8
	Zus.	48 590	43,4	7,5	2,5	5,2	17,2	-	8,4	5,8	2,0	4,5	3,5
7.12. 1924	P	37 690	45,6	9,4	3,1	6,3	23,7	(0,4)	3,8	2,7	1,8	-	3,6
	N	14 188	23,0	5,8	2,2	6,5	40,6	-	12,0	2,0	8,0	-	-
	B	1 271	43,1	7,1	0,9	5,0	29,4	-	6,0	1,7	3,9	-	3,0
	Zus.	53 149	40,2	8,2	2,8	6,2	27,6	-	6,0	2,4	3,3	-	3,3
20.5. 1928	P	37 041	38,9	9,8	3,0	5,1	31,4	-	3,5	1,5	3,5	-	3,3
	N	15 610	12,1	5,3	1,6	6,2	44,9	-	14,4	0,8	11,2	-	3,4
	B	1 198	32,8	5,2	0,3	4,1	39,5	-	6,8	1,4	5,0	-	4,8
	Zus.	53 849	31,0	8,4	2,5	5,4	35,5	-	6,8	1,3	5,7	-	3,4
14.9. 1930	P	45 202	25,4	6,0	2,7	4,0	26,1	-	6,3	21,3	3,8	-	4,4
	N	18 158	9,4	3,1	2,0	3,6	36,5	-	20,1	11,3	10,3	-	3,6
	B	1 522	9,5	1,8	0,6	3,0	33,2	-	12,1	23,1	7,0	-	9,8
	Zus.	64 882	20,6	5,1	2,4	3,8	29,2	-	10,3	18,5	5,7	-	4,3
31.7. 1932	P	44 249	18,9	2,0	3,5	1,2	24,5	-	7,3	41,3	0,4	-	0,9
	N	18 100	7,8	1,0	3,1	1,3	32,1	-	24,5	29,2	1,1	-	-
	B												
	Zus.												
6.11. 1932	P	45 665	29,0	2,8	3,0	1,1	21,7	-	8,4	32,2	0,3	-	1,6
	N	17 949	11,6	1,7	2,7	1,2	30,3	-	27,0	24,1	1,5	-	-
	B												
	Zus.												
5.3. 1933	P	48 514	24,9	1,6	3,0	0,9	18,0	-	6,9	44,0	-	-	0,7
	N	20 023	10,6	1,1	2,9	1,1	27,8	-	22,1	33,3	-	-	0,9
	B	1 696	9,6	0,6	0,8	0,6	20,8	-	16,0	50,6	-	-	1,0
	Zus.	70 233	20,5	1,4	2,9	1,0	20,9	-	11,4	41,1	-	-	0,8

¹⁻¹⁰ Erläuterung der Fußnoten vor Tabelle 20

Erläuterung der Fußnoten zu den Tabellen 18 und 19:

¹ Wahlort: P = Potsdam, N = Nowawes, B = Bornim

² Deutschnationale Volkspartei (Nov. 1918 gegründet, ehemalige Konservative Partei), 1933 unter dem Namen „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“

³ Deutsche Volkspartei (15.11.1918 aus der Mehrheit der Nationalliberalen Partei konstituiert)

⁴ Deutsche Demokratische Partei (1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt)

⁵ Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁶ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

⁷ Kommunistische Partei Deutschlands

⁸ Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei - Hitlerbewegung - 1924 für die „Vereinigten Listen der Deutsch Völkischen

Freiheitspartei und der NSDAP (4.Mai) bzw. NS-Freiheitsbewegung“ (7. Dezember)

⁹ Wirtschaftspartei (1929 Reichspartei) des deutschen Mittelstandes

¹⁰ Deutsch Soziale Partei

Tab. 20: Reichstagswahlen 1933, 1936 und 1938

Wahl- tag	Wahlort	Wohn- bevölke- rung	Stimm- berech- tigte	Abgegebene Stimmen					
				insgesamt		davon			
						gültige Stimmen ¹		ungültige	Nein-
				Anzahl	%	Anzahl	%	Stimmen	
12.11. 1933	Potsdam	73 676	54 746	52 934	96,7	48 869	92,3	4 065	
	Nowawes	29 229	22 483	21 641	96,3	19 294	89,2	2 347	
	Bornim	2 855	1 971	1 931	98,0	1 818	94,1	113	
	Neubabelsberg ²	2 004	1 536	1 404	91,4	1 342	95,6	62	
	insgesamt	107 764	80 736	77 910	96,5	71 323	91,5	6 587	
29.03. 1936	Potsdam	79 263	56 816	56 504	99,5	55 645	98,5	861	
	Nowawes								
	Neubabelsberg ²								
	insgesamt								
10.04. 1938	Potsdam	79 263	57 264	57 196	99,9	55 902	97,7	359	935
	Babelsberg ³	31 233	25 167	25 104	99,7	24 630	98,1	105	369
	insgesamt	110 496	82 431	82 300	99,8	80 532	97,9	464	1 304

¹ Gültige Stimmen für den Kreiswahlvorschlag der NSDAP

² Klein Glienicke 1925 umbenannt in Neubabelsberg, Neubabelsberg 1938 in Nowawes eingemeindet

³ Nowawes 1938 in Babelsberg umbenannt (bis 1928 gab es einen Gutsbezirk Babelsberg)

Tab. 21: Wahlvorschläge aus den Städten Potsdam und Nowawes für den Reichstag 1903 bis 1930 bzw. für die Nationalversammlung 1919

Wahl- tag	Partei	Abgeordnetenvorschlag		Stel- le ¹	Bemerkung
		Name	Tätigkeit/Funktion		
16.06. 1903	Sozialdemokraten Deutsch-konserv.	Dr. Karl Liebknecht Pauli	Rechtsanwalt (Berlin) Tischlermeister	. .	gewählt gewählt
19.01. 1919	DNVP DVP DDP USPD	Dr. Paul Averdank Fischer Kennes Wilhelm Staab	Rechtsanwalt Regierungssekretär Justizrat Schuhmacher	8. 7. 6. 2.	
06.06. 1920	SPD Zentrum DVP DVP DVP USPD KPD	Tilemann, Hermann Ottilie Haase Walter Stohr Walther Schneider Dr. Paul Averdank Wilhelm Staab Karl Forst	Redakteur . Fabrikant Professor Rechtsanwalt Stadtrat Dreher	11. 10. 11. 14. 13. 4. 6.	gewählt Nowawes
20.05. 1928	SPD DNVP Zentrum KPD DDP Wirtschaftspartei Völk. nationaler Bl. Allgemeine Volkspartei Alte Sozialdemokr. Partei	Wilhelm Staab Paul Schönstedt Freiherr v. Gagern Hermann Elflein Alexander Vogel Carl Berlin Dr. Carl Ewald Carl Rhinow Alex Wiggert Richard Lange August Winnig Willi Prestin Hans Petznick Fritz Wendt	Schuhmacher Arbeitervvertreter Regierungsrat a. D. Lithograph Bundesgeschäftsführ. Obstzüchter Volkswirt Gastwirt Handlungsgehilfe Photograph Oberpräsident z. D. Reg.-Obersekretär Expedient Kaufmann	5. 7. 5. 5. 3. 10. 11. 15. 4. 4. 1. 2. 3. 4.	gewählt
14.09. 1930	SPD DVP Deutsche Staatspartei Wirtschaftspartei NSDAP Konservative Volkspartei Reichsbund des d. - Mittelstandes	Hans Kohl Alexander Andrea Christian Buck Wilhelm Kothe Hermann Kolrep Gustav Protte Oscar Feier Karl-Otto v.Kameke Fritz Winkelmann Dr. jur. Franz Beyer Friedrich Böhme Dr. Friedrich Kayser Karl Laiblin Albert Rediske David Schwartzkopff Gustav Pankoke Paul Mihlan	Gewerkschaftssekret. Polizeimajor Steuerinspektor Polizeiobersekretär Oberregierungs- und Schulrat Bahnhofswirt Ministerialamtmann Ministerialdirektor ivR. Kaufmannsgehilfe Polizeimajor Arbeiter Kaufmann Direktor Jugendsekretär Pastor i. R. Arbeitersekretär Schneider	8. 3. 12. 6. 16. 7. 13. 1. 4. 5. 7. 11. 6. 10. 13. 19. 3.	Nowawes Neubabelsberg Nowawes

¹ Stelle auf dem Vorschlag der entsprechenden Partei

Tab. 22: Wahlvorschläge aus den Städten Potsdam und Nowawes für den Reichstag 1932 bis 1938

Wahl- tag	Partei	Abgeordnetenvorschlag		Stel- le ¹	Bemerkung
		Name	Tätigkeit/Funktion		
31.7. 1932	NSDAP	Willi Ruckdeschel	Masch. Ing.	2.	gewählt Nowawes
	DVP	Alexander Andrae	Polizeimajor	1.	
	Christlich-sozialer Volksdienst	Karl Laiblin	Kaufm. Direktor	1.	
6.11. 1932	NSDAP	Graf von Reventlow	Schriftsteller	9.	gewählt Nowawes
		Willi Ruckdeschel	Masch. Ing.	2.	gewählt Nowawes
	DVP	Alexander Andrae	Polizeimajor	1.	
	Christlich-sozialer Volksdienst	Karl Laiblin	Kaufm. Direktor	1.	
	Erwerbslosenfront ²	Emanuel Nowotni	Kaufmann	1.	
5.3. 1933	NSDAP	Graf von Reventlow	Schriftsteller	9.	gewählt Nowawes
		August Wilhelm, Prinz von Preußen		4.	gewählt
		Willi Ruckdeschel	Masch. Ing.	6.	gewählt Nowawes
12.11. 1933	Wahlvorschlag der NSDAP	Wolf Heinrich, Graf von Helldorf	Polizeipräsident		Mandat
		August Wilhelm, Prinz von Preußen			Mandat
		Willi Ruckdeschel	Masch. Ing.		Mandat Nowawes
		Dr. Georg Usadel	Regierungsrat		Mandat
		Siegfried Pollack	Schriftsteller		Mandat
		Hans Friedrichs	Generalmajor a.D.		kein Mandat Nowawes
29.3. 1936	Liste des „Führers“	Dr. jur. Wolfgang Kroneck	Gauamtleiter, Landgerichtsrat		Neubabelsbg.
		Willi Ruckdeschel	SA-Standartenführer, Stadt-Ingenieur		Nowawes
		Dr. Walter Rupp	Praktischer Arzt		Neubabelsbg.
		Dr. Georg Usadel	Ministerialrat		
		Magnus Werner	Studienrat, Prof. a.D.		
10.4. 1938	Liste des „Führers“	August Wilhelm, Prinz von Preußen	SA-Gruppenführer und Preußischer Stadtrat		Mandat
		Graf von Reventlow	Schriftsteller		Mandat
		Willi Ruckdeschel	SA-Standartenführer, Stadt-Ingenieur		Mandat
					Bornim

¹ Stelle auf dem Vorschlag der entsprechenden Partei

² Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser, Kleinhändler und Gewerbe

Tab. 23: Reichspräsidentenwahl 1925 und 1932 - Wahlorte Potsdam und Nowawes

Wahltag	Wahl- gang/ Wahl- ort ¹	Wahlbe- rechtigte	Abgegebene Stimmen			Abgegebene gültige Stimmen für...									
			insgesamt	davon		Braun (SPD)	Hellpach	Jarres	Luden- dorff	Marx (Zentrum)	Thäl- mann	Hinden- burg	Hitler	Duester- berg	Winter
				ungültig	gültig										
29.03.25	1./P	43 092	36 058	135	35 923	9 217	2 453	21 697	308	1 181	999	-	-	-	-
	1./N	17 801	13 267	54	13 213	5 887	737	5 140	66	361	1 001	-	-	-	-
28.04.25	2./P	44 065	37 596	177	37 419	-	-	-	-	12 635	900	23 884	-	-	-
	2./N	17 894	14 905	76	14 829	-	-	-	-	7 739	1 007	6 080	-	-	-
13.03.32	1./P	52 294	47 697	201	47 496	-	-	-	-	-	2 512	20 833	15 671	8 399	68
	1./N														
10.04.32	2./P	52 887	44 649	314	44 335	-	-	-	-	-	1 733	21 926	20 671	-	-
	2./N														
		%													
29.03.25	1./P	100	87,7		100	25,8	6,8	60,4	0,9	3,3	2,8	-	-	-	-
	1./N	100	74,5		100	44,6	5,6	38,9	0,5	2,7	7,6	-	-	-	-
28.04.25	2./P	100	85,3		100	-	-	-	-	33,8	2,4	63,8	-	-	-
	2./N	100	83,7		100	-	-	-	-	52,2	6,8	41,0	-	-	-
13.03.32	1./P	100	91,1		100	-	-	-	-	-	5,3	43,9	33,0	17,7	0,1
	1./N														
10.04.32	2./P	100	84,4		100	-	-	-	-	-	3,9	49,5	46,6	-	-
	2./N														

¹ P - Wahlort Potsdam, N - Wahlort Nowawes

1.5. Volksbegehren, Volksentscheid, Volksabstimmung

Tab. 24: Volksbegehren, Volksentscheid und Volksabstimmung 1929 bis 1934

Wahl- tag	Wahlort	Wohn- bevöl- kerung	Stimm- berech- tigte	Abgegebene Stimmen					
				insgesamt		davon			
				Anzahl	%	Ja - Stimmen		Nein - Stimmen	ungült.
						Anzahl	%		
04.- 26.03. 1926 ¹	Potsdam Wahlkreis I Wahlkreis II				51,1 52,8		92,2 92,6		
16.-29. 10.29 ²	Potsdam	keine Angaben							
22.12. 1929 ³	Potsdam Nowawes Bornim insgesamt	65 672	52 457	14 524	27,7	13 576	93,5	731	217
08.-21. 04. 1931 ⁴	Potsdam Nowawes Bornim insgesamt			⁹ ¹⁰	22,5 17,7				
09.08. 1931 ⁵	Potsdam Nowawes Bornim insgesamt	65 672	51 420	26 764	52,0	24 867	92,9	1 170	727
12.11. 1933 ⁶	Potsdam Nowawes Bornim Neubabelsberg insgesamt	73 676 29 229 2 855 2 004 107 764	54 746 22 483 1 971 1 536 80 736	53 059 21 704 1 933 1 462 78 158	97,0 96,5 98,1 95,2 96,8	50 479 19 912 1 846 1 411 73 648	95,1 91,7 95,5 96,5 94,2	1 788 1 243 60 31 3 122	792 549 27 20 1 388
19.08. 1934 ⁷	Potsdam Nowawes Bornim Neubabelsberg insgesamt	73 676 29 229 2 855 2 004 107 764	55 306 21 939 2 071 1 829 81 145	53 234 21 256 1 992 1 762 78 244	96,3 96,9 96,2 96,3 96,4	47 031 18 071 1 825 1 520 68 447	88,3 85,0 91,6 86,3 87,5	1 036 2 612 130 190 3 968	5 167 573 37 52 5 829
10.04. 1938 ⁸	Potsdam Babelsberg insgesamt	79 263 31 233 110 496	57 264 25 167 82 431	57 196 25 104 82 300	99,9 99,7 99,8	55 902 24 630 80 532	97,7 98,1 97,9	935 369 1 304	359 105 464

¹ Volksbegehren für einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten - Wahlkreis I einschl. Stadt Potsdam, Wahlkreis II einschl. Nowawes

² Volksbegehren zum „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“

³ Volksentscheid zum „Gesetzentwurf gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“, weil der Gesetzentwurf vom Reichstag abgelehnt wurde

⁴ Volksbegehren zur Landtagsauflösung

⁵ Volksentscheid zur Landtagsauflösung

⁶ Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

⁷ Volksabstimmung über die Vereinigung des Präsidentenamtes mit dem des Reichskanzlers

⁸ Volksabstimmung zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich

⁹ Stimmkreis Potsdam I, Anteil der gültigen Eintragungen in die Listen

¹⁰ Stimmkreis Potsdam II, Anteil der gültigen Eintragungen in die Listen

2. Wahlen und Volksbefragungen von 1946 bis 1989 bzw. 1990

2.1. Stadtverordnetenversammlung

Tab. 25: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Stadtverordnetenversammlung 1946 bis 1989

Merkmal		Tag der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung									
		15.09. 1946 ¹	10.10. 1950	23.06. 1957 ²	17.09. 1961	10.10. 1965	22.03. 1970	19.05. 1974	20.05. 1979	06.05. 1984	07.05. 1989
Wahlberechtigte	Anzahl	79 266	93 672	88 560	85 175	83 262	82 918	85 485	95 066	103 280	108 319
Abgegebene Stimmen	Anzahl	74 942	89 656	83 869	83 172	81 643	80 252	82 817	91 885	102 888	107 474
Wahlbeteiligung	%	94,54	95,71	94,70	97,65	98,06	96,78	96,88	96,65	99,62	99,22
Ungültige Stimmen	Anzahl	1 854	40	193	50	51	54	20	48	46	860
	%	2,47	0,04	0,23	0,06	0,06	0,07	0,02	0,05	0,04	0,80
Gültige Stimmen	Anzahl	73 088	89 616	83 676	83 122	81 592	80 198	82 797	91 837	102 842	106 614
	%	97,53	99,96	99,77	99,94	99,94	99,93	99,98	99,95	99,96	99,20
Für den Wahlvorschlag der Nationalen Front	Anzahl	-	89 554	83 995	83 097	81 412	79 890	82 629	91 423	102 638	105 015
	%	³	99,93	99,62	99,97	99,78	99,62	99,80	99,55	99,80	98,50
Gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front	Anzahl	-	62	319	25	180	308	168	414	204	1 599
	%	-	0,07	0,38	0,03	0,22	0,38	0,20	0,45	0,20	1,50
Gewählte Abgeordnete	Anzahl	60	60	120	120	120	130	162	225	225	225
Gewählte Nachfolge- Kandidaten	Anzahl	.	.	25	25	25	25	33	68	68	75

¹ Wahlberechtigte und abgegebene Stimmen sind vorläufige Angaben

² Von 1951 bis 1956 gab es keine Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung

³ Von d. gültigen Stimmen entfielen auf die SED 30 872 Stimmen (42,24%), 25 Sitze,

die CDU 24 037 Stimmen (32,89%), 20 Sitze,
die LDP 16 706 Stimmen (22,86%), 14 Sitze,
den Frauenaussch. 1 473 Stimmen (2,02%), 1 Sitz.

2.2. Provinziallandtag, Bezirkstag

Tab. 26: Wahlergebnisse der Wahlkreise 1 und 2, Potsdam-Stadt zum Provinziallandtag für die Mark Brandenburg bzw. zum Bezirkstag Potsdam 1946 bis 1986

Merkmal		Tag der Wahl zum Provinziallandtag 1946 und 1950 bzw. zum Bezirkstag 1954 bis 1986									
		20.10. 1946	15.10. 1950 ²	17.10. 1954	16.11. 1958	20.10. 1963	02.07. 1967	14.11. 1971	17.10. 1976	14.06. 1981	08.06. 1986
Wahlberechtigte	Anzahl	79 287	.	83 994	85 396	84 495	73 840	92 641	144 609	163 794	221 104
Abgegebene Stimmen	Anzahl	73 327	.	82 330	84 312	83 590	72 317	90 656	141 746	163 060	220 940
Wahlbeteiligung	%	92,25	96,64	98,12	98,73	98,93	97,94	97,86	98,02	99,55	99,93
Ungültige Stimmen	Anzahl	1 849	.	582	162	65	36	76	51	175	29
	%	2,52	0,05	0,71	0,19	0,08	0,05	0,08	0,04	0,11	0,01
Gültige Stimmen	Anzahl	71 478	.	81 748	84 150	83 525	72 281	90 580	141 695	162 885	220 911
	%	97,48	99,95	99,29	99,81	99,92	99,95	99,92	99,96	99,89	99,99
Für den Wahlvorschlag der Nationalen Front	Anzahl	-	.	81 602	84 057	83 459	72 169	90 313	141 289	162 216	220 785
	%	1	99,92	99,82	99,89	99,92	99,85	99,71	99,71	99,59	99,94
Gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front	Anzahl	-	.	146	93	66	112	267	406	669	126
	%	-	0,08	0,18	0,11	0,08	0,15	0,29	0,29	0,41	0,06
Gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Potsdam	Anzahl	.	26	.	.	.	22	20	21	24	26
Gewählte Nachfolgekandidaten Wahlkreis Potsdam	Anzahl	.	.	.	,	.	7	6	8	9	.
Abgeordnete Land/Bezirk zus. Anz.		100	100	200	200	200	200	200	200	215	225
Nachfolgek. Land/Bezirk zus. Anz.		.	.	71	72	.	70	70	70	75	.

¹ Von den gültigen Stimmen entfielen auf

die CDU 28 232 Stimmen (39,5%),
die LDP 14 311 Stimmen (20,0%),
die SED 28 014 Stimmen (39,2%),
die VdGB 917 Stimmen (1,3%).

² Ergebnisse des Landes Brandenburg

2.3. Volkskongreß, Volkskammer

Tab. 27: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum 3. Deutschen Volkskongreß 1949 und zur Volkskammer der DDR 1950 bis 1990

Merkmal		Tag der Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß 1949 bzw. zur Volkskammer 1950 bis 1990										
		15./16.5. 1949	15.10. 1950 ¹	17.10. 1954	16.11. 1958 ²	20.10. 1963 ³	02.07. 1967 ³	14.11. 1971 ³	17.10. 1976 ³	14.06. 1981 ³	08.06. 1986 ³	18.03. 1990
Wahlberechtigte	Anzahl	86 713	89 579	83 995	481 013	160 994	195 355	181 740	217 354	195 314	225 316	106 892
Abgegebene Stimmen	Anzahl	81 712	89 360	82 363	476 655	159 639	192 923	178 471	212 846	194 103	225 036	99 423
Wahlbeteiligung	%	94,2	99,76	98,06	99,09	99,16	98,76	98,20	97,93	99,38	99,88	93,01
Ungültige Stimmen	Anzahl	6 527	159	.	245	96	83	97	73	217	26	384
	%	7,99	0,18	.	0,05	0,06	0,04	0,05	0,03	0,03	0,01	0,39
Gültige Stimmen	Anzahl	75 185	89 201	81 768	476 410	159 543	192 842	178 374	212 773	193 886	225 008	99 039
	%	92,01	99,82	99,28	99,95	99,94	99,96	99,95	99,97	99,97	99,99	99,61
Für den Wahlvorschlag der Nationalen Front	Anzahl	40 233	87 496	81 173	476 124	159 447	192 610	177 895	212 167	193 154	224 933	⁴
	%	53,51	98,09	99,27	99,94	99,94	99,88	99,73	99,72	99,62	99,97	-
Gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front	Anzahl	34 952	1 705	595 ⁵	286	96	232	479	606	732	75	-
	%	46,49	1,91	0,72	0,06	0,06	0,12	0,27	0,28	0,38	0,03	-
Gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Potsdam	Anzahl	.	.	.	.	.	6	6	6	7	7	}
Gewählte Nachfolge-kandidaten												}
Wahlkreis Potsdam	Anzahl	.	.	.	.	.	3	3	3	3	3	} 16

¹ über 18 Jahre

² Bezirk Potsdam, nur Wahlkreis 4 (ohne Neuruppin)

³ Wahlkreis 10 - Potsdam-Stadt und Potsdam-Land zusammen

⁴ Von den gültigen Stimmen entfielen auf
das Bündnis 90 7 134 Stimmen (7,20%),
die CDU 18 467 Stimmen (18,65%),
die DSU 2 320 Stimmen (2,34%),
die FDP 3 794 Stimmen (3,83%),
die Grünen 2 971 Stimmen (3,00%),

⁵ Einschl. ungültige Stimmen

die PDS 27 385 Stimmen (27,65%),
die SPD 34 522 Stimmen (34,86%),
die DA 741 Stimmen (0,75%),
die DBD 597 Stimmen (0,60%),
die NDP 357 Stimmen (0,37%).

2.4. Volksbegehren, Volksentscheid, Volksbefragung

Tab. 28: Volksbegehren, Volksentscheid, Volksbefragung 1948 bis 1968

Art der Volksbefragung Datum	Wahl-- berechtigte	Wahlbeteiligung		Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen		JA- Stimmen		NEIN- Stimmen	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stadt Potsdam Volksbegehren ¹											
23.5./13.06.1948									²		
16 bis 18 Jahre	.	.	.	.	.	.	.	.	72,8	.	.
über 18 Jahre	.	.	.	.	.	.	.	.	90,3	.	.
Stadt Potsdam Volksbefragung ³											
03./05.06. 1951	92 906	92 678	99,75	162	0,17	92 516	99,83	90 705	98,04	1 811	1,96
dav. 16 bis 18 J.	3 327	3 318	99,73	3	0,09	3 315	99,91	3 269	98,61	46	1,39
über 18 J.	89 579	89 360	99,76	159	0,18	89 201	99,82	87 436	98,02	1 765	1,98
Bezirk Potsdam Volksbefragung ⁴											
27./29.06. 1954	890 511	880 276	98,85	20 590	2,34	859 686	97,66	817 294	95,07	42 392	4,93
dav. 16 bis 18 J.	43 615	42 851	98,25	407	0,95	42 444	99,05	41 602	98,02	842	1,98
über 18 J.	840 896	837 425	98,88	20 183	2,41	817 242	97,59	775 692	94,92	41 550	5,08
Stadt Potsdam Volksentscheid ⁵											
06.04. 1968	87 666	85 107	97,08	6	0,01	85 101	99,99	80 402	94,48	4 699	5,52

¹ Der 2. Volkskongreß organisierte das Volksbegehren für die Erhaltung der Einheit Deutschlands

² Einzeichnungsergebnis in den Listen (Anteil an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe)

³ Volksbegehren gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland

⁴ Volksbefragung für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen (JA-Stimmen) oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre (NEIN Stimmen)

⁵ Volksentscheid zur neuen sozialistischen Verfassung

3. Wahlen und Volksbefragungen 1990 bis 1998

3.1. Wahlbeteiligung

Tab. 29: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung in der Stadt Potsdam ab 1990

Merkmal		Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung		Gültige Stimmen		Ungültige Stimmen		Abgegebene
		Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Stimmen-Anzahl
Stadtverordnetenversammlung (bei StVV ung. Stimmzettel)									
06.05.1990	Wahl der StVV	106 981	79 595	74,40	77 792	97,73	1 803	2,27	232 151
05.12.1993	Wahl des OB	106 113	66 650	62,81	64 867	97,32	1 783	2,68	190 715
	Wahl der StVV	106 113	66 717	62,87	65 621	98,36	1 096	1,64	65 621
19.12.1993	Stichwahl des OB	106 048	66 821	63,01	66 093	98,91	728	1,09	66 093
27.09.1998	Wahl des OB	103 044	82 344	79,91	81 729	99,25	615	0,75	81 729
	Wahl der StVV	103 044	82 348	79,92	80 594	97,87	1 754	2,13	231 671
Landtag									
14.10.1990	Erststimmen	106 536	75 479	71,79	74 958	98,01	1 521	1,99	74 958
	Zweitstimmen	106 536	75 479	71,79	75 236	98,37	1 243	1,63	75 236
11.09.1994	Erststimmen	105 397	69 284	65,74	68 521	98,90	763	1,10	68 521
	Zweitstimmen	105 397	69 284	65,74	68 704	99,16	580	0,84	68 704
Volkskammer									
18.03.1990		106 892	99 423	93,01	99 039	99,61	384	0,39	99 039
Bundestag									
02.12.1990	Erststimmen	106 384	80 621	75,78	79 571	98,70	1 050	1,30	79 571
	Zweitstimmen	106 384	80 621	75,78	79 794	98,98	827	1,02	79 794
16.10.1994	Erststimmen	105 395	81 893	77,70	81 146	99,09	747	0,91	81 146
	Zweitstimmen	105 395	81 893	77,70	81 393	99,39	500	0,61	81 393
27.09.1998	Erststimmen	102 650	82 571	80,44	81 136	98,26	1 435	1,74	81 136
	Zweitstimmen	102 650	82 571	80,44	81 053	98,16	1 518	1,84	81 053
Europaparlament									
12.06.1994		105 571	48 598	46,03	48 025	98,82	573	1,18	48 025
Volksentscheid zur Landesverfassung									
14.06.1992		105 918	57 710	54,49	57 402	99,47	308	0,53	-
Volksabstimmung zur Länderfusion Berlin-Brandenburg									
05.05.1996	Abstimmungsfrage	104 324	79 580	76,28	79 205	99,53	375	0,47	-
	Zusatzfrage	104 324	79 580	76,28	45 496	57,17	34 084	42,83	-

3.2. Erststimmen

Tab. 30: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum Oberbürgermeister und zum Landtag ab 1990 - Erststimmen

Merkmal	Wahl des Oberbürgermeisters						Landtag					
	05.12.1993		19.12.1993		27.09.1998		14.10.1990		11.09.1994			
			Stichwahl						Wahlkreis 24		Wahlkreis 25	
	Anzahl	%	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
CDU	7 508	11,44			7 458	9,13	14 309	19,09	4 382	12,78	3 748	10,95
FDP	2 064	3,15					3 766	5,02	1 416	4,13	537	1,57
PDS	29 739	45,32	29 782	45,06	20 243	24,52	18 303	24,43	10 274	29,96	13 981	40,85
SPD	19 347	29,48	36 311	54,94	51 905	63,51	24 890	33,21	15 171	44,23	14 110	41,23
Grüne/B90	2 700	4,11							1 545	4,50	1 249	3,65
Bündnis 90							9 648	12,91				
Grüne							2 774	3,70				
Bürger									1 509	4,40	599	1,75
Forum/Bü Bü	3 701	5,64										
DSU							469	0,62				
KrPD/RZ	562	0,86										
Kampagne					1 333	1,63						
DBU							313	0,42				
Einzelbewerber					990	1,21						
Einzelbewerber 1							450	0,60				

Direktkandidaten mit Wohnort Potsdam (Kursivdruck: *Gewählt*)

Partei	Oberbürgermeister		
	5.12.1993	19.12.1993	27.09.1998
CDU	Dr. Jaeger		Niekisch
FDP	Dr. Pöttrich		
PDS	<i>Kutzmutz</i>	Kutzmutz	Anita Tack
SPD	<i>Dr. Gramlich</i>	<i>Dr. Gramlich</i>	<i>Platzeck</i>
Forum/BüBü	Platzeck		
Grüne/B90	Hüneke		
KrPD/RZ	Fahrenz		
Kampagne			Richter
Einzelbewerber			Rohne

Partei	Landtag - 11.9.1994	
	Wahlkreis 24	Wahlkreis 25
CDU	Dr. Vette	Klein
FDP	Dr. Enderlein	Gorgs
PDS	Anita Tack	Prof. Dr. Bisky
SPD	<i>Dr. Knoblich</i>	<i>Angelika Thiel</i>
Grüne/B90	Linke	Rohn-Tröbner
Bürger	Platzeck	Rohne

Tab. 31: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum Bundestag ab 1990 - Erststimmen

Merkmal	Bundestag					
	02.12.1990		16.10.1994		27.09.1998	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
CDU	18 277	22,97	13 069	16,11	11 398	14,05
FDP	6 843	8,60	-	-	965	1,19
PDS	17 066	21,45	31 447	38,75	29 399	36,23
SPD	27 232	34,22	32 284	39,79	32 060	39,51
Grüne/B 90	9 794	12,31	3 713	4,58	4 688	5,78
ödp					164	0,20
REP					1 785	2,20
BFB					677	0,83
NPD	359	0,45				
Naturgesetz			633	0,78		

Direktkandidaten mit Wohnort Potsdam (Kursivdruck: Gewählt mit Erststimme)

Partei	Bundestag	
	16.10.1994	27.09.1998
CDU	Prof. Mardus	Katherina Reiche ¹
F.D.P.		Dr. Bauer
PDS	Kutzmutz ¹	Kutzmutz ¹
SPD	<i>Dr. Schnell</i>	<i>Dr. Schnell</i>
Grüne/B90	Dr. Mayemba	Sylvia Voß ¹
BFB		Rey
REP		Ritter
Naturgesetz		
ödp	Gillan	Mauderer

¹ Über die Landesliste der entsprechenden Partei in den Bundestag

3.3. Zweitstimmen

Tab. 32: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Stadtverordnetenversammlung und zum Landtag ab 1990 - Zweitstimmen

[illegible]

Tab. 33: Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Volkskammer, zum Bundestag und zum Europaparlament ab 1990 - Zweitstimmen

[illegible]

3.4. Volksbegehren, Volksentscheid

Tab. 34: Ergebnisse der Volksbegehren 1993 bis 1998

Volksbegehren/Bürgerbegehren...	Zeitraum von....bis...	Land Bran- denburg/ Stadt Potsdam	Listeneintragungen				reichte die Anzahl der gültigen Stimmen ?
			erforderlich	tätsächlich	darunter gültige Stimmen		
			Anzahl		Anzahl	Anteil an erfor- derlichen in %	
- zur Veränderung des Kreisneugliederungsvertrages	04.08. - 09.12.1993	Land Stadt	. -	9 479 13	9 259 12	. -	nein
- für Kreisstadt Finsterwalde	04.01. - 03.05.1994	Land Stadt	. -	6 390 0	6 125 0	. -	nein
- gegen Havelausbau	15.04. - 14.08.1996	Land Stadt	80 000	59 478 13 878	58 306 13 626	72,9 -	nein
- gegen Transrapid Berlin - Hamburg	20.10.97 - 19.02.98	Land Stadt	80 000	71 089 8 193	69 570 8 060	87,0 -	nein
- für die vorzeitige Abberufung des Oberbürgermeisters	09.02. - 08.03.1998	Stadt	10 312	13 856	12 747	123,6	ja

Tab. 35: Ergebnisse der Volksentscheide 1992 bis 1998

Volksentscheid/Bürgerentscheid...	Stichtag	Land Bran- denburg/ Stadt Potsdam	Abstimmungsbeteiligung			Gültige Stimmen			reichte die Anzahl der gültigen Stimmen ?
			berechtigt	Teilnehmer		insgesamt	darunter Ja-Stimmen		
			Anzahl		Anteil in %	Anzahl		Anteil in % ¹	
- zur Landesverfassung	14.06.1992	Land Stadt	1 929 957 105 918	925 122 57 710	47,93 54,49	919 150 57 402	864 329 55 618	94,04 96,89	ja ja
- zur Länderfusion Berlin-Brandenburg	05.05.1996	Land Stadt	1 957 424 104 324	1299 424 79 580	66,38 76,28	484 488 79 205	474 498 27 325	36,57 34,34	nein nein
- zur vorzeitigen Abberufung des Oberbürgermeisters	17.05.1998	Stadt	103 558	41 061	39,65	40 868	35 723	87,41	ja

¹ Anteil der Ja-Stimmen an Teilnehmer in Prozent

Anlage 3

Verzeichnis der bei Wahlen seit 1990 verwendeten Abkürzungen von Parteien

AJL	Alternative Jugendliste - DJP - GJ - MJV - FDJ
APD	Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands
AVL	Aktionsbündnis Vereinigte Linke, Die Nelken - VL
Bü.90	Bündnis 90 Neues Forum - Demokratie Jetzt - IFM
Beh.V.	Verband der Behinderten der DDR
BV	Bürgervereinigungen
BfB	Bund freier Bürger
BFD	Bund freier Demokraten B.F.D. - Die Liberalen
BVB 90	Bürger-Verein Bornim
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Chr.L.	Christliche Liga - Die Partei für das Leben
DA	Demokratischer Aufbruch - sozial + ökologisch
DAV	Deutscher Anglerverband
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBU	Deutsche Biertrinker Union
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFF	Deutsche Forumspartei
DOMOW.	Domowina Bund Lausitzer Sorben
DSU	Deutsche Soziale Union
EFP	Europäische Föderalistische Partei
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
Die Grauen	Initiiert vom Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ e.V.
Grüne	Grüne Partei
Grüne/B90	Grüne/Bündnis 90
Grüne/UFV	Die Grünen + Unabhängiger Frauenbund
KB	Kulturbund der DDR e.V.
KgWZM	Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

KrPD/RZ	Kreuzberger Patriotische Demokraten/ Realistisches Zentrum
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Liberalen	Bund Freier Demokraten - DFP - LDP - F.D.P. Die Liberalen
Mündige	Die Mündigen Bürger
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF u.a.	Neues Forum/ARGUS
Naturgesetz	Die Naturgesetz-Partei, Aufbruch zu neuem Bewußtsein
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS/LL	PDS - Linke Liste
REP	Die Republikaner
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UFV	Unabhängiger Frauenverein
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UVP	Unabhängige Volkspartei
UWVB	Unabhängige Wählergemeinschaft der Vertriebenen und anderer Benachteiligter

Aktualisierung der Angaben der Broschüre „**Wahlen seit 1809 in der Stadt Potsdam**“ mit Wahlergebnissen zum **Europaparlament 1999** und zum **Landtag 1999** auf den Seiten 55-56, 68-69, 98-99, 101-102 und 104-105.

3.2.2 Landtag

Am 22.7.1990 verabschiedete die Volkskammer das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der ehemaligen DDR.

Im Land und in der Stadt war die Wahlbeteiligung 1999 gegenüber 1994 wie bereits 1994 zu 1990 rückläufig.

Die SPD erhielt 1990, 1994 und 1999 im Land Brandenburg insgesamt und darunter in der Stadt Potsdam die meisten Stimmen. Die Stimmenanteile betrugen im Land 1990 38,2 %, 1994 54,1 % und im Jahr 1999 39,3 %. Die 1994 erreichte Stimmenmehrheit hat sich 1999 nicht wiederholt. In allen 3 angeführten Jahren war der Anteil der CDU im Land stets höher als in der Stadt Potsdam, umgekehrt bei der PDS. Die CDU kam im Land nach einem Rückgang der Anteile von 29,5 % 1990 auf 18,7 % 1994 im Jahr 1999 mit 26,6 % fast an das 1990er Ergebnis heran. In der Stadt erhöhte sich der Stimmenanteil der CDU nach einem Rückgang von 18,2 % 1990 auf 11,3 % 1994 auf 20,5 % im Jahr 1999. Bei der PDS vergrößerte sich der Anteil der Stimmen im Land von einer Wahl zur anderen von 13,4 % 1990, auf 18,7 % 1994 und auf 23,3 % im Jahr 1999. In der Stadt wurde das 1994 erreichte Niveau von 33,0 % 1999 mit 31,7 % nicht ganz erreicht.

Erstmals ist 1999 die DVU im Landtag vertreten.

Tab. 32 Landtagswahlen 1990, 1994 und 1999 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Stimmen, Sitze im Landtag

Merkmal	Landtagswahlen					
	14.10.1990		11.09.1994		05.09.1999	
	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	67,1	71,8	56,3	65,7	54,3	60,4
Stimmenanteile der Parteien in %						
CDU	29,5	18,2	18,7	11,3	26,6	20,5
SPD	38,2	39,0	54,1	47,1	39,3	38,0
PDS	13,4	23,6	18,7	33,0	23,3	31,7
FDP	6,6	4,7	2,2	2,1	1,9	1,5
Grüne/Bü90	9,3	12,7	2,9	3,9	1,9	4,2
DVU	-	-	-	-	5,3	2,9
Anzahl Sitze Landtag insgesamt	88	7 ¹	88	7 ¹	89	8 ¹
darunter						
CDU	27	-	18	2	25	3
SPD	36	3	52	2	37	2
PDS	13	2	18	3	22	3
FDP	6	-	-	-	-	-
Grüne/Bü90	6	2	-	-	-	-
DVU	-	-	-	-	5	-

¹ Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam:

1990 - SPD: Dr. Herbert Knoblich, Manfred Stolpe, Jochen Wolf; - PDS: Prof. Dr. Michael Schumann, Heinz Vietze;

- Grüne/Bü90: Mathias Platzeck, Dr. Bernd Reuter,

1994 - CDU: Dr. Markus Vette, Thomas Klein; - SPD: Dr. Herbert Knoblich, Angelika Thiel;

- PDS: Prof. Dr. Lothar Bisky, Anita Tack, Prof. Dr. Michael Schumann,

1999 - SPD: Dr. Herbert Knoblich, Manfred Stolpe, - CDU: Dr. Wolfgang Hackel, Sven Petke, Dr. Wieland Niekisch;

- PDS: Anita Tack, Heinz Vietze, Dr. Andreas Trunschke.

3.2.3 Bundestag

Bei der Bundestagswahl 1990 erhielt die CDU im Land Brandenburg mit 36,3 % vor der SPD mit 32,9 % und der PDS mit 11,0 % die höchsten Stimmenanteile. 1994 hat sich die SPD mit 45,1 % vor der CDU mit 28,1 % und der PDS mit 19,3 % an die Spitze gesetzt. An dieser Rangfolge hat sich auch 1998 nichts geändert. 43,5 % der Stimmen erhielt die SPD, 20,8 % die CDU und 20,3 % die PDS.

Im Wahlort Stadt Potsdam gab es eine andere Rangfolge. 1990 und 1994 lag die SPD bei den Bundestagswahlen mit 33,3 % bzw. 43,2 % in Front, 1990 gefolgt von der CDU mit 23,6 % und der PDS mit 20,2 %. 1994 und 1998 kam die PDS mit 31,4 % bzw. 28,1 % vor der CDU mit 17,4 % bzw. 14,0 % auf den zweiten Platz.

Die Stimmenanteile der CDU haben sich von 1994 zu 1990 im Land um 8,2 %-Punkte und in der Stadt um 6,2 %-Punkte und 1998 im Land nochmals um 7,3 %-Punkte und in der Stadt um 3,2 %-Punkte verringert, die der SPD sind im Land um 12,2 %-Punkte und in der Stadt um 9,9 %-Punkte und die der PDS im Land um 8,3 %-Punkte und in der Stadt um 11,2 %-Punkte angestiegen. Die Stimmenanteile der SPD gingen 1998 gegenüber 1994 im Land um 1,6 %-Punkte zurück, in der Stadt erhöhten sie sich geringfügig um 0,1 %-Punkte. Im gleichen Zeitraum vergrößerte die PDS ihre Anteile im Land um 1,0 %-Punkte, und in der Stadt büßte sie 3,3 %-Punkte ein.

Tab. 33 Bundestagswahlen 1990, 1994 und 1998 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Zweitstimmen, Sitze im Bundestag

Merkmal	Bundestagswahlen					
	02.12.1990		16.10.1994		27.09.1998	
	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	73,8	75,8	71,5	77,7	78,1	80,4
Stimmenanteile der Parteien in %						
CDU	36,3	23,6	28,1	17,4	20,8	14,0
SPD	32,9	33,3	45,1	43,2	43,5	43,3
PDS	11,0	20,2	19,3	31,4	20,3	28,1
FDP	9,7	9,4	2,6	2,1	2,9	2,1
Grüne/B90	6,6	10,5	2,9	4,2	3,6	6,6
Anzahl der Sitze						
Bundestag insgesamt	22	1 ¹	23	3 ¹	23	4 ¹
darunter						
CDU	8	-	6		5	1
SPD	7	1	12	1	12	1
PDS		-	4	2	4	1
FDP	2	-	1	-	1	-
Grüne/B90	2	-	-	-	1	1

¹ Abgeordnete mit Wohnsitz in Potsdam:
1990 - SPD: Dr. Emil Schnell,
1994 - SPD: Dr. Emil Schnell; - PDS: Rolf Kutzmutz, Prof. Dr. Michael Schumann nahm das Mandat im Landtag wahr und verzichtete auf das im Bundestag,
1999 - CDU: Katherina Reiche, - SPD: Dr. Schnell, - PDS: Kutzmutz, Grüne/B90: Sylvia Voß.

3.2.4 Europaparlament

Die Beteiligung an der Wahl zum Europaparlament verringerte sich im Land von 41,5 % 1994 auf 30,0 % im Jahr 1999 erheblich. In der Stadt Potsdam betrug sie 1994 46,0 % und 1999 33,3 %.

Im Land erreichte die SPD 1994 und 1999 mit 36,9 % bzw. 35,7 % die höchsten Stimmenanteile. Das gelang der PDS in der Stadt 1994 mit 36,7 % und 1999 mit 37,1 %. Die CDU konnte sich in der Stadt von 12,9 % 1994 auf 18,2 % 1999 steigern. Im Land waren die Stimmenanteile der CDU in beiden Jahren mit 23,4 % und 23,6 % fast gleich.

Tab. 34 Europaparlamentswahlen 1994 - Land Brandenburg und Wahlort Stadt Potsdam - Wahlbeteiligung, Anteil der Parteien an den abgegebenen gültigen Zweitstimmen, Sitze im Europaparlament

Merkmal	Europaparlamentswahlen							
	Anteil in Prozent				Anzahl der Sitze			
	12.06.1994		13.06.1999		12.06.1994		13.06.1999	
	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam	Land Brandenburg	Stadt Potsdam
Wahlbeteiligung %	41,5	46,0	30,0	33,3	3	-	5	-
Stimmenanteile der Parteien in %								
CDU	23,4	12,9	23,6	18,2	1 ¹	-	1 ¹	-
SPD	36,9	34,7	35,7	29,3	1	-	1	-
PDS	22,6	36,7	26,8	37,1	-	-	2	-
FDP	2,6	1,7	3,5	2,1	-	-	-	-
Grüne/B90	4,6	6,1	3,1	6,8	1	-	1	-

¹ Abgeordnete mit Wohnsitz im Land Brandenburg:

1994 - SPD: Glante; Norbert, - CDU: Glase, Ann-Katrin, - Grüne/B90: Schrödter, Elisabeth,

1999 - SPD: Glante; Norbert, - CDU: Glase, Ann-Katrin, - PDS: Dr. Markow, Helmuth, Fiebiger, Christel, Sabine,

- Grüne/B90: Schrödter, Elisabeth.

2.4 Volksbefragung

1948	23. Mai - 13. Juni	Volksbegehren zur Erhaltung der Einheit Deutschlands
1951	3. Juni - 5. Juni	Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland
1954	27. Juni - 29. Juni	Volksbefragung für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre
1968	6. April	Volksentscheid zur neuen sozialistischen Verfassung der DDR

3 Wahlen und Volksbefragungen 1990 bis 1998

3.1 Stadtverordnetenversammlung

1990	6. Mai	Stadtverordnete
1993	5. Dezember	Stadtverordnete
1998	27. September	Stadtverordnete

3.2 Landtag

1990	14. Oktober	Landtag
1994	11. September	Landtag
1999	5. September	Landtag

3.3 Bundestag, Europaparlament

1990	2. Dezember	Bundestag
1994	12. Juni	Europaparlament
1994	16. Oktober	Bundestag
1998	27. September	Bundestag
1999	13. Juni	Europaparlament

3.4 Volksbefragung

1992	14. Juni	Abstimmung zur Verfassung des Landes Brandenburg
1993	4. August - 9. Dezember	Volksbegehren zur Veränderung des Kreisneugliederungs-gesetzes
1994	4. Januar - 3. Mai	Volksbegehren für Kreisstadt Finsterwalde
1996	5. Mai	Volksabstimmung Länderfusion Berlin-Brandenburg
1996	15. April - 14. August	Volkbegehren gegen den Havelausbau
1997	20. Oktober 1997 - 19. Februar 1998	Volksbegehren - „Nein zum Transrapid Berlin - Hamburg“
1998	9. Februar - 8. März	Bürgerbegehren zur Initiierung eines Bürgerentscheides zur Abberufung des Oberbürgermeisters der Stadt Potsdam
1998	17. Mai	Bürgerentscheid zur vorzeitigen Abberufung des Oberbürger-meisters

3 Wahlen und Volksbefragungen 1990 bis 1998

3.1 Wahlbeteiligung

Tab. 29 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung in der Stadt Potsdam ab 1990

Merkmal		Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung		Gültige Stimmen		Ungültige Stimmen		Abgegebene Stimmen-Anzahl
		Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Stadtverordnetenversammlung									
06.05.1990	Wahl der StVV	106 981	79 595	74,40	77 792	97,73	1 803	2,27	232 151
05.12.1993	Wahl des OB	106 113	66 650	62,81	64 867	97,32	1 783	2,68	190 715
	Wahl der StVV	106 113	66 717	62,87	65 621	98,36	1 096	1,64	65 621
19.12.1993	Stichwahl des OB	106 048	66 821	63,01	66 093	98,91	728	1,09	66 093
27.09.1998	Wahl des OB	103 044	82 344	79,91	81 729	99,25	615	0,75	81 729
	Wahl der StVV	103 044	82 348	79,92	80 594	97,87	1 754	2,13	231 671
Landtag									
14.10.1990	Erststimmen	106 536	75 479	71,79	74 958	98,01	1 521	1,99	74 958
	Zweitstimmen	106 536	75 479	71,79	75 236	98,37	1 243	1,63	75 236
11.09.1994	Erststimmen	105 397	69 284	65,74	68 521	98,90	763	1,10	68 521
	Zweitstimmen	105 397	69 284	65,74	68 704	99,16	580	0,84	68 704
05.09.1999	Erststimmen	102 273	61 749	60,40	60 892	98,61	857	1,39	60 892
	Zweitstimmen	102 273	61 749	60,40	61 213	99,13	536	0,87	60 892
Volkskammer									
18.03.1990		106 892	99 423	93,01	99 039	99,61	384	0,39	99 039
Bundestag									
02.12.1990	Erststimmen	106 384	80 621	75,78	79 571	98,70	1 050	1,30	79 571
	Zweitstimmen	106 384	80 621	75,78	79 794	98,98	827	1,02	79 794
16.10.1994	Erststimmen	105 395	81 893	77,70	81 146	99,09	747	0,91	81 146
	Zweitstimmen	105 395	81 893	77,70	81 393	99,39	500	0,61	81 393
27.09.1998	Erststimmen	102 650	82 571	80,44	81 136	98,26	1 435	1,74	81 136
	Zweitstimmen	102 650	82 571	80,44	81 053	98,16	1 518	1,84	81 053
Europaparlament									
12.06.1994		105 571	48 598	46,03	48 025	98,82	573	1,18	48 025
13.06.1999		102 439	34 103	33,30	33 759	98,99	344	1,01	33 759
Volksentscheid zur Landesverfassung									
14.06.1992		105 918	57 710	54,49	57 402	99,47	308	0,53	-
Volksabstimmung zur Länderfusion Berlin-Brandenburg									
05.05.1996	Abstimmungsfrage	104 324	79 580	76,28	79 205	99,53	375	0,47	-
	Zusatzfrage	104 324	79 580	76,28	45 496	57,17	34 084	42,83	-

3.2 Erststimmen

Tab. 30 Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zum Oberbürgermeister und zum Landtag ab 1990 - Erststimmen

Merkmal	Wahl des Oberbürgermeisters						Landtag									
	05.12.1993		19.12.1993		27.09.1998		14.10.1990		11.09.1994				05.09.1999			
			Stichwahl						Wahlkreis 24		Wahlkreis 25		Wahlkreis 24		Wahlkreis 25	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
CDU	7 508	11,44			7 458	9,13	14 309	19,09	4 382	12,78	3 748	10,95	7 513	23,32	5 012	17,48
F.D.P	2 064	3,15					3 766	5,02	1 416	4,13	537	1,57	609	1,89	332	1,16
PDS	29 739	45,32	29 782	45,06	20 243	24,52	18 303	24,43	10 274	29,96	13 981	40,85	10 288	31,93	11 848	41,32
SPD	19 347	29,48	36 311	54,94	51 905	63,51	24 890	33,21	15 171	44,23	14 110	41,23	11 222	34,83	9 739	33,97
Grüne/B90	2 700	4,11							1 545	4,50	1 249	3,65	2 587	8,03	871	3,04
Bündnis 90							9 648	12,91								
Grüne							2 774	3,70								
Bürger									1 509	4,40	599	1,75			242	0,84
Forum/Bü Bü	3 701	5,64														
DSU							469	0,62								
KrPD/RZ	562	0,86			1 333	1,63										
DBU							313	0,42								
Einzelbew.					990	1,21										
Einzelbew. 1							450	0,60								
NPD															629	2,19

Direktkandidaten mit Wohnort Potsdam (Kursivdruck: **Gewählt mit Erststimme**)

	Oberbürgermeister		
	05.12.1993	19.12.1993	27.09.1998
CDU	Dr. Jaeger		Niekisch
F.D.P	Dr. Pöttlich		
PDS	Kutzmutz	Kutzmutz	Anita Tack
SPD	Dr. Gramlich	Dr. Gramlich	Platzek
Forum/BüBü	Platzek		
Grüne/Bü90	Hüneke		
KrPD/RZ	Fahrenz		Richter
Einzelbew.			Rohne

Partei	Landtag			
	11.09.1994		05.09.1999	
	Wahlkreis 24	Wahlkreis 25	Wahlkreis 24	Wahlkreis 25
CDU	Dr. Vette	Klein	Niekisch	Petke
F.D.P	Dr. Enderlein	Gorgs	Schneider	Ilussi
PDS	Anita Tack	Prof. Dr. Bisky	Anita Tack	Prof. Dr. Bisky
SPD	Dr. Knoblich	Angelika Thiel	Dr. Knoblich	Angelika Thiel
Bü90	Linke	Rohn-Tröbner	Saska Hünecke	Kluge
Bürger	Platzek	Rohne		
NPD				Voigt
BFB				Königer

3.3 Zweitstimmen

Tab. 32 Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Stadtverordnetenversammlung und zum Landtag ab 1990 - Zweitstimmen

Liste	Stadtverordnetenversammlung						Landtag					
	06.05.1990		05.12.1993		27.09.1998		14.10.1990		11.09.1994		05.09.1999	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
CDU	38 589	16,62	19 579	10,27	30 067	12,98	13 697	18,21	7 731	11,25	12 526	20,46
F.D.P	7 009	3,02	6 989	3,66	4 214	1,82	3 512	4,67	1 431	2,08	901	1,48
PDS	61 559	26,52	73 153	38,36	74 330	32,08	17 742	23,58	22 637	32,95	19 398	31,69
SPD	74 192	31,96	61 815	32,41	91 046	39,30	29 330	38,98	32 325	47,05	23 268	38,01
Grüne/Bü90			13 384	7,02	16 914	7,30			2 704	3,94	2 979	4,21
Bündnis 90							7 564	10,05				
Grüne							1 963	2,61				
Neues Forum u.a.	37 944	16,34	9 818	5,15					842	1,23		
BüBü					9 998	4,32						
DSU	3 208	1,38					360	0,48	27	0,04		
KgWZM			3 769	1,98	5 102	2,20						
BVB 90			1 981	1,04								
Graue									242	0,35		
DBU							197	0,26				
Chr. Li.							85	0,11				
REP							632	0,84	450	0,65		
NPD							71	0,09			356	0,58
ödp									88	0,13		
Beh.V.	1 504	0,65										
BV	1 125	0,48										
DAV	1 562	0,67										
DBD	1 392	0,60										
DFD	2 415	1,04										
UFV	1 389	0,60										
UWVB									180	0,26		
BFB - Die Offensive											225	0,37
DVU											1 783	2,91
BFWG									20	0,06	78	0,27

Tab. 33 Wahlergebnisse der Stadt Potsdam zur Volkskammer, zum Bundestag und zum Europaparlament ab 1990 - Zweitstimmen

[illegible]

Anlage 3

Verzeichnis der bei Wahlen seit 1990 verwendeten Abkürzungen von Parteien

AJL	Alternative Jugendliste - DJP - GJ - MJV - FDJ
APD	Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands
ASP	Automobile - Steuerzahler Partei
AVL	Aktionsbündnis Vereinigte Linke, Die Nelken - VL
B90/Grüne	Bündnis 90/ Grüne
Bü.90	Bündnis 90 Neues Forum - Demokratie Jetzt - IFM
Beh.V.	Verband der Behinderten der DDR
BV	Bürgervereinigungen
BFB-Die Offensive	BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, Die Freiheitlichen
BFD	Bund freier Demokraten B.F.D. - Die Liberalen
BFWG	Brandenburgische Freie Wähler - Gemeinschaften
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
BVB 90	Bürger-Verein Bornim
CM	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Chr.L.	Christliche Liga - Die Partei für das Leben
DA	Demokratischer Aufbruch - sozial + ökologisch
DAV	Deutscher Anglerverband
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBU	Deutsche Biertrinker Union
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
Die Frauen	Feministische Partei DIE FRAUEN
Die Grauen	Initiiert vom Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“ e.V.
DFF	Deutsche Forumspartei
DOMOW.	Domowina Bund Lausitzer Sorben
DSU	Deutsche soziale Union
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
EFP	Europäische Föderalistische Partei

F.D.P.	Freie Demokratische Partei
Grüne	GRÜNE PARTEI
Grüne/UFV	Die Grünen + Unabhängiger Frauenbund
HP	Humanistische Partei
KB	Kulturbund der DDR e.V.
KgWZM	Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
KrPD/RZ	Kreuzberger Patriotische Demokraten/ Realistisches Zentrum
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Liberales	Bund Freier Demokraten - DFP - LDP - F.D.P. Die Liberalen
Mündige	Die Mündigen Bürger
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF u.a.	Neues Forum/ARGUS
Naturgesetz	Die Naturgesetz-Partei, Aufbruch zu neuem Bewusstsein
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PDS/LL	PDS - Linke Liste
REP	Die Republikaner
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UFV	Unabhängiger Frauenverein
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UVP	Unabhängige Volkspartei
UWVB	Unabhängige Wählergemeinschaft der Vertriebenen und anderer Benachteiligter
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei